

autonomes
Blättchen



LES GILETS JAUNES
TRIOMPHERONT

#35
Dez18-März 19

Hallo ihr Lesenden,

kurz vor Redaktionsschluss entwickelt sich die unüber-sichtliche Revolte in Frankreich, die mit den spontanen Blockaden der sogenannten „Gelbwesten“ gegen ein ungerechtes Steuersystem begonnen hatte, zur größten Erhebung in der bisherigen Amtszeit Macron. Französische Genoss_innen berichten uns, dass sich die Unruhen mehr und mehr gegen die Regierung und das System an sich richten. Und die Beteiligung wächst. Anfang Dezember sind allein im Raum Paris 200 Gymnasien besetzt, Tausende Schüler_innen liefern sich Straßenschlachten mit den Cops. Es folgen die ersten Unis. Die Sanitäter_innen streiken in Paris, die Jugendlichen aus den Banlieues beteiligen sich. Ebenso die Bahnarbeiter_innen: für die Anreise zur Großdemonstration am Samstag den 8. Dezember wollen sie die „Gelbwesten“ landesweit umsonst reisen lassen. Nobelkaufhäuser, Banken und die Börse werden angegriffen, eine Präfektur niedergerammt. Hunderte Autos angesteckt. Flughäfen und Treibstofflager werden blockiert. Die Bauerngewerkschaft und die Fernfahrer wollen ab 8. Dezember mit-demonstrieren, -blockieren -ausschreiten.

Der Sozialtechnokrat Macron versucht mit Zugeständnissen, die er zuvor kategorisch ausgeschlossen hatte, eine weitere Eskalation einzudämmen - (bis zum Redaktionsschluss) absolut erfolglos ... Frankreich spricht von der schwersten Regierungskrise des letzten Jahrzehnts: „Die Hütte brennt lichterloh“.

Die deutsche Rechte versucht die Gelbwesten zu kopieren und der deutschen Linken ist die Bewegung zu diffus. Dabei ähnelt die Dynamik der Gelbwestenbewegung mehr den Krisenprotesten in Griechenland oder dem Gezi-Aufstand in der Türkei, als sie irgendwas mit Pegida gemein hätte. Unter dem Verweis auf die Vereinnahmungsversuche rechter Rattenfänger hält die deutsche Linke die Weste moralisch weiß. Ein sehr früher Beitrag hier im Heft wagt eine erste Einordnung.

Wir bedanken uns für die vielen spannenden Texte, die ihr uns habt zukommen lassen. Klar, ein paar Texte

kennen wir schon aus dem Netz. Aber viel Neues ist dabei. Kurzes und Langes, für's Klo und für den Lesesessel. Da könnt ihr bei grauem Himmel mal schnell ein Glaserl was Leckeres zubereiten und euch in die Lektüre vertiefen. Berichte von Angriffen und Aktionen, Analysen zu Aktuellem, solidarische Aufrufe und Handlungen - alles dabei. Dass wir gerne auch Literaturempfehlungen, Kunst und Sport... Häh, nee doch nicht... also Sport, hm...es gäbe also durchaus Raum für noch mehr Rubriken.

Was wir schmerzlich vermissen sind nicht-propagandistische Einschätzungen von Aktivist_innen aus der Türkei, mehr Berichte über die aktuelle Situation in Brasilien nach der Wahl des Faschisten, eure Analyse der Situation in Frankreich, zur Faschisierung in Österreich, Berichte der lokalen Antifa ...

Schreibt, schreibt, schreibt! Schickt uns eure Texte per Mail, als Kommentar im Blog oder per Post. Am liebsten verschlüsselt.

Einen herzlichen Dank, an die Leute, die uns Geld geschickt haben! An alle die noch nicht wissen, wie es geht: Da man Geldscheine so schlecht ver- und ent-schlüsselt bekommt, müsst ihr diese einfach gut verpackt in die Umschläge packen und an die Postadresse schicken. Aber natürlich könnt ihr die Absendeadresse verschleiern, printfrei arbeiten oder zur Übung auch DNA-frei. Je nach Geschmack und Notwendigkeit. Geld brauchen wir so oder so. 2500 Euro pro Ausgabe. Also her damit! Und wenn es nicht für den Schein reichen sollte, wären ein paar Kröten in die örtliche Spendendose auch nicht schlecht, damit das hochgeschätzte Autonome Blättchen weiter erscheinen kann.

Einen winterlichen Gruß vom Redaktionskollektiv

Impressum:

Nr. 35 Dezember 2018 - Februar 2019

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@nadir.org

neuer PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

962E E3CF F873 19AA 5647

5D93 E37A 4489 E058 5969

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org

Alle Ausgaben gibt's auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert, wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:

1. März, 1. Juni, 1. September, 1. Dezember

In diesem Blättchen...

4	Shutdown Deportation Airport Düsseldorf	Ein Anarchist aus Archangelsk zündete eine Bombe im FSB Gebäude und stirbt dabei	39
6	Unterm Bruchstrich	Athen: Granatenangriff auf Polizeistation	39
10	Hannibals Schattenarmee	Brasilien: Der Chicago Boy und sein Präsident	40
14	Wo wart ihr in Chemnitz?	“Ich bin Brasilianerin - und schäme mich dafür“	42
17	Götz Kubitschek auf die Fresse	Von Deutschland nach Rojava	44
17	Reich wegen Waffen	Kobane und die Rolle der Frauen	47
18	Hausverbot Institut für Demokratieforschung	Die Rif-Bewegung im Norden Marokkos	50
21	Die Suche nach dem revolutionären Subjekt	Grußwort von Lisa und Hülya	52
25	Das Mutu-Netzwerk	Über den Kampf gegen das Bässlergut und aufständische Praktiken	53
28	Evict Google	Fuhrpark des Knast-Dienstleisters	57
30	Bundesweite Angriffe auf KIK Filialen	SPIE mit Benzin besucht	57
31	Kampf um den Hambacher Forst	Zur Auslieferung von Loïc Citation an die deutschen Behörden	58
33	Hambacher Forst - peaceful resistance?	Wir brauchen eure Solidarität	59
36	Zum Brand der Busse der Firma Tirtay		
36	Frankreich am Abgrund		



Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

autonomes
Blättchen



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Shutdown Deportation Airport Düsseldorf

Angriff auf die Infrastruktur rund um den Abschiebe-Flughafen Düsseldorf: Ein Akt der Menschlichkeit

Dokumentation, Düsseldorf, 24.9.2018:

„Menschenverachtung macht Krieg macht Flucht
Menschenverachtung macht Aubeutung macht Armut macht
Flucht
Menschenverachtung macht aus Flucht Abschiebung

Wir haben uns daran „gewöhnnt“. Die Realität von Abschiebungen ist „alltäglich“ geworden. Es interessiert auch nicht weiter, was „den Abgeschobenen“ im Zielland der Abschiebung erwartet. Mit viel Geld und Ignoranz der dortigen Verhältnisse wird die Liste der Abschiebeländer unter dem Namen „sichere Herkunftsländer“ erweitert. Auch Afghanistan gehört dazu. Jamal Naser Mahmodi hat seine Abschiebung dorthin nicht überlebt. Er war eines der zynischen 69 Geburtstagsgeschenke, die die Abschiebeindustrie im Juli Horst Seehofer zu seinem 69. Geburtstag machte. Jamal war in Hamburg wegen psychischer Probleme in Behandlung und wurde dennoch als „Abschiebe-tauglich“ gestempelt. Jamal sollte sich wegen verschiedener Vergehen vor Gericht verantworten. Bevor das Verfahren vor Gericht ging, wurde Jamal abgeschoben. In Kabul angekommen nahm er sich das Leben. In NRW beugt die Landesregierung das aus ihrer Sicht immer noch zu beschränkte „Abschieberecht“ und schiebt auch „Nicht-Abzuschiebende“ als Gefährder ab, weil sie meint dem „Willen des Volkes“ damit gerechter zu werden.

Statt von einer Krise der Menschlichkeit zu sprechen, beschreiben „Flüchtlingskrise“, „Illegale Masseneinwanderung“ und „Asyltourismus“ die Normalisierung der rassistischen Hetze. Der noch amtierende Staatssekretär im Innenministerium und ehemalige oberste Verfassungsschützer Maaßen schrieb bereits 1997 in seiner Doktorarbeit vom „Asyltourismus“. Nicht der einzige Anknüpfungspunkt an die „Flüchtlingsdebatte“ der 90er.

In einer zunehmend nach rechts driftenden politischen Landschaft, in der sich der Ausschluss und die Menschenverachtung zum herrschenden Normalzustand verfestigen, müssen wir den bewussten Versuch, diesen Normalzustand im Protest zu durchbrechen, als Akt der Menschlichkeit werten.

Störungen des Normalen sind immer unpopulär und gestört wurde hier heute morgen jedermann. Jedermann -also wir alle- müssen aber auch mitentscheiden, wie es hier weitergehen soll; menschlich oder kapitalistisch unmenschlich. Wir dürfen uns nicht mehr verstecken hinter dem derzeit angeblich unabwendbaren Rassismus der Mehrheit der politischen Entscheidungsträger. Nichts ist unveränderlich. Es ist auch nicht lediglich der „Ausnahmestandard“ eines von Horst Seehofer geführten und von noch weiter rechts getriebenen Innenministeriums. Es ist der von uns allen mitgetragene und damit mitverantwort-

tete „Normalzustand“, der den rassistischen Exzess der fortwährenden Abschottung und Abschiebung hervorbringt. Erst wenn der quasi-ungestörte „Normalzustand“ von häufigen oder schwer wiegenden politischen Unterbrechungen zerfressen wird, lässt sich das unmenschlich Abnorme dieses vermeintlichen Normalzustandes öffentlich in Frage stellen.

Das in unseren Alltag eingebundene Geschehen an Deutschlands Abschiebeflughäfen ist ein solcher vermeintlicher Normalzustand. Hier kommen unter unmenschlichen Ausbeutungsbedingungen geraubte Roh-Waren aus Ländern an, deren Weiterverarbeitung uns reich und sie arm macht. Von hier werden Güter in die gleichen Länder exportiert, die dort für weitere Armut, Krieg und damit Flucht verantwortlich sind. Gleichermaßen werden eben jene als illegal deklarierte Geflüchtete in als legal gestempelte Abschiebeländer „zurückgeführt“. Ein komplexes Geflecht aus Waren- und Personenströmen, welches Mensch und Ware ungeachtet von Ursache und Wirkung zur sachlichen „Transporteinheit“ reduziert.

Der reibungslose Betrieb eines solchen Flughafens benötigt für das optimierte Umschlagen dieser „Transporteinheiten“ die ungehinderte Zu- und Abfuhr von reichlich Bord- und Bodenpersonal, Kerosin, Daten und eben jener „Transporteinheiten“ selbst. Vieles davon kommt über die Schiene. Die benötigten Daten fließen größtenteils in Schächten neben der Schiene.

Daher haben wir heute morgen an mehreren Bahnstrecken rund um den Düsseldorfer Flughafen, den Daten- und Bahnverkehr für viele Stunden unterbrochen. Durch die Art unseres Eingriffs haben wir eine Gefährdung von Menschen ausgeschlossen: die von uns gekappten Signalleitungen neben den Bahngleisen führen (wie bei Sturmschäden oder missglückten Erdarbeiten) automatisch zum sofortigen Halt des Bahnverkehrs auf der betroffenen Strecke.

Wir bezeichnen unsere Unterbrechung des „Normalen“ provokativ als Akt der Menschlichkeit. Andere werden unseren Akt in wenigen Stunden als willkürliche Sabotage oder entpolitisierten Vandalismus bezeichnen. Das ist Teil der Aufrechterhaltung dieses Normalzustands - ohne uns jeglicher Kritik an unserem Vorgehen entziehen zu wollen. Wir wollen mit unserer Aktion die Ohnmacht und die Gewöhnung an Menschenverachtung unterbrechen. „Die Welt ist derzeit ein scheiß-dunkler Ort. Deshalb müssen wir Leuchtfener anzünden“. Unser (zugegeben der Sache unangemessen) kleines Leuchtfener soll ermutigen, ein anlassunabhängiges, grundsätzliches „Abschiebehindernis“ zu organisieren. Wir wollen eine in die Defensive geratene Debatte um Menschlichkeit anschieben. Eine Debatte um uneingeschränkte Freizügigkeit eines jeden

- unabhängig von ökonomischer Verwertbarkeit oder erzwungenem Wohlverhalten.

Weder die Leuchtfeder, noch die zu befeuernde Debatte können sich derzeit auf Mehrheiten berufen, dessen sind wir uns bewusst - es geht uns um die Ermütigung einer aktuellen Minderheit derer, die sich in grundsätzlicher Opposition zur Normalität der Menschenverachtung sehen. Die Geschichte hat gezeigt, wie gefährlich es ist, seine Stimme nicht zu erheben, so lange man noch kann - auch jenseits von trügerischen Mehrheiten.

Wir widmen diese Aktion dem in Kabul verstorbenen Jamal Naser Mahmodi und grüßen nebenbei die Aktivisten, die mit dem Hambacher Forst aktuell der NRW-Landesregierung und RWE das politische Welcome to Hell bereiten.“

namenlose Abschiebegerner

Auswirkungen des Angriffs auf die Bahninfrastruktur rund um den Abschiebeflughafen Düsseldorf

Massive Störungen im Bahnverkehr rund um den Flughafen am Montag und Dienstag dieser Woche
Deutsche Bahn: Kein Zug zum Flughafen Düsseldorf
Fernverkehr: Kein Halt in Bochum, Essen, Duisburg und Düsseldorf

Eine Signalstörung auf der Strecke zwischen Düsseldorf und Duisburg sorgte am Montag und Dienstag (24+25.9.2018) für massive Verspätungen und Teilausfälle an Rhein und Ruhr. Nach Auskunft einer Sprecherin der Bahn sind alle Signale auf der Strecke erloschen. Die Züge könnten nur „auf Befehl“ fahren. Auf einem Abschnitt von mehreren hundert Metern zwischen Duisburg Großenbaum und Düsseldorf Flughafen wurden Kabel beschädigt, die unter anderem fünf Hauptsignale, die für den automatisierten Zugverkehr auf der vielbefahrenen Strecke notwendig sind, steuern.

Am frühen Morgen fuhr kein Zug vom Hauptbahnhof Düsseldorf zum Flughafen, auch aus anderen Richtungen ist die Verbindung gestört. Der Zugverkehr der RB 37 zwischen Duisburg und Düsseldorf ist eingestellt. Die ICE-Strecke von Dortmund über Essen nach Köln ist unbefahrbar. Die Züge des Fernverkehrs werden über Wuppertal umgeleitet. So entfallen die Halte Bochum Hbf, Essen Hbf, Duisburg Hbf, Düsseldorf Flughafen und Düsseldorf Hbf.

Auch auf der Strecke von Düsseldorf-Benrath in Richtung Langenfeld sind Signale gestört. Die Züge werden von Düsseldorf-Benrath in Richtung Langenfeld ohne Zwischenhalt umgeleitet. Die Bahn bittet, mit Zügen in die Gegenrichtung zurückzufahren und in Düsseldorf-Benrath oder in Langenfeld umzusteigen. Zudem gab es einen

Feuerwehreinsatz zwischen Düsseldorf und Wuppertal. Zwischen Düsseldorf-Flingern und Erkrath war die Strecke gesperrt. Die Züge hielten am nächsten Bahnhof und warteten erstmal. Durchsagen am Düsseldorfer Hauptbahnhof teilten den Fahrgästen mit, dass es entlang der Strecke brenne.

Dem aktuellen Stand der Ermittlungen zufolge öffneten in der Nacht von Sonntag auf Montag bislang unbekannte Täter an mindestens drei Stellen im Großraum Düsseldorf Kabelschächte entlang der Bahngleise und beschädigten die darin befindlichen Kabelanlagen.

Laut Bahn wurden zwischen Düsseldorf Flughafen und Duisburg Großenbaum Signalkabel neben den Gleisen auf einem Abschnitt von mehreren hundert Metern beschädigt, wodurch fünf Hauptsignale ausfielen. Die Signalstörung dauerte zwei Tage an.

Die Leitungen werden unter anderem für die Schaltung der Signalanlagen benötigt, was zu entsprechenden Störungen und auch Ausfällen im Bahnverkehr führte. Im Stadtgebiet Erkrath wurden dadurch Telefon- und Internetverbindungen gestört.

Das bei der Polizei eingegangene Bekenntschreiben einer Gruppierung, die sich kontrovers mit dem Thema Abschiebung auseinandersetzt, liegt dem Staatsschutz vor und wird als authentisch erachtet.

Die Polizei und die Staatsanwaltschaft ermitteln derzeit wegen gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr und gemeinschädlicher Sachbeschädigung. Die Signalstörung hatte am Montag zu großem Chaos im Pendlerverkehr in NRW geführt. Auswirkungen sind auch über den gesamten Dienstag noch zu spüren.

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) Rainer Wendt hat vor einer zunehmenden linksextremistischen Gewalt in Deutschland gewarnt. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte Wendt: „Wir sehen eine neue Form linker Gewalt, die uns Sorge bereitet.“ Bisher hätten sich Linksautonome auf Angriffe auf die Polizei konzentriert wie etwa beim G20-Gipfel in Hamburg im vergangenen Jahr.

„Inzwischen sammeln sich linksextremistische Gruppen gezielt zu Projekten wie etwa den Protesten im Hambacher Forst oder Sabotageakten bei der Bahn“, sagte Wendt. „Diese Gruppierungen sind klein und beweglich und gehen nach einer bestimmten Aktion wieder auseinander.“ Darauf müsse sich die Polizei einstellen.

Nach Einschätzung von Wendt konzentriert sich die linksextreme Szene zunehmend auf punktuelle Attacken gegen die kritische Infrastruktur, wie etwa auf die Bahn, weil sie dort mit relativ wenig Aufwand große Wirkung erzeugen könne.

aufmerksame Leserin
(gefunden auf de.indymedia.org)

Unterm Bruchstrich

Unteilbarkeit, Massenmobilisierung, Antifaschismus

Einleitung

Als am 13.10.2018 zwischen 150.000 und 242.000 Menschen auf die Straße gingen, um ein Zeichen der Unteilbarkeit zu setzen gegenüber dem erstarkenden Faschismus in Deutschland, wie auch gegen das Ertrinkenlassen der Flüchtenden im Mittelmeer, da sagte Heiko Maas zur Funke Mediengruppe bezüglich der Demonstration: „Wir lassen uns nicht spalten – von rechten Populisten schon gar nicht.“

Das klingt doch erstmal gar nicht schlecht. Sich gegenüber den Rechtspopulisten nicht spalten zu lassen, ist ein wichtiges Anliegen, mal allgemein gesagt für jedwede Menschen, die mit diesen Ärger haben, sich von ihnen bedroht fühlen und so weiter.

Und genauso schön ist es, wenn die Leute „viel Power von hier mitnehmen“, wie es Anna Spangenberg, eine der Anmeldenden der Unteilbardemonstration, ausdrückte. Das Neue Deutschland schrieb dann in einem Onlineartikel von einem „Aufstand gegen Rechts“. Wieso auch nicht, wissen wir doch spätestens seit dem „Aufstand der Anständigen“ unter der Regie der Rot-Grünen Schröderregierung Anfang der Nullerjahre, dass der Begriff „Aufstand“ doch einen sagen wir mal recht breiten Begriffsumfang hat.

In den Kommentaren und kleinen Interviews war dann auch etwas zu hören bezüglich der Motive der Demonstranten_innen, wobei hier selbstverständlich nicht alle über einen Kamm geschoren werden können, und auch kaum etwas für alle Demonstranten_innen repräsentativ wiedergegeben werden kann. Sei es drum: Es gäbe es keine Ausrede mehr, nicht an der Demonstration in Berlin teilzunehmen, das positive Gefühl auf der Demonstration mache eine Gänsehaut, ein starkes Zeichen sei nun gesetzt, ganz in Verbindung mit den anderen starken Zeichen in München bei der Demonstration gegen Rassismus und Seehofer und der antirassistischen Parade in Hamburg und dem Die Toten Hosen Konzert in Chemnitz, ecetera. Es klingt alles ganz gut, auch wenn dann wohl doch, wie Grönemeyer es neben ein paar kruden Ansichten über Deutschland sagte, „noch viel zu tun“ sei.

Trotz aller anstehenden Arbeit, das gute Gefühl bleibt, so zum Beispiel auch bei den linksliberalen Jungakademiker_innen mit den als unschlagbar im Style angepriesenen bunten Ganzgesichtsmützen, also der IL Berlin: „Unteilbar macht uns Hoffnung! Hoffnung dass wir den Rechtsruck stoppen können, Hoffnung aber auch auf eine ganz andere Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der unsere Solidarität bestimmt und nicht der Rassismus von Rechts.“, wobei hier auch eine Entschuldigung fällig ist, weil dieses Statement von Twitter aufgegriffen wurde und es ja ein wirklicher politischer Irrtum dieser Zeit ist, sich auf das Niveau dieses Schrottmediums herabzulassen.

sen. Aber die Ansichten mancher Gruppen und Leute finden sich halt nur dort und vielleicht gehören sie dort auch hin.

Hilflosigkeit

„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, sich weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“, schrieb einmal Adorno in der „Minima Moralia“. Dass es daneben auch im Allgemeinen gut ist, sich nicht dumm machen zu lassen, dass es allerdings so ist, dass wir im Allgemeinen leider doch schon ziemlich dumm gemacht wurden, auch weiterhin dumm gehalten werden und unsere Versuche, uns nicht noch dümmer machen zu lassen, um mal gar nicht vom klüger werden zu reden, recht verhalten sind, sei einmal dahingestellt. Wenn wir uns die Demonstration in Berlin und das, was die Leute dazu sagen, denken und fühlen, wie auch zu den ganzen anderen Demonstrationen dieser Art, so müssen wir leider feststellen, dass die Macht der anderen, gemischt mit der eigenen Ohnmacht hat die Menschen dumm gemacht hat.

Das sei nun nicht gesagt, um sich selber irgendwie besser darzustellen oder die Leute, die dort demonstrierten irgendwie schlecht zu machen. Es geht hier nicht um besser oder schlechter, sondern um den Versuch, sich zu erklären, wieso ein solcher Mumpitz aus den Leuten herauskleckert, wieso sie nicht in der Lage sind, den Ernst ihrer Lage zu erfassen und darüber hinaus eine Art des Bündnisses wählen, dass in keiner Weise dazu geeignet ist, ihre Lage in irgendeiner Weise zu verbessern. Es ist nicht nur die eigene Ohnmacht und die Macht der anderen, die einen dumm machen kann, sondern es ist auch die Hilflosigkeit der anderen, die einen ohnmächtig werden lassen kann. Um das zu verhindern, wollen wir uns das Fragmentarische der Unteilbarkeit mal ansehen.

SPD vs MLPD

Schauen wir zuerst einmal auf den Mann der gut geschnittenen Anzüge, Heiko Maas. Maas hat ja schon seit er auf die politische Bühne geschlichen kam, immer ein wenig den progressiven Mitvierzigermann gemiebt. Zu allerlei Themen vertrat er eine relativ liberale Haltung, die zudem in der Regel noch modern verfasst wird. Es überrascht also ganz und gar nicht, dass er sich auch positiv auf die Unteilbardemo in Berlin bezieht und zu dieser sagt: „Wir lassen uns nicht spalten.“ Was aber meint er damit? Denn wie wir alle wissen, IST die Gesellschaft ja bereits tief gespalten. Und das ja nicht erst seit dem Auftauchen der „rechten Populisten“. Ein Beitrag zur gesellschaftlichen Spaltung beispielsweise war die von der SPD und den Grünen umgesetzte Agenda 2010, die das ökonomische Auseinanderdriften der Gesellschaft stark befördert hat. Und das weiß auch Heiko Maas. Trotzdem ist er ganz frei heraus ehrlich: Mit dem „Wir“

meint er einfach gar nicht alle Menschen in Deutschland, sondern er meint einfach einen bestimmten Teil der Menschen. Und zwar einen, der sich nicht spalten lassen will, weil er merkt, dass es doch irgendwie um seine Haut geht: Der linksliberale Teil der Gesellschaft, der gerne mit gutem Gewissen einkaufen gehen will, aus Rücksicht auf den Klimawandel den Erwerb eines Elektroautos erwägt, gerne Umsonstkisten mit schlechten Büchern und Einhornstickern auf die Straße stellt, überlegt, sich auch mal vegan zu ernähren, Sport macht, nicht raucht, andere ausreden lässt und leise spricht und so weiter. Kurz gesagt: Leute, denen es eigentlich soweit ganz gut geht und einen winzigen Rest menschlichen Anstands besitzen, dessen Betäubung sie sich dann einiges kosten lassen können. Und diese Leute, die Freund_innen der hippen Kaffees und Programmkinos, die verspüren eine drohende Gefahr, ausgehend von der AFD und dem Rechtsruck.

Dabei darf man nicht glauben, dass diese Leute tatsächlich etwas von der Gefahr des Rechtsrucks oder der AFD verstehen. Das Verspüren ist eher subtil, weil bei Rechtsruck und AFD auch das Uncoole, Unhippe, die deutsche Hausmannskost, das Schmutzauto, ecetera mitschwingt und sich die linksliberalen Leute damit nicht mehr wohlfühlen. In ihre schöne Welt aus „wenn ich es mir leisten kann, darf ich auch ein bisschen frei sein? Ja ich darf, wenn ich dabei nett bin!“-Ansichten drängt alles zurück, was sie schon für überwunden hielten.

Es ist dieses „wir“, was Heiko Maas meint, wenn er sagt „wir lassen uns nicht spalten“. Ein wir, das keinerlei Bezug hat zu denen, die tatsächlich bereits von Nazis, Polizei, Frontex, Soldaten und dergleichen bedroht, verfolgt, gequält und ermordet wurden und werden. Es ist ein „wir“ aus Menschen, die so schnell wie möglich zurückwollen in ihre kleine Traumwelt, in der es keine Gewalt mehr gibt, weil sie sich so gut, lässig und schön benehmen und kleiden. Es sind Menschen, die ihren Status Quo verteidigen und sich wohlfühlen wollen und keinen Deut mehr. Sie brauchen einen Machtapparat, der sie behütet und beschützt und der Grund für sie, zu einer Demonstration zu gehen ist der, den Staat daran zu erinnern.

Es waren auch noch andere Leute da. Zum Beispiel die MLPD und so, die nun sicherlich nicht für ihr Hipsterleben bekannt sind. Ihnen wurde auch vorgeworfen, in ihrem Redebeitrag „herumgeäzt“ zu haben. Ihnen fehlt sozusagen das gute Benehmen der linksliberalen Hipp-People, doch waren sie und mit ihnen die ganzen anderen konservativen Linken aus dem gleichen Grund da, auch sie wollen den Status quo verteidigen, in dem sie seit Jahrzehnten sich eingerichtet haben: Nämlich gegen den Staat zu ätzen, ohne richtig sich gegen ihn zu wenden und sich zugleich der Illusion/Hoffnung hingeben zu können, dass die Volksmassen schon bald aufstehen und sich hinter der MLPD versammeln. So lange dies nicht so ist, soll aber bitte auch niemand anderes kommen, um die Massen zu versammeln, wie es nun der Rechtspopulismus tut.

Bevor hier etwas missverstanden wird: Das ist sicherlich nicht der einzige Grund, für die MLPD und Co sich gegen die Rechtspopulisten zu wenden. Ihren Antifaschismus meinen sie ernst und sie weichen der faschistischen Bedrohung sicherlich nicht so ohne Weiteres aus, wie das die Linksliberalen tun. Es ist aber der Grund, wieso die MLPD auf eine Demonstration unter dem Titel „unteilbar“ geht und dort Seite an Seite mit den Arbeiterverrättern der SPD demonstriert.

Die MLPD demonstriert nicht gegen jemanden, der ihr Leben wieder uncool machen kann, wie Maas, die Grünen und Co, sondern gegen einen politischen Konkurrenten. Denn der AFD und anderen neurechten Banden gelingt, was seit Jahren der politische Wunsch der MLPD und ähnlicher Gruppierungen ist: Der subtilen Wut gegen die da oben Ausdruck zu verleihen. Dabei geht die Analyse, warum die Menschen wütend sind, selbstredend weiter als die „Analysen“ der AFD. Und ganz ihren Prinzipien folgend, war die MLPD vermutlich auch nicht wirklich aus Gründen der Unteilbarkeit da. Denn dass sie und die SPD/die Grünen/usw nicht in einer politisch unteilbaren Front gegen den Faschismus stehen, so verwirrt sind weder SPD und Grüne und so weiter, noch die MLPD. Vermutlich war sie vielmehr da, um das zu machen, was sie immer machen wollen: Die Massen agitieren, oder um genauer zu sein: Die Arbeitermassen. Sie war sozusagen gezwungen dort aufzulaufen, weil die Arbeiterverräter auch dort waren und sich an einem Steckenpferd der MLPD versuchten, dem Antifaschismus (ganz egal, ob SPD und Co sich trauen, dieses Wort in den Mund zu nehmen oder nicht).

An diesen beiden Akteurinnen können wir etwas wichtiges erkennen: Dass die verschiedenen Gruppen selbstverständlich nicht bloß aus einem gemeinsamen Interesse an der Demonstration teilnahmen, sondern aus ganz individuell-politischen Interessen. So ist es denn auch so, dass in der eigenen politischen Wahrnehmung, die 240.000 Leute jeder politischer Akteur sich selbst und seinen Anliegen zurechnen kann, wobei das Vehikel hierfür der gemeinsame Aufruf des Bündnisses war, dass eine solch große Spannweite aufwies, dass es nicht mal möglich war, sich auf eine reichlich beliebige und schwammige Formulierung wie „offene Grenzen für alle“ zu einigen. Das, worauf sich geeinigt werden konnte, war abstrahiert eher das Folgende: Wir tragen unsere Konflikte die zwischen uns bestehen lieber weiter unter uns aus auf die bisher bestehende Weise, aber wir sind alle gegen AFD und Co, die sollen nicht mitspielen.

Das Interesse ist also ebenso allgemein und abstrakt formuliert ein konservatives. Alles möge doch bleiben, wie es ist, wir wollen dahin zurück, wo es keinen starken Rechtspopulismus gab und eine echte gesellschaftliche Veränderung wie auch Bedrohung nicht zu sehen gewesen ist (wobei sie, wenn wir ehrlich sind, tatsächlich doch schon zu sehen war).

Wieso aber ist denn dies nun so hilflos? Wieso können wir es nicht einfach positiv sehen, dass die Parole „Alle

zusammen gegen den Faschismus“ hier einmal praktisch wird? Die Antwort ist einfach: Weil es ein völlig inadäquates Mittel ist, um sich tatsächlich gegen den Faschismus zu wehren. Und zwar nicht von der praktischen Seite, Massenmobilisierungen sind eines der wenigen gesellschaftlichen Kampfmittel. Sondern weil es eine Zusammenkunft von Gruppierungen organisiert war, die zum einen selbst Teil des Staates sind, der durch Art der politischen und ökonomischen Organisation die Bedingungen für das Aufkeimen des Faschismus überhaupt erst schafft, wie auch von Gruppen, die einfach bloß einen anderen Staat wollen und meinen, durch diesen dann die Probleme lösen zu können, auch wenn sich historisch bisher nur gezeigt hat, dass hierzu kein Staat in der Lage war. Die konservative Haltung der Unteilbardemonstration drückt sich eben genau darin aus, dass sie den Faschismus als Ursache für Probleme sehen und nicht erkennen, woher er überhaupt kommt.

Der faschistische Feind

Woher aber kommt der Faschismus? Um die Antwort hierauf nur kurz zu umreißen: Der Faschismus kommt aus der Gesellschaft heraus und zwar dann, wenn sie durch den Staat gepeinigt wird. Er ist eine Art fehlgeleitete Abwehrreaktion der Gesellschaft gegen den Staat. Er zielt jedoch nicht auf die Abschaffung des Staates, sondern nur auf die Abschaffung der aktuellen Regierung. Er ist als fehlgeleitete Abwehrreaktion der Gesellschaft dabei eher wie ein Krebs, der sich gegen das schlechte Leben wendet, indem er die Grundlage für das Leben überhaupt zerstört. Der Faschismus keimt auf in der Gesellschaft nicht gegen den Staat, sondern für den Staat, mit dem Ziel, diesen zu übernehmen, autoritär zu transformieren und die Gesellschaft in einen noch schlimmeren Zustand als zuvor zu stürzen. Dabei setzt die Transformation hin zum autoritären Staat ein, bevor die Regierung tatsächlich von einer faschistischen Partei übernommen wird. Die staatliche Struktur ist dafür so anfällig, dass die Themen der rechten autoritären Transformation auch so in die aktuelle Regierung einziehen, wie wir ja beispiels-

weise an der Position von diversen Grünenpolitiker_innen sehen können (Palmer und Kretschmann lassen grüßen). Der Staat als Struktur ist daher nicht nur Quelle für den Faschismus, sondern zugleich auch sein eigenes, späteres Instrument.

Der Kampf gegen den Faschismus braucht immer zwei Ebenen: Zum einen muss konkret gegen den Faschismus gekämpft werden, um seine Ausbreitung zu verhindern und seine Angriffe sofern möglich zu stoppen, zum anderen müssen die Selbsterhaltungskräfte und Selbstverteidigungskräfte der Gesellschaft gestärkt werden, damit eine sinnvolle Verteidigung und ein sinnvoller Kampf gegen die Ursache der Probleme geführt werden kann: Den Staat.

Jedwede Mobilisierung, die sich zwar gegen den Faschismus wendet, aber nicht gegen seinen Grund, sondern sogar den Grund gegen den Faschismus verteidigen will, wird ihr Ziel zwangsläufig verfehlen. Es ist ein absoluter Fehlschluss zu versuchen, diesen Staat gegen den Faschismus zu verteidigen. Wer ihn verteidigt, verteidigt die Wurzeln des Faschismus, verteidigt die Fähigkeiten des Staates die Menschen dumm zu halten und ungebremst ausbeuten und manipulieren zu können, was notwendige Voraussetzungen für den Faschismus sind. Der Kampf gegen den Faschismus wurde also in Berlin gar nicht geführt, weil keine der beiden relevanten Ebenen berührt wurde. Es war eher eine Bestandsaufnahme, ein Test, wie weit der gesellschaftliche Verfall schon fortgeschritten ist, eine Selbstvergewisserung von Teilen aus Gesellschaft und Staat, die am Erhalt des Status Quo irgendwie ein Interesse haben, ob es noch einen ausreichenden Konsens über das „weiter so“ gibt. Daher war es auch notwendig, dass Teile des Staates und Teile der Gesellschaft zusammenkamen, um sich des Bundes zwischen Ausbeuter_innen und Ausgebeuteten zu vergewissern. Was den Menschen vor Ort das Gänsehautgefühl machte, war diese Vergewisserung. Dies war auch der Grund für die Freude der IL, wenn sie sagte, dass sie nun glauben, dass der Rechtsruck aufzuhalten sei.



Zentral wird dabei verkannt, dass der Faschismus in diesem Grund eine seiner Hauptenergiequellen hat. Gerade die tatsächlich und faktisch schädliche Verbundenheit von Teilen des Staates und Teilen der Gesellschaft befeuert sein Wachstum. Es ist ihm Beleg für die Notwendigkeit des Kampfes dergestalt, dass zum einen die Verlogenheit der Linken in den Fokus genommen wird: Sie wettet gegen den Staat, aber sie lebt von ihm. Und andersherum die Verlogenheit des Staates: Er schimpft auf den Linksextremismus, aber er finanziert ihn. Tatsächlich fließt in den „Nachweis“ dieses Aspektes einige Arbeit: Worüber sich noch viele lustig machen, der Vorstellung des Antifa e.V. als Fantasie der rechten Idiotie, hat schon viel weitere Kreise gezogen und wird auch fortlaufend durch Recherchen und Analysen durch rechte Think-Tanks und dergleichen weiterentwickelt. Ganze Schautafeln werden hierzu entworfen, bei denen dann über einen recht langen Umweg der Nachweis geführt wird, dass das Innenministerium eine Antifagruppe oder irgendein Autonomes Zentrum finanziert.

Was daher kommt als faschistische Verblödung, hat einen realen Hintergrund. Tatsächlich stimmt es ja, dass nicht wenige linke Kräfte die Zusammenarbeit mit dem Staat anstreben, einführen und aufrechterhalten. Die Frontlinie zwischen einer linken Bewegung und dem Staat existiert nicht. Diese Frontlinie wird tatsächlich nur von ganz wenigen und häufig auch als schwärmerische Pseudorevolutionäre beschimpften Linksradiكالen gezogen. Der Rest beschränkt sich auf eine „So tun als ob“ Frontstellung durch schlichten Verbalradikalismus und manchmal nicht mal mehr das. Diese Pseudofrontstellung hat als Grundlage, dass Staat und linke Bewegung in bestimmten Situationen voneinander profitieren und im Sinne dieses Profits bestimmte Verbindungslinien aufrechterhalten werden.

Aktuelle Praxis beispielsweise der AFD in Deutschland ist es, diese vermeintlichen (in Bezug auf die wenigen linksradikalen Staatsfeinde) oder faktischen (staatliche, also durch die politischen Parteien, Städte, Länder, Bund, sowie die Wirtschaft geförderte linke Vereine und dergleichen) Verbindungslinien zu kappen, worin wiederum ein Grund zu finden ist, warum sich die konservativ-liberale Haltung der Unteilbar-Demonstration sich gerne als unteilbare Gesamtmasse darstellen will, ganz im Interesse des Schutzes dieser faktischen Verbindungslinien.

Alle zusammen gegen den Faschismus?

Ist denn nun die Parole „Alle zusammen gegen den Faschismus“ wertlos? Das ist sie sicher nicht. Es ist eine kräftige Parole, die eine kräftige Haltung suggeriert. Sie muss jedoch auch einen kräftigen Unterbau bekommen. Dieser kräftige Unterbau kommt dadurch zustande, dass sich tatsächlich ein Bund innerhalb der Gesellschaft entwickelt, der die gesellschaftliche Position der Freiheit aufbaut, die Verbindungslinien zum Staat veröden und ihn damit austrocknen lässt, sowie die lebendigen Verbindungslinien zwischen den Menschen wiederentdeckt. Überhaupt ist es sehr wichtig, die Art der Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft stärker zu untersuchen

und zu verstehen, sowie das gewonnene Verständnis innerhalb der Gesellschaft zu verbreiten. Dass sich diese Praxis innerhalb der gesamten Linken verbreiten wird, ist allerdings erst einmal nicht zu erwarten. Dazu befinden sich die Linke in einem zu schlechten Zustand. Um ein Beispiel zu benennen: Damit sich die Gesellschaft wieder zum Besseren entwickelt, ist es notwendig, dass die lebendigen Verbindungen zwischen den Menschen wiederentdeckt werden. Diese Verbindungslinien sind weitestgehend verödet, wir können das im alltäglichen Umgang der Menschen untereinander beobachten (und auch an unserem eigenen Verhalten und wie sich Leute uns gegenüber verhalten). Diese Verbindungslinien wurden im staatlichen Interesse verschüttet und schwer beschädigt, sowie, und jetzt kommt die Neuerung: Durch technische Verbindungslinien ersetzt. Das bedeutet, dass die Menschen nicht mehr tatsächlich in einen Austausch miteinander treten, sondern sich der Kontakt immer weiter ins digitale Netz verlagert, wo er auf bisher ungeahnte Weise gesteuert und überwacht werden kann. Die natürliche Art des Kontakts zwischen den Menschen wurde digitalisiert. Um sich für die Belange der Menschen innerhalb der Gesellschaft einzusetzen, also damit auch für seine eigenen Belange, muss dieser Umstand untersucht werden, sowie die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen ergriffen werden, um überhaupt die Möglichkeit des lebendigen und echten Kontakts der Menschen untereinander zu erhalten und wieder zu verbessern, aufrechtzuerhalten. Weite Teile der Linken jedoch tun genau das Gegenteil: Durch ihr Verhalten tragen sie mit dazu bei, die Digitalisierung des menschlichen Lebens voranzubringen, indem sie massiv dazu beitragen, politische Auseinandersetzungen zu digitalisieren. Dies ist besonders schlimm, weil sich die Linke explizit daran beteiligt, den faktischen Widerstand ins Digitale zu überführen. Eine solche Linke kann gar nicht dabei helfen, die Probleme zu lösen, sie verschlimmert vielmehr das Problem. Sie versucht, die Herrschaft des Menschen über den Menschen zu brechen, obwohl sie keinerlei ausreichende Kenntnis besitzt, was die aktuelle Gestalt dieser Herrschaft überhaupt ist, gepaart mit einem viel zu geringen Wissen darüber, was denn überhaupt diese Herrschaft ausmacht.

Ein weiteres Beispiel hierfür ist das Wesen des Patriarchats. Zwar wird in der Linken selbiges kritisiert, und doch greifen im Verhältnis der Geschlechter sämtliche Strukturen, wie sie im unkritischen Teil der Gesellschaft greifen. Alle Beschäftigung mit diesem Thema hat nicht zur Folge, dass sich daran etwas geändert hat. Im Wesentlichen ist das Ergebnis nicht mehr als das Hochhalten bestimmter Verhaltensweisen, als sei nicht die Haltung hinter dem Verhalten entscheidend für das Verhalten, sondern bloß das Verhalten. Patriarchal-dominante Charaktere

spielen in zahllosen politischen Zusammenhängen immer noch die zentrale Rolle und werden in ihrem Umfeld in dieser Rolle bestärkt und unterstützt. Die Aufspaltung in Rationalität einerseits und Emotionalität andererseits dauert ungebrochen fort und dergleichen mehr. Die Linke hat es hier nicht weit gebracht, auch wenn sie sich durchaus gerne etwas anderes vormachen will und so die dahinter

liegende Problematik durch den schönen Schein weiter verschleiert wird. Antipatriarchal eingestellt zu sein, oder feministisch zu sein ist viel zu häufig reduziert auf eine moralische bloße Ansicht, die do's and don't's definiert, wobei die Verstümmelung des eigenen Selbst durch die patriarchale Prägung kaum jenseits des Abstrakten erkannt wird und überhaupt vielerlei inhaltliche Auseinandersetzung abstrakt geführt werden, auch wenn vornherum immer das Gegenteil behauptet wird.

Der Kampf gegen den Faschismus muss neben dem faktischen Kampf gegen faktische FaschistInnen, der absolut notwendig ist, einhergehen mit dem Kampf gegen die Wurzeln des Faschismus. Es ist wichtig zu erkennen und zu begreifen, dass das keine verschiedenen Themen sind, dass also die Stärkung der Selbstverteidigungskräfte der Gesellschaft und damit die Stärkung der Gesellschaft gegenüber dem Staat, vom Grundsatz her das Gleiche sind, wie der Kampf gegen den Faschismus. Selbstverteidigungskraft kommt aber nicht aus Parolen jedweder Art, sondern aus der inneren Kraft, sich selbst zu verteidigen. Dazu muss das Wissen um das Wesen von Mensch, Staat, Gesellschaft, Technologie, Maschine, Natur und Freiheit vergrößert werden. Es reicht in seiner aktuellen Gestalt nicht aus, um den Kampf im Sinne der Menschen zu gewinnen.

Die abgeteilte autonome Linke

Es ist also kein Schaden, dass die revolutionär eingestellte Linke in den bisherigen Massenmobilisierungen keine Rolle gespielt hat, selbst nicht dorthin mobilisierte und auch von niemandem eingeladen wurde. Dies ist bloß folgerichtig, weil sich die Autonomen in den letzten Jahren wieder weiter von dem Bund zwischen Staat und Gesellschaft emanzipiert haben, auch wenn sie da sicher

schonmal weiter gewesen sind als es heute der Fall ist, auch wenn sowas immer schwierig zu beurteilen ist. Das war zwar gar nicht immer nur ein Produkt der eigenen Ansichten. Zum Teil wurden die Autonomen unter dem Label „Linksautonome“ und „Black Block Randalierer“ so stark vom Staat denunziert, dass diese Emanzipation mehr ein Abfallprodukt hiervon denn ein eigenes Ergebnis war.

Doch das Vorantreiben dieser Isolation ist zugleich auch das Ergebnis einer anhaltenden und sich weiterentwickelnden Unversöhnlichkeit gegenüber dem Staat, die eine Einbindung der Autonomen im Interesse des Bundes zwischen Staat und Gesellschaft sinnlos macht. Allerdings nicht sinnlos macht dies die Verbindung zwischen dem autonomen Teil der Gesellschaft und der Gesellschaft freizulegen und zu verstärken. Denn es ist ja tatsächlich so, dass diese Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft zum Schaden der Menschen ist. Doch während der Faschismus den Staat übernehmen will, ist es unsere Aufgabe, die gesellschaftliche Position zu stärken, da es auch unsere eigene ist. Praktischerweise lässt sich dadurch die gesellschaftliche Position stärken, indem wir unsere eigene Position stärken, allerdings eben nicht in möglichst großer Abgrenzung zu dieser (das ist, was der Staat vorantreiben will), sondern im Bewusstsein, Ausdruck der Gesellschaft im Interesse ihrer Emanzipation vom Staat zu sein. Das bedeutet, dass wir unsere eigene Position stärker als zuvor in die Öffentlichkeit tragen müssen, mit eben den Mitteln, die gerade zur Verfügung stehen und uns möglich sind. Und zwar nicht voller Scham für diese Position, möge sie auch noch unfertig sein, sondern wie immer schamlos, oder sagen wir besser: **Unverschämt**.

Hannibals Schattenarmee

Rechtes Netzwerk in der Bundeswehr

Am 13. September 2017, einem Mittwoch, bekommt André S. in Sindelfingen Besuch vom Geheimdienst der Bundeswehr. Mal wieder. S. ist Soldat beim Kommando Spezialkräfte in Baden-Württemberg. Er gehört zu den am besten ausgebildeten Soldaten der Bundeswehr, ein Elitekämpfer. Der Mann, der ihn besucht, ist ein Oberstleutnant des Militärischen Abschirmdiensts. Er ist gekommen, um S. über rechtsextreme Tendenzen in seiner Kompanie zu befragen.

Für S. ist das kein ungewöhnlicher Termin. Seit längerem schon trifft er sich regelmäßig mit dem MAD. Die Aufgabe des Nachrichtendienstes der Bundeswehr ist es, extremistische Entwicklungen innerhalb der Armee zu erkennen und zu verhindern. Der MAD nennt S. eine „Auskunftsperson“.

An diesem Tag im September bekommt S. für seine Auskünfte offenbar etwas zurück: Der MAD-Mann berichtet ihm wohl von Ermittlungen des Generalbundesanwalts

gegen ein geheimes Netzwerk von Männern, die geplant haben sollen, Politiker und Aktivisten aus dem linken Spektrum zu töten. Die Bundesanwaltschaft sieht darin die Vorbereitung einer schweren, staatsgefährdenden Gewalttat – Terror also.

Von den Razzien, die es kurz zuvor in Norddeutschland gegeben hat, weiß André S. zu diesem Zeitpunkt bereits. An diesem 13. September soll er aber erfahren haben, dass weitere Durchsuchungen und Befragungen kurz bevorstehen. So steht es in einer Anklageschrift des Amtsgerichts Köln, das zurzeit einen Prozess gegen den MAD-Mitarbeiter wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses führt. Denn: André S. soll dadurch gewarnt worden sein. Und S. ist niemand Geringeres als der Kopf eines bundesweiten Netzwerks, das im Zentrum weitreichender Ermittlungen steht. Sein Deckname ist Hannibal.

Seit einem Jahr recherchiert ein Team der taz zu der Frage: Gibt es ein rechtes Untergrundnetzwerk in Deutsch-

land, in dem sich Regierungsgegner vernetzen, radikalisieren und gezielt auf bewaffnete Kämpfe vorbereiten? Gibt es ein Netzwerk, das hineinreicht in deutsche Behörden, in Verfassungsschutzämter und bis in die oberen Etagen der Bundeswehr?

Dabei stießen wir auf Prepper, die sich mit eingewecktem Gemüse versorgten, recherchierten zu Ermittlungen der Bundesanwaltschaft, deren Beamte zunächst glaubten, Rechtsterroristen in Norddeutschland gefunden zu haben. Wir lasen geheime Telegram-Chats und redeten mit Männern, die zwar bei rechtsextremen Verlagen Bücher bestellten, aber ihre völkische Gesinnung nicht für bedenklich hielten.

Als wir im Dezember 2017 den ersten größeren Text über das „Kommando Heimatschutz“ veröffentlichten, wussten wir noch nicht, wer sich hinter dem Pseudonym Hannibal verbarg. Hannibal, sagte uns jemand, sei der Administrator eines bundesweiten Chatnetzwerks sogenannter Prepper. Wir fragten uns damals: Ist es denkbar, dass Hannibal Mitglied der Bundeswehr ist und direkt aus der Bundeswehr heraus ein Untergrundnetzwerk mitaufgebaut hat?

Wir kennen Hannibals Namen

Heute kennen wir Hannibals vollen Namen. André S., geboren 1985 in Halle an der Saale, ist Mitglied des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr in Calw. Er ist Gründer und Vorsitzender eines Vereins mit Postadresse in Dormagen, Nordrhein-Westfalen, in dem sich Elitekämpfer organisieren. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes kürzen wir seinen Nachnamen ab.

Nach einem Jahr fügt sich aus unseren Recherchen ein Bild, das keinen anderen Schluss zulässt: Überall in Deutschland, auch in Österreich und der Schweiz, haben sich Gruppen formiert, die daran arbeiten, einen eigenen Staat im Staate aufzubauen. Mitglieder in diesen Gruppen sind Polizisten und Soldaten, Reservisten, Beamte und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, die unter konspirativen Bedingungen einen Plan hegen: Wenn sie die Zeichen sehen, wenn „Tag X“ da ist, wollen sie zu den Waffen greifen.

In den Chatgruppen geht es um den „Tag X“. Mit dabei ist Franco A., der unter Terrorverdacht verhaftet wird. Manche ihrer Pläne sind erschreckend konkret. Der Focus schreibt von einer „Untergrundarmee“. Wie ein Netz sind die Gruppen miteinander verbunden. Unsere Recherchen ergeben, dass die einzelnen Fäden immer wieder zu einer Person führen: Hannibal.

Wer ist dieser Hannibal? Wie kann es sein, dass administriert vom Gelände der Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw bundesweit extremistische Zellen entstehen? Und wie kann es sein, dass der MAD Hannibal sogar noch warnt?

Misstrauen an den Staatsdienern

Ende August 2017. Der Generalbundesanwalt lässt in Mecklenburg-Vorpommern Wohnhäuser und Büros

durchsuchen. Unter anderem von einem Anwalt und einem Kriminalpolizisten. Der Vorwurf: Sie sollen sich verabredet haben, an einem „Tag X“ Politiker und Menschen aus dem linken Spektrum festzusetzen oder zu liquidieren. Die Ermittlungen dauern an.

Das Besondere damals ist: Die Staatsanwälte der Bundesanwaltschaft misstrauen den Staatsdienern im Norden. Landespolizisten werden nicht einbezogen. Selbst der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns wird erst unmittelbar vor den Razzien informiert. Denn der verdächtige Anwalt und der Polizist agierten nicht allein. Sie weihten in ihre Pläne unter anderem einen SEK-Polizisten und einen ehemaligen Soldaten ein, der damals noch einer Reservistenkompanie vorstand, die sich auf einen Einsatz beim G20-Gipfel in Hamburg vorbereitete.

Diese Männer sind Teil einer größeren Gruppe, die sich auf Katastrophen vorbereitet, Stromausfälle, Stürme und Nahrungsmittelknappheit, auf Momente, in denen der Staat seine Bürger nicht mehr versorgen kann. Sie organisieren sich in mehreren Chatgruppen in Norddeutschland. Eine von ihnen heißt Nordkreuz, eine heißt Nord.Com, mal geht es darin um Impfstoffknappheit, mal um Truppenbewegungen in Osteuropa.

Eine dritte Gruppe heißt Nord. Es ist Hannibal, der diese Gruppe mit vertraulichen Informationen und Lagebildern aus dem Inneren der Bundeswehr versorgt. In der Gruppe erzeugen seine Nachrichten das Gefühl, zu einem inneren Zirkel zu gehören, der einen Wissensvorsprung hat. Es ist auch kein Zufall, dass diese Gruppen im Herbst 2015 entstehen, denn es geht auch um die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung – und wie man sich dagegen wehren kann.

Wettschießen bei der Geburtstagsfeier

An einem Abend Anfang 2017 treffen sich vier Männer, darunter der beschuldigte Polizist sowie ein weiterer und der Reservist bei einem Stehimbiss an einer Landstraße nahe Schwerin. Sie sprechen über Lagerhallen, in denen sie am „Tag X“ ihre politischen Gegner internieren wollen. Könnte der Kompaniechef der Reservisten im Ernstfall dafür nicht Lastwagen der Bundeswehr organisieren?

Ließen sich so auch mögliche Straßenkontrollen überwinden? Sie reden auch über Erschießungen. Im Laufe des Gesprächs soll auch das Wort „Endlösung“ gefallen sein. Das sagen Menschen, die mit den Vorgängen betraut sind, der taz.

Sie erzählen auch: Der beschuldigte Anwalt hatte bei Geburtstagsfeiern hinter seinem Haus ein Wettschießen veranstaltet und einen Wanderpokal dafür ausgelobt – benannt nach Mehmet Turgut, einem Mann, den die rechtsextremistische Terrorzelle NSU im Jahr 2004 erschossen haben soll. In Rostock. Sein Mord ist bis heute nicht aufgeklärt.

Aus Ermittlungsunterlagen, die der taz vorliegen, geht hervor, dass Mitglieder dieser Nord-Gruppe bereits De-

pots mit Treibstoff, Nahrungsmitteln und Munition angelegt haben sollen. Jeder von ihnen zahlte dafür etwa 600 Euro in eine gemeinsame Kasse. Jenseits der Chatgruppe gab es noch weitere Unterstützer – etwa den Betreiber eines Schießstandes Nahe Rostock. Er verließ zwar den Chat, verkaufte den Mitgliedern aber weiterhin Waffen. Oder ein Ausbilder am Fliegerhorst der Bundeswehr in Laage, wo Eurofighter stationiert sind. Er lud seine Freunde nach Dienstschluss in den Sicherheitsbereich. Dort durften sie im Flugsimulator den Eurofighter fliegen.

Die Süd-Gruppe

Nach den Razzien vom August 2017 war der Aufklärungswille des zuständigen Innenministers, Lorenz Caffier (CDU), überschaubar. Er richtete eine sogenannte Prepper-Kommission ein. Befund bislang: Es gibt kein Problem. Einen Bericht hat die Kommission ein Jahr später noch nicht vorgelegt.

Es gab aber in dem Chatnetzwerk nicht nur die Nord-Gruppe. Es gab: Ost, West, Süd – organisiert entlang der geografischen Aufteilung der Wehrbereichsverwaltung. Außerdem: Österreich und die Schweiz. Auch in Süd, der größten und aktivsten Gruppe, war Hannibal der Administrator.

Das ist die Gruppe, in der der frühere Bundeswehrsoldat Franco A. Mitglied war. Das Auffliegen Franco A.s war einer der größten Bundeswehorskandale der letzten Jahre. Ein Soldat, der mutmaßlich rechtsextreme Terroranschläge geplant hat – und niemand, nicht seine Vorgesetzten, nicht der MAD, wollten etwas bemerkt haben?

Franco A. war nicht nur passiv Mitglied in der Süd-Gruppe. Einmal war er bei Hannibal zu Hause, einmal nahm er mit Hannibal an einem Treffen in Albstadt teil, bei dem die Handys im Auto gelassen wurden. Es war ein Treffen in einem Schützenverein.

Die Bundesanwaltschaft ermittelt

Franco A. warb auch neue Mitglieder für die Süd-Gruppe. Zum Beispiel einen Händler von Waffenteilen, bei dem A. zuvor Zubehör gekauft hatte, als Barkauf, damit sein Name nicht auf der Rechnung auftauchte. Dem Händler hatte A. auch gesagt, bei der Süd-Gruppe handele es sich um eine besondere Gruppe innerhalb der Bundeswehr.

Als Hannibal erfährt, was Franco A. vorgeworfen wird, gibt er umgehend Anweisung, alle Chats zu löschen: Nord, Süd, West, Ost. Es hätte kein gutes Licht auf die Richter, Beamten und Soldaten in den Chatgruppen geworfen, wird er später sagen, wenn man sie mit Franco A. in Verbindung brächte.

Weil Franco A. auffliegt, ermittelt die Bundesanwaltschaft. Jetzt gerät das Netzwerk unter Druck. Wie schon in Norddeutschland legen sie auch in der Süd-Gruppe sichere Treffpunkte und Unterkünfte fest, in denen sich die Mitglieder am „Tag X“ treffen können.

Sie legen „Safe-Houses“ an. Wieviele es von diesen Unterkünften gibt, und wozu genau sie genutzt werden sollten, ist unklar.

Bei der Vernehmung wollen die Ermittler von Hannibal wissen, wie viele solcher „Safe-Häuser“ es in Deutschland gebe – und wo diese sich befinden. André S. antwortet: überall. Sogar das Autohaus seiner Eltern hatte er im Chat als solches vorgeschlagen.

Kaserne erfolgreich übernommen

Es ist bisher noch unklar, was diese „Safe-Häuser“ genau ausmacht. Den Ermittlungsbehörden bereiten diese Orte Kopfzerbrechen. Es gibt sie in Nürnberg und Ulm, in Lenggries und Bad Tölz und auch die Graf-Zeppelin-Kaserne in Calw, wo das KSK stationiert ist, wurde in der Chatgruppe Süd als ein solcher Ort definiert – vorausgesetzt allerdings, man habe im Krisenfall die Kaserne bereits erfolgreich übernommen.

Franco A.s Verhaftung führt schließlich dazu, dass deutschlandweit Bundeswehrkasernen nach NS-Devotionalien durchsucht und Soldaten auf ihre Gesinnung überprüft werden. Das Verteidigungsministerium will aufräumen, Soldaten wie Franco A. sollen künftig schneller auffallen. Rechtsextreme Kameraden sollen die Bundeswehr verlassen.

Hannibal bleibt

Der Deckname Hannibal und der bürgerliche Name André S. kursieren im vergangenen Jahr unter Sicherheitspolitikern im Bundestag. Ihnen gegenüber muss der MAD zugeben, dass er Hannibal schon lange kennt, der scheinbar so bereitwillig Auskunft gibt. Und obwohl auch dort bekannt wird, dass die Nord-Chatgruppe Äquivalente in anderen Landesteilen hat, heißt es: Menschen, die Konservendosen horten, sind doch harmlos.

Dabei möchte der MAD von Hannibal auch wissen: Was weiß er über diese Abschiedsfeier, die einen Gerichtsprozess nach sich zog?

Helden des rechtsextremen Milieus

Frühjahr 2017, auf einem Schießstand nahe Stuttgart feiert ein Kompaniechef des KSK seinen Abschied. Seine Soldaten lassen ihn einen Parcours absolvieren, lassen ihn Bogen schießen und Köpfe von Schweinen werfen. Als Belohnung haben sie eine Frau eingeladen, mit der er Sex haben soll. Es kommt nicht dazu, sagt die Frau später aus. Der Kompaniechef sei zu betrunken gewesen. Sie erzählt auch, dass auf der Feier Musik der rechtsextremen Band Sturmwehr gespielt worden sei. Der Kompaniechef und andere hätten dann den Hitlergruß gezeigt.

Der MAD hat ein Interesse daran, Hannibal zu schützen

Auf Anfrage der taz möchte der Militärische Abschirmdienst nicht mitteilen, ob ihre Auskunftsperson Hannibal an jenem Abend mitgefeiert hat. Der MAD hat ein Interesse daran, Hannibal zu schützen.

Im KSK hat der MAD fast keine Quellen, der Kontakt zu Hannibal ist wertvoll. Das Kommando, das streng abgeschirmt operiert, pflegt ein Eigenleben. Im Jahr 2004 war der berühmte KSK-Kommandeur Reinhard Günzel ohne Dank entlassen worden, nachdem er die antisemitische Rede des heutigen AfD-Abgeordneten Martin Hohmann in einem Bundeswehrschreiben gelobt hatte. Später wurde Günzel zum Helden im rechtsextremen Milieu.

Kontakt per Mail

Im September fragen wir das Bundesverteidigungsministerium nach Uniter. Ein Verein, den Hannibal vor Jahren gegründet hat, in dem sich ehemalige und aktive Mitglieder von Spezialeinheiten vernetzten. Ein Sprecher des Ministeriums antwortet schriftlich: Das Ministerium verfüge über keine weiteren Kenntnisse zu Uniter als die „öffentlich zugänglichen“. Zu diesem Zeitpunkt war Hannibal bereits Auskunftsperson des MAD. Der MAD ist direkt dem Ministerium unterstellt.

Die Bundesregierung muss natürlich keine Informationen an die Presse geben, die sie aus nachrichtendienstlicher Aufklärung hat. Sie muss aber auch nicht lügen.

Uns interessiert in unserer Anfrage auch: Nutzt Uniter Liegenschaften der Bundeswehr? Üben die Vereinsmitglieder mit Bundeswehreigentum? „Es liegen hierzu keine Informationen vor“, schreibt das Ministerium. Weiß denn das Ministerium etwas darüber, dass sich KSK-Soldaten als Prepper weiterbilden? „Keine Erkenntnisse.“

Als wir schließlich den bürgerlichen Namen von Hannibal kennen und André S. selbst im April 2018 per Mail kontaktieren, erhalten wir 23 Minuten später eine Antwort. Er schreibt: „Prinzipiell schreiben und kommunizieren wir nicht mit der Presse, da die Masse der Mitglieder der Geheimhaltung unterstehen und jegliche Verbindungen das Leben von Mitgliedern und deren Familien beeinträchtigen könnte.“ Weiter heißt es: „Sollten weitere Fragen und Bedrängungsversuche von ihrer Seite aus kommen, müssen wir den Militärischen Abschirmdienst etc. informieren.“

Uniter also, ein Verein, dessen Gründer ein bundesweites Chatnetzwerk mit vertraulichen Informationen aus deutschen Behörden belieferte; der den unter Terrorismusverdacht verhafteten Soldaten Franco A. in seiner Chatgruppe hatte; und der auch diejenige Chat-Gruppe in Norddeutschland administrierte, deren Mitglieder an einem „Tag X“ mit Bundeswehrlastwagen politische Gegner in Lager fahren wollten – dieser Verein also möchte im Falle von Presseanfragen den Militärischen Abschirmdienst informieren.

Die Elite der Bundeswehr vernetzen

Natürlich interessiert uns daher, worum es sich bei Uniter handelt. Uniter, das bedeutet, auf Latein: „In Eins verbunden“. Der Verein möchte die Elite der deutschen Bundeswehr vernetzen.



Dafür gibt es auch gute Gründe: Oft scheiden KSK-Soldaten im Alter von 35 Jahren aus dem Verband aus, die Auslandseinsätze entfallen – und damit Auslandsbezüge und Gefahrenzulagen der Soldaten. Plötzlich ist weniger Geld auf dem Konto. Uniter könnte da eine Hilfe sein. In dem Netzwerk sollen sich aktuelle und ehemalige Soldaten gegenseitig unterstützen. Viele von ihnen haben Sicherheitsfirmen oder Kampfsportschulen gegründet, andere sind weiter beim Militär. Im Online-Shop werden Krawatten, Manschettenknöpfe und Siegelringe mit dem Uniter-Emblem verkauft: Schwert und Kreuz, umfasst von einem Eichenkranz.

Auf Facebook lädt Uniter ein zu einem Marsch auf eine Burgruine in Baden-Württemberg, um Veteranen zu gedenken. Ein anderes Mal treffen sich Uniter-Mitglieder in einer Bundeswehrkaserne bei Berlin. Hier gibt sich der Verein offen für Interessierte. Eine Gruppe lädt die taz schließlich ein.

Es ist ein Samstagmorgen im September dieses Jahres. In einer Kampfsporthalle in Berlin-Köpenick erklärt ein Trainer, Messerkampf brauche viel Übung, Jahre, es sei eine der gefährlichsten Disziplinen. Die Männer, ein Sicherheitsmitarbeiter vom Flughafen, ein Personenschützer und ein Polizeiausbilder, ahmen die Bewegungen des Russen nach. Sie wollen vorbereitet sein.

Also üben sie mit Kunststoffmessern, wie es wohl wäre, jemandem die Klinge durch die Kehle zu ziehen? „Um jemanden mit dem Messer zu töten, muss man ihn am Oberschenkel treffen, dann in den Bauch, dann in den Hals.“ So erklärt es der Trainer auf russisch. Einer muss übersetzen. Das klingt dann so: „Schneiden, schneiden, schneiden.“

Nur ein Spiel?

Auch Uniter ist, wie die Chatgruppen, in die Distrikte Nord, Süd, Ost und West gegliedert. Auch hier gibt es Ableger in Österreich und der Schweiz. Auch hier kennen sich viele Mitglieder nicht über ihre eigenen Distrikte hinaus. Einer der Distriktleiter-Ost ist ein Polizeiausbilder. Uniter hat auch schon mal Spenden für Obdachlose gesammelt, der Verein ist wiederum Teil eines Ritterordens. Mehrere Mitglieder sind auch Freimaurer. Ungefragt

erklärt der Polizistenausbilder im Gespräch mit der taz: Jedes neue Mitglied werde überprüft, Extremismus nicht geduldet. So steht es auch in der Satzung des Vereins.

Franco A. hatte seinem Waffenhändler Uniter empfohlen. Der Verein dementiert, dass A. formal Mitglied gewesen war. Der MAD interessiert sich für Uniter, will ein Gefühl für die Vereinigung bekommen, lässt sich von Hannibal erzählen, was er da so macht. Hannibals Gesinnung ist dagegen nie Gegenstand einer MAD-Überprüfung.

Als die Ermittler des BKA André S. im vergangenen Jahr befragen, worauf er und die anderen Prepper sich denn vorbereiteten, sagt er: Es gehe in diesen Chats nur um Planspiele. Und er wird sagen, eine gesunde Vorbereitung mache ja heutzutage jeder, der im Staatsdienst arbeite.

Alles nur ein Spiel? Im Süd-Chat hatte Hannibal vor Jahren geschrieben, dass sich das Autohaus seiner Eltern als Safe-Haus eigne. Bei einer Durchsuchung finden die Ermittler in deren Wohnhaus eine Kiste mit Übungsgranaten aus den Beständen der Bundeswehr und Zünder. Was er dazu sagen könne, fragen sie Hannibal im September

2017 und weisen darauf hin, dass er sich nicht selbst beschuldigen muss. Hannibal sagt, er wolle darauf nicht antworten.

Keine gewaltbereiten Rechtsextremisten festgestellt

Zwei Wochen später, Anfang Oktober 2017, wird der MAD-Oberstleutnant Peter W., Kontaktmann Hannibals, von der Wehrdisziplinar-Anwaltschaft befragt. Sie werfen ihm vor, Interna verraten zu haben. Peter W. fungiert beim MAD als Ansprechpartner für Generalbundesanwalt und Bundeskriminalamt. Die Staatsanwaltschaft Köln hat Anklage gegen ihn erhoben.

Der Generalbundesanwalt führt Hannibal nicht als Beschuldigten. Das KSK hat er inzwischen verlassen.

Als an diesem Freitag der Chef des Militärischen Abschirmdienstes, Christof Gramm, im Bundestag befragt wird, sagt er: „Wir haben keine gewaltbereiten Rechtsextremisten festgestellt.“ Und: „Eine Vernetzung von gewaltbereiten Extremisten innerhalb der Bundeswehr findet daher auch nach unserer Wahrnehmung nicht statt.“

taz

Wo wart ihr in Chemnitz?

Schon am 01.09.2018, der Samstagdemonstration von ProChemnitz nach den Ausschreitungen am Wochenende davor und der dagegenhaltenden antifaschistischen Mobilisierung war zu hören, wie Demonstrant_innen den Bullen zuriefen: „Wo wart ihr am Montag?“

In der Folge wurde daraus der Spruch „Wo wart ihr in Chemnitz?“, wie es zuvor auch schon einmal „Wo wart ihr in Heidenau?“ geheißen hatte, jeweils im Rückgriff auf den Spruch „Wo wart ihr in Rostock?“, der auf das damals stattgefundene Pogrom und die geringe Polizeipräsenz Bezug nahm. Kritisiert wird damit meistens die konkret anwesende Polizei und das damit zusammenhängende Repressionspotential gegenüber deren Abwesenheit in Bezug auf vergangene faschistische Ausschreitungen, welche diese Ausschreitungen dann erst ermöglichte.

Diese Ansicht ist gekennzeichnet von einem grundsätzlich positiven Staats- und Polizeibild. Es geht davon aus, dass die Polizei eine sinnvolle Aufgabe in einem vom Grundsatz her guten Staat hat. Aufgabe der Polizei wäre es, die Rechte des einzelnen Menschen (z.B. ein Recht auf körperliche Unversehrtheit) zu schützen, sowie sich auf der anderen Seite Befehlen, die sich gegen das gesellschaftliche Wohl richten, zu verweigern (wie z.B. einem Einsatz im Hambacher Forst). Beides ist auch im deutschen Gesetz so festgeschrieben.

Dies anzunehmen zeugt von politischer Naivität. Denn so wenig wie es Aufgabe und Ansinnen des Staates ist, sich für das gesellschaftliche Wohl einzusetzen, ist es der tatsächliche Sinn der Polizei, ein gesellschaftliches Anliegen

umzusetzen. Der Staat gibt zwar vor, er würde sich für dieses Wohl einsetzen, doch organisiert er sich und seine Instrumente grundsätzlich nicht nach diesem Anliegen, sondern danach, die Menschen so weit wie es irgendwie geht auszubeuten. Dies kann er in dem Maße, wie die Gesellschaft es zulässt, weswegen er nicht ausschließlich gegen die Interessen der Menschen handeln kann. Die Polizei dient dem Staat dazu, seine Interessen, die Menschen ausbeuten zu können, umzusetzen. Dies tut er zum einen, indem ein Teil der Menschen geschützt wird, und zwar genau diejenigen in dem Maße, wie ihre Arbeitskraft für den Staat interessant ist. Und zum anderen, indem er repressiv gegen Teile der Gesellschaft vorgeht, und zwar ebenfalls in dem Maße, wie diese Teile dem Staat in seinem Interesse, die Menschen auszubeuten, im Wege stehen und dabei gleichzeitig nichts für den Staat Interessantes zu bieten haben (so geht der Staat beispielsweise repressiv gegen die Reichsbürger vor, aber nur sehr begrenzt gegen Banden von Menschenhändlern. Diese werden von der Repression im Allgemeinen ausgespart, zentral auch deswegen, weil das Anbieten von Menschen als Sklav_innen schon immer gerade von den Machteliten beansprucht wurde; Verstrickungen von Politik, Wirtschaft und dem organisierten Verbrechen und eben auch dem Menschenhandel sind zahlreich belegt und von Opfern berichtet worden).

Damit die Menschen sich vom Staat möglichst widerspruchslos ausbeuten lassen, muss der Staat die Menschen täuschen. Er muss sie darüber hinwegtäuschen, dass sie gar kein Leben in ihrem eigenen Sinn führen, sondern dass ihr Leben vom Staat so organisiert wird, dass es den Interessen des Staates zugute kommt. Daher verspricht

der Staat den Menschen, dass er als einzigen und zentralen Legitimationsgrund den hat, das Leben der Menschen zu schützen und zu verbessern. Je besser die Täuschung gelingt, je mehr also die Menschen glauben, die Interessen des Staates seien auch die ihrigen, desto größer ist die Macht des Staates und desto geringer ist die Notwendigkeit, staatliche Macht durch offene Gewalt (also Polizei und Militär) durchzusetzen. Schwindet die gesellschaftliche Macht, so entdecken die Menschen, dass der Staat nicht das tut, was er verspricht, also die Menschen zu schützen und ihr Leben zu verbessern. In dieser Situation muss der Staat seine Macht verstärkt durch offene Gewalt durchsetzen. Hierzu stärkt er grundsätzlich die Position der Polizei, wie derzeit beispielsweise durch öffentliche Rückendeckung („In Hamburg hat es beim G20 keine Polizeigewalt gegeben“) oder durch die neuen Polizeigesetze.

Das ist für die Politik als einer der Machtschwerpunkte im Staat nicht ohne Risiko. Denn die Polizei mit mehr Macht auszustatten bedeutet nicht, dass sich die Macht des Staates vergrößert, vielmehr ist ja der Grund dafür, dass er die Macht der Polizei vergrößert, dass sich die politische Macht konkret schon verringert hat. Das Risiko kommt daher, dass diese Vergrößerung polizeilicher Macht nur eine Verschiebung von Macht ist. Sie wird aus dem Machtschwerpunkt Politik (oder auch aus dem Machtschwerpunkt der Judikative) herausgenommen, wodurch sich das Machtverhältnis innerhalb des Staates zugunsten der Polizei verschiebt.

Die Pogrome und die rassistische Mobilisierung zu Beginn der 90er Jahre in Ostdeutschland fanden noch ganz im Sinne der Regierung statt, welche den rassistischen Aktionismus zur Begründung der eigenen Politik nutzte. Diese Situation hat sich in Sachsen nun verändert. Was dort derzeit passiert, ist bezogen auf jene, die sich an der faschistischen Mobilisierung beteiligen (in aller Kürze) Folgendes: Die Macht der Täuschung durch die Politik gegenüber einem Teil der sächsischen Gesellschaft ist zu gering, als dass eine Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation entsteht. Dies liegt daran, dass sich die sächsische Landesregierung vor allem auf eine wachsende Wirtschaft konzentrierte, wobei der Gewinn wie üblich bei jenen bleibt, die ohnehin schon zur Elite gehören (zu sehen beispielhaft an den immer noch deutlich geringeren Gehältern gegenüber den westdeutschen Bundesländern), bei einem gleichzeitigen Werben für Verkauf und Vermietung städtischer Grundstücke und Wohnraums an Westdeutsche mit einer damit einhergehenden „Verwestlichung“ und in diesem Sinne „Modernisierung“ der Lebensverhältnisse. Mit diesem Wandel können sich einige Menschen identifizieren und begrüßen diese Veränderung, einigen ist sie auch einfach egal oder sie wird hingenommen, andere jedoch können sich mit der Veränderung nicht identifizieren und opponieren dagegen.

In den Unterschied zwischen den Interessen der Menschen, die Zeit ihres Lebens in Sachsen leben und keine Veränderung ihrer Lebensverhältnisse wünschen und dem

Interesse der Umgestaltung Sachsens zwecks eines wirtschaftlich höheren Ertrags, stößt derzeit die faschistische Mobilisierung. Die „antiwestdeutsche“ Haltung ist dabei ein wiederkehrendes Motiv. Regelmäßig taucht es derzeit in den Reden in Chemnitz auf, in welchen beispielsweise die größere Ähnlichkeit der Sachsen mit den Osteuropäern gegenüber den Westdeutschen und Franzosen festgestellt wird, oder Westdeutschland als Region charakterisiert wird, in welchem die regionalen Unterschiede wie etwa Dialekte nivelliert wurden. Sie tauchte aber bereits vor Jahren auf in Stellungnahmen der NPD bezüglich des Neubaus einer Moschee in Leipzig: Ein Moscheebau wurde abgelehnt mit der Haltung, dass man „keine westdeutschen Verhältnisse“ wolle. Das Bild, welches zu diesen Ansichten gehört, lässt sich so zusammenfassen: Die Sachsen haben ihre Eigenheiten und ihre Identität, diese wird aktuell bedroht, zum einen durch „Wessis“, zum anderen durch „Flüchtlinge“. Verantwortlich für beides ist die aktuelle Regierung, die sowohl für die Verwestdeuschung verantwortlich ist, als auch für „das Flüchtlingsproblem“. Dabei wird die „sächsische Identität“ auf verschiedene Weise bedroht: Die Bedrohung durch die „Wessis“ ist immer eine die sich von oben nach unten richtet. Der „arrogante Besserwessi“ spielt sich gegenüber den Sachsen auf, dabei ist gerade der „Besserwessi“ derjenige, der bereits ein identitätsloses Leben führt. Er wird identifiziert als Opfer des USA-Imperialismus, der glaubt, aufgrund dieser Identität etwas besseres zu sein, ohne dabei zu erkennen, dass er schon unterlegen und verloren ist.

Die Bedrohung durch „die Ausländer“ ist eine von unten: Das Zusammenleben in Sachsen wird in Gefahr gebracht durch Menschen, die sich nicht anpassen wollen und dabei an einer als primitiv angesehenen Lebensweise festhalten. Da die Herkunftsländer als gegenüber Deutschland „unterlegene Länder“ gesehen werden, werden auch die Menschen als gesellschaftlich und kulturell unterlegen angesehen.

Die Bedrohung durch die „Wessis“ wird dabei auch als doppelte gedacht: Neben der Bedrohung von oben bringt der „Wessi“ auch eine Verweichlichung der Menschen mit sich, wie sie im rassistischen und faschistischen Weltbild häufig mit Frankreich oder Westeuropa in Verbindung gebracht wurde. Diese Verweichlichung führt im Bedrohungsszenario ebenfalls zu einer erhöhten Gefahr der Unterlegenheit gegenüber „den Ausländern“, wie Björn Höcke einmal sagte, als er davon sprach, die Deutschen hätten ihre Männlichkeit verloren.

Dabei werden die tatsächlichen Probleme (der Staat will die Menschen immer nur im eigenen Interesse ausbeuten und eigentlich interessieren ihn weder seine Lebensverhältnisse noch sein Wohlergehen, der Kapitalismus macht die Menschen unterschiedlos in ihrer Rolle als Konsument_innen wie auch den erzeugten und zu befriedigen Bedürfnissen und dergleichen) im Sinne eines faschistischen Weltbildes verzerrt, umgedeutet und auf „Westdeutschland“, „die Ausländer“ wie auch auf die aktuelle Regierung projiziert, was sich dann an gewalttätigen

Übergriffen, den „Merkel muss weg!“ und „Widerstand! Widerstand!“ - Rufen manifestiert.

Die allgemeine Täuschung der Menschen durch den Staat ist in Sachsen missglückt, so dass ihm seine Macht in Sachsen entgleitet. Die Frage ist nun, welche Rolle die Polizei in der derzeitigen Situation spielt. Gerade in Chemnitz sehen wir (ähnlich wie in Dresden), dass die Polizei als eigener Akteur beginnt, Politik zu machen. So war es beispielsweise am Sonntag, 26.08.2018, also dem Tag, an dem sich die Hetzjagden in der Chemnitzer Innenstadt abspielten, der Polizei in Sachsen und Chemnitz nachweislich bekannt, dass es eine breite Mobilisierung der faschistischen Kräfte gab. Aus anderen Bundesländern hatten andere Polizeidienststellen sogar von sich aus Unterstützung angeboten, als diese erkannten, dass es zu Reisebewegungen und Mobilisierungen innerhalb der lokalen Naziszenen kam. Dies wurde von der Einsatzleitung in Chemnitz abgelehnt.

Ohnehin existieren etliche Beweise über das Zusammenwirken von Polizei und rechten Mobilisierungen und Strukturen (evt Recherche zu Gruppe Freital, SEK-Beamte Uwes, LKA-Pegida etc). Das bedeutet, die faschistische Bewegung in Sachsen entwickelt sich nicht gegen die Polizei, sondern unter deren Schutz, da die Polizei zumindest in Teilen ihre Verbundenheit mit dem Staat aufgegeben hat und sich an derzeit noch oppositionellen Kräften wie der AFD oder Pegida orientiert. Der Einfluss der Bundesdeutschen Politik, wie auch der sächsischen Landespolitik ist in Sachsen so gering, dass er nicht einmal dafür reicht, die Polizei ausreichend in den eigenen Dienst zu stellen.

Die Polizei insbesondere in Sachsen kann keine Lösung für die derzeitige faschistische Mobilisierung sein. Sie ist vielmehr Teil davon und sichert den faschistischen Vorstoß im Kampf um die Straße ab. Dazu gehört, sich im Falle antifaschistischer Gegenwehr vor allem gegen diese zu richten und der faschistischen Mobilisierung den Rücken zuzudrehen. Ein Mehr an Polizei bedeutet also keineswegs, dass die FaschistInnen damit in Schach gehalten würden, sondern vielmehr, dass sich die Repression gegen Antifaschist_innen vergrößern würde.

Die Frage „Wo wart ihr in Chemnitz?“ ist aber noch aus einem anderen Grund an die Polizei falsch gestellt. Denn es ist so, dass das Problem wie oben beschrieben nicht war, dass zu wenig Polizei anwesend war, sondern zu wenig Antifaschist_innen. Der Kampf um die Straße, welchen die FaschistInnen bundesweit verstärkt führen, und in welchem sie in Chemnitz große Gewinne verzeichnen konnten, wird ja nicht gegen die faschistischen Kräfte von der Polizei gewonnen, sondern nur durch die antifaschistischen Kräfte der Gesellschaft. Und diese sind in Sachsen und insbesondere in Chemnitz nicht gerade gut aufgestellt. Dass die FaschistInnen in Chemnitz im Kampf um die

Straße auftreten wie sie auftreten, liegt genau hieran. Zu wenig Antifaschist_innen fanden ihren Weg dorthin und unterstützten die antifaschistische Mobilisierung.

Wer selbst nicht kommt und selbst nicht da war, braucht auch nicht die Polizei in die Pflicht zu nehmen. Falsch wäre es sowieso, aber die Pflicht, nach Chemnitz oder wohin auch immer zu fahren, auch wenn das keinen Spaß macht, haben alle, die nicht wollen, dass der Faschismus siegen wird. Die Frage „Wo wart ihr in Chemnitz“ richtet sich also vor allem an alle antifaschistischen Kräfte, die nicht deswegen nicht kamen, weil sie durch Dringliches verhindert waren, sondern deswegen, weil sie den Ernst der Lage nicht erkennen. Allen sei aber noch einmal in aller Deutlichkeit gesagt: Mehr Polizei wird in Chemnitz nicht gebraucht, mehr Antifaschist_innen, die den Kampf unterstützen, hingegen sehr wohl.

Noch ein kurzes Wort zu der Bedeutung lokaler Kämpfe gegen den Faschismus. Der Kampf um die Straße wurde von den FaschistInnen schon immer als wichtiges Kampffeld gesehen, deswegen führen sie ihn und deswegen wollen sie ihn auch gewinnen. Und er wird ganz faktisch und natürlicherweise an einem konkreten Ort geführt. Aber die Auswirkungen sind keineswegs auf einen Ort begrenzt, auch wenn er lokal die deutlichsten Auswirkungen hat. Das bedeutet, wenn der Kampf in Chemnitz durch die FaschistInnen gewonnen wird (und das wird er umso schneller, je geringer die Gegenwehr ist), dann hat das auch negative Auswirkungen außerhalb von Chemnitz und auch außerhalb von Sachsen, wie konkret beispielsweise schon jetzt zu sehen ist, durch die bundesweite Zunahme faschistischer Übergriffe seit Beginn der Auseinandersetzungen in Chemnitz. Die Situation in Chemnitz (und sonstwo) ist also kein lokales Problem und sollte auch nicht so behandelt werden.

Klar ist in diesem Bezug, dass nicht alle Menschen in Deutschland Zeit und Möglichkeit haben, nach Chemnitz zu fahren. Doch ist der Kampf gegen den Faschismus auch an anderen Orten zu führen, gerade auch wenn dort die Bedingungen deutlich besser sind, als es unter anderem in Sachsen der Fall ist. Die Aufmärsche in Chemnitz und Köthen fanden und finden unter der Beteiligung von FaschistInnen aus dem ganzen Bundesgebiet statt, die AFD ist eine bundesweite Partei. Den Kampf gegen den Faschismus in Chemnitz und konkret den Kampf dort um die Straße, können alle auch sinnvoll unterstützen, indem die lokalen faschistischen Strukturen unter Druck gesetzt und an ihrer Arbeit, die derzeit sich auch als Unterstützung des faschistischen Vorstoßes in Sachsen äußert, behindert werden.

Im Kampf gegen den Faschismus sehen wir uns auf der Straße. Kommt zusammen!

Götz Kubitschek auf die Fresse

Der Verleger Götz Kubitschek ist vor einer Pizzeria beschimpft und angegriffen worden.

Der neurechte Verleger Götz Kubitschek ist am Samstagabend (13.10.2019) nach der Buchmesse in Frankfurt überfallen worden. Drei verummte Männer hätten ihn gegen 22 Uhr vor einer Pizzeria im Stadtteil Sachsenhausen «wie aus dem Nichts» von hinten an den Kopf getreten und ihn unflätig und namentlich beschimpft, sagte er der NZZ. Seiner Frau, Ellen Kositzka, die bei dem Angriff hinfiel, seien die Täter auf den Rücken gesprungen. Ein zur Hilfe eilender Mitarbeiter sei mit einer Flasche im Gesicht verletzt worden.

Die Polizei Frankfurt bestätigte der NZZ die Angaben und hat eine Anzeige wegen schwerer Körperverletzung aufgenommen. Es werde jetzt ermittelt, sagte eine Spre-

cherin. Kubitschek geht davon aus, dass die Täter linke Aktivisten waren. «Ich denke, dass sie mich zufällig vor der Pizzeria gesehen haben und eher spontan beschlossen, zurückzugehen und anzugreifen.»

Kubitschek ist einer der umstrittensten Figuren der Neuen Rechten. Seine Anwesenheit auf der Buchmesse hatte schon im vergangenen Jahr zu Handgreiflichkeiten zwischen AfD-Anhängern und Linken geführt. Dieses Jahr hatte er für Aufsehen gesorgt, weil er die Veranstalter der Buchmesse, die ihn in eine abgelegene Ecke placieren wollten, hereingelegt hatte. Er «verkaufte» seinen Verlag Antaios an einen befreundeten Zahnarzt und seinen eigens neu gegründeten Verlag. So erreichte Kubitschek, dass er als Autor mitten im Messetrubel anwesend war.

NZZ

Reich wegen Waffen

Zu den reichsten Deutschen gehören – natürlich – auch Personen und Familien, die an Waffen- und Rüstungsproduktion verdienen. Sie bieten sich für vielfältigen kreativen Protest und Widerstand an, wie die Aktion gegen die Eigentümer des Panzerkonzerns Krauss-Maffei Wegmann (KMW) aus dem Jahr 2012 belegt.

Eine Auswahl weiterer möglicher Ziele:

Georg Friedrich Wilhelm **Schaeffler**, der in den USA wohnt, und seine Mutter Maria-Elisabeth Schaeffler gehören zu den reichsten Deutschen. Das manager-magazin Sonderheft 2018, aus dem alle folgenden Zahlen stammen, schätzt ihr Vermögen auf sage und schreibe 17 Milliarden Euro. Die Firma Schaeffler aus Herzogenaurach ist Zulieferer für militärische Flug- und Fahrzeuge

wie z.B. den Militärtransporter Airbus A400M, der die Fluglager-Technologie der hauseigenen Marke FAG nutzt.

Die Familien der beiden Geschwister Willi und Isolde **Liebherr** mit 8 Milliarden Euro Vermögen wohnen in Bulle, im Kanton Freiburg in der Schweiz. Alle Aktionäre der Firma sind Familienmitglieder. Auch Liebherr ist Zulieferer für Rüstungskonzerne wie Airbus.

Die Familie **Voith** (Heidenheim) besitzt 2,5 Milliarden Euro. Hanns Voith hatte mit seiner zweiten Frau sechs Töchter. In den 1990ern übernahm dieser Familienzweig die GmbH mit den Kerngeschäften Papier-, Kraftwerks-, Antriebs- und Bspannungstechnik. Sie liefern auch Antriebssysteme für Panzer und Kriegsschiffe. Wenn von Familie Hanns Voith die Rede ist, sind heute die sechs Frauen gemeint, die bis auf eine Ausnahme den Namen ihrer Ehemänner angenommen haben und verstreut in der



Bundesrepublik leben. Die Ausnahme ist Angela Voith. Sie hat eine Tochter, Ophelia Nick, die aktives Mitglied der Grünen ist. Zu den anderen fünf gehören eine Martina, außerdem eine, die mit Konrad Schily (dem Bruder von Otto Schily) verheiratet war, eine weitere Tochter hat den Erben Ferdinand Oliver Porsche geheiratet.

Die Familie **Diehl** besitzt 2 Milliarden Euro, die u.a. aus der Wehrtechnik kommen. Die Firma befindet sich in Gänze in Familienbesitz. Ihr Defence-Bereich produziert u.a. Lenkflugkörper, Halbzeuge, Zünder und elektronische Steuerungen. Werner Diehl wohnt in der Schweiz, seine Brüder heißen Peter und Thomas. Letzterer starb 2017 und hinterließ eine Tochter und zwei Söhne mit den Namen Thomas jr. und Markus.

Die Familie **Lürßen** verdient ihr Geld mit dem Bau von Kriegsschiffen u.a. in der Lürssen-Werft und bei Blohm+Voss. Die Wolgaster Lürssen-Werft (Peene-Weft) lieferte Kriegsschiffe nach Saudi-Arabien, die im Jemenkrieg mit einer Seeblockade beteiligt waren, wie im September 2018 bekannt wurde. Weitere Kriegsschiffe von Lürssen an Saudi-Arabien sollen folgen. Die Familie ist eine der

reichsten Familien in Bremen. Geführt wird das Unternehmen von Friedrich Lürßen und seinem Vetter Peter Lürßen. Ebenfalls Teil der Familie ist Christian Lürßen, der Besitzer der Baumschule in Beverstedt-Osterndorf.

Die Familien Michael **Lüke** und Thomas **Ortmeier** aus Emsdetten besitzen 300 Millionen Euro aus der L&O-Holding, die Handfeuerwaffen produziert. Zur Holding gehört der Waffenhersteller SIG Sauer, der u.a. für den militärischen Einsatz produziert.

Albrecht Graf von **Brandenstein-Zepelin** hat seine 250 Millionen von der MTU Friedrichshafen, die Motoren für Militärfahrzeuge baut.

Die Familien Silvius **Dornier**, Christian, Camilo sowie Conrado Dornier mit jeweils mehreren 100 Millionen Euro Vermögen haben die Dornier GmbH in Friedrichshafen geführt, die später von Daimler-Benz und DASA übernommen und teilweise in EADS integriert wurde. Heute ist die militärische Luftfahrt, Raumfahrt, Wehr- und Systemtechnik von Dornier Teil von Airbus Defence and Space.

Göttinger linke Gruppen und Strukturen erteilen Institut für Demokratieforschung Hausverbot

Das ist keine Wissenschaft, das ist Spitzelei!

Als Reaktion auf die Zusammenarbeit des Göttinger Instituts für Demokratieforschung (IfD) mit dem niedersächsischen Verfassungsschutz schließen wir die Mitarbeiter*innen des Instituts aus unseren Räumen und von unseren Veranstaltungen aus.

Seit November 2016 ist am Göttinger Institut für Demokratieforschung die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx)“ angesiedelt. Nach der Projektbeschreibung soll sie die Publikationen des Verfassungsschutzes analysieren und gleichzeitig selbst zu den Themen Linksextremismus, Rechtsextremismus und Islamismus forschen. Außerdem wurde im Sommer 2017 die Bundesfachstelle „linke Militanz“ am gleichen Institut eingerichtet. Wir kritisieren dabei nicht nur die enge Verbindung zum Verfassungsschutz, sondern auch das teilweise verdeckte Auftreten der „Forscher*innen“ sowie den Bezug auf die Extremismus-Ideologie.

- Das IfD stellt dem Verfassungsschutz Informationen zur Verfügung; der freut sich schon jetzt über Erkenntnisse und Analysen, an die er sonst nicht kommen würde.

- Statt kritischer Distanz behandelt das IfD den VS als „wissenschaftlichen Partner“ und trägt so zu einer Legitimation dieser zutiefst undemokratischen Organisation bei.

- Mitarbeiter*innen des IfD nutzen Informationen, die sie als verdeckte Teilnehmer*innen bei Veranstaltungen erlangen, treten also als „Spitzel“ auf.

- Das IfD arbeitet, wie auch der VS, mit Bezug auf die Extremismus- und Totalitarismus-Ideologie und trägt damit zu einer Verharmlosung von rechtem Terror bei.

Als linke, emanzipatorische Gruppen sowie Organisator*innen linker Frei- und Veranstaltungsräume müssen wir nicht nur davon ausgehen, in den Fokus eben dieser Forschungsstellen zu geraten, sondern können auch beim besten Willen keine wissenschaftlich fundierte und unabhängige Arbeit mehr erkennen. Es handelt sich schlicht um Spitzelei unter dem Deckmantel angeblicher Forschung.

Wir lehnen daher jeglichen Kontakt mit der Forschungs- und Dokumentationsstelle (FoDEx), sowie der Bundesfachstelle „linke Militanz“ am Institut für Demokratieforschung kategorisch ab. Da diese nicht klar vom Rest des IfD zu trennen sind, beziehen sich unsere Konsequenzen auf das gesamte Institut.

Im Konkreten bedeutet das für uns:

- Hausverbot in unseren (Sozial-)Räumen und auf unseren Veranstaltungen für alle Menschen, die direkt am Institut für Demokratieforschung angestellt sind oder für FoDEx/„Linke Militanz“ forschen.

•Es gibt keine Gespräche, Interviews oder dergleichen mit Mitarbeiter*innen und Hilfskräften des Instituts.

•Keine Lieferung von Informationen – egal ob öffentliche oder interne – kein Zugang zu unseren Archiven.

•Verbreitung kritischer Informationen über die Projekte auch in anderen Städten, da deren Forschung nicht auf Göttingen begrenzt ist.

Anarcho-syndikalistische Jugend Göttingen, Antifa Jugend Göttingen, Antifaschistische Linke International A.L.I., BPoC Kollektiv Göttingen, dienstagsplenum, e_q, f.antifa göttingen, [femko], Fachgruppe Geschlechterforschung der Georg- $\neg$ August-Universität Göttingen, FLT*-Café, Infoladen Göttingen, Juzzi, NoG20-Soligruppe Göttingen, Offenes Treffen Göttingen, OM10, queerBar, Redical [M], Rote Hilfe OG Göttingen, Siempre Antifascista Kollektiv Göttingen, Soliküche

Das Problem Verfassungsschutz

Bei seiner Gründung im Jahr 1950 wurden im Verfassungsschutz (VS) vor allem Verbrecher*innen aus der SS, dem Sicherheitsdienst SD und der Ge $\neg$ stapo versammelt, die überwiegend schon in Nazi- $\neg$ Deutschland ähnliche Positionen besetzt hatten. Mit der (alten) Aufgabe, gegen Kommunist*innen und andere Linke vorzugehen, prägten sie den VS von Anfang an als antikommunistisches und antiemanzipatorisches Netzwerk. Eine Ausrichtung, an der sich bis heute nichts geändert hat: Der VS ist eine Vereinigung, die durch den Einsatz von V-Leuten und Spitzeln neonazistische Gruppen und Strukturen stärkt und gleichzeitig antifaschistische Aktivitäten angreift und kriminalisiert.

Der VS als Unterstützer rechter Strukturen

Besonders deutlich wurde diese Verbindung zu rechten Strukturen nach der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), einer rechten Terrorgruppe, die mindestens zehn Menschen ermordet sowie dutzende verletzt und traumatisiert hat. Darüber hinaus wurden die Opfer und deren Angehörige über Jahre verdächtigt, bespitzelt und in der Gesellschaft als vermeintliche Täter*innen stigmatisiert.

Alles was bisher herausgefunden wurde, spricht dafür, dass die staatlichen Behörden über Jahre den NSU gedeckt, aufgebaut oder ihm freie Hand bei seiner rassistischen Anschlag- und Mordserie gelassen haben. Ganz vorne mit dabei der VS, der über etliche V-Leute Geld in die rechten Strukturen gepumpt hat. Leider ist dies kein Einzelfall – ähnliche Verstrickungen wurden u.a. auch beim Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens deutlich.

Nach Auffliegen der Verbindungen des VS zum NSU versuchen Regierungsvertreter*innen die Legitimationsgrundlage für den VS unter dem Deckmantel angeblicher Reformen auszubauen (Verfassungsschutzreform 2015 (1); Koalitionsvereinbarung GroKo 2018 (2)). Dabei ist es purer Zynismus, dass nun ausgerechnet die Verwicklung des VS in den NSU-Skandal dazu herhalten soll, den

Geheimdienst mit mehr Personal, besserer Technik und mit pseudowissenschaftlich gewonnenen Informationen auszustatten, statt diesen endlich abzuschaffen. Wir wollen keinen besser kontrollierten oder reformierten Verfassungsschutz, wir wollen überhaupt keinen! (3)

Das Problem IfD

Ausgerechnet den VS hat sich das IfD nun für sein aktuell größtes Projekt herausgesucht. Dass es dabei nicht nur um eine wissenschaftliche Aus $\neg$ wertung des Geheimdienstes geht, sondern ein direkter Austausch stattfindet, macht das Vorhaben noch schlimmer. Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, umschrieb dies zur Eröffnung von FoDEX so: „Der niedersächsische Verfassungsschutz steht in der Mitte der Gesellschaft und strahlt Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat aus. Mit dieser Forschungsstelle sorgen wir neben der tag $\neg$ täglichen Arbeit des Verfassungsschutzes für die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses wichtigen Bereichs, indem wir Wissen teilen und zugänglich machen.“ (4)

Kritische Auseinandersetzung mit dem VS?

In den eigenen Verlautbarungen kündigt FoDEX an, Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes auswerten zu wollen. Als Geheimdienst wird der VS aber wohl kaum seine Quellen und Daten zugänglich machen, die aber für eine wissenschaftliche Bewertung der Analysen zwingend notwendig wären.

FoDEX kann also, beschränkt auf die als Propaganda veröffentlichten Berichte, allenfalls auf besonders dümmliche oder ungeschickte Thesen des VS hinweisen. Die Hoheit, was der VS mit diesen Hinweisen dann macht, liegt weiterhin bei ihm selbst – eine demokratische oder wissenschaftliche Kontrolle darüber gibt es nicht. Vielmehr bekommt der VS frei Haus geliefert, was anderen besonders angreifbar erscheint und erhält so Hilfe, sein schmutziges Handwerk geschickter auszuüben. Die bisherigen Äußerungen von FoDEX, in denen sie ihre Zusammenarbeit

mit dem VS als „neutral“ oder gar „kritisch“ einschätzen (Matthias Micus im NDR Interview 30.11.2017), sind vor diesem Hintergrund bestenfalls als naiv zu bezeichnen. In jedem Fall aber sind sie ein Grund mehr, diese Tür so geschlossen wie möglich zu halten. Zumal FoDEX ignoriert, dass dem VS jede Zusammenarbeit mit einer Forschungseinrichtung zusätzliche Legitimation verschafft, da deren Propaganda einen wissenschaftlichen Anstrich erhält.

Datenweitergabe an den VS

Noch problematischer ist, dass FoDEX nicht nur den VS auswertet, sondern auch Informationen an diesen liefert. Ein solcher Vorgang ist niemals harmlos, selbst wenn nur weitergegeben wird, was der VS schon hat oder haben könnte. FoDEX kann nicht wissen, was dem VS vorliegt – es besteht also immer die Gefahr, dass neue oder zumindest besser ausgewertete Informationen geliefert und vom VS benutzt werden könnten. Wie sich Niedersachsens Verfassungsschutzpräsidentin Maren Brandenburger das vorstellt, hat sie 2015 in einem Inter-

view mit NDR Info klargestellt: „Es würde die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden effizienter machen, weil wir verlässliche Daten hätten, weil wir Dinge erführen, die wir als Verfassungsschutz nicht erfragen könnten, nämlich sozialstrukturelle Daten, biografische Daten. Alles Dinge, die wir natürlich nicht erfragen, die für uns aber wichtig sind. Die Analyse und Interpretation des gewaltbereiten Linksextremismus wäre für uns auf ein gutes Fundament gestellt.“ (5)

Massive Proteste gegen die Volkszählung haben dazu geführt, dass seit 1987 ein Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ festgeschrieben wurde, damit jede*r über die Verwertung von Informationen über sich selbst entscheiden kann. (6) Der unaufgeforderte und unerwünschte Einblick in politisches Engagement unterläuft dieses Recht. Dies wiegt umso schwerer als die meisten Menschen weniger misstrauisch und vorsichtig sind, wenn Wissenschaftler*innen an Stelle von Strafverfolgungsbehörden im Spiel sind. FoDEx versucht, sich im Schafspelz der Wissenschaft Informationen zu beschaffen, an die der VS selbst nur sehr viel schwieriger bis gar nicht herankommen würde.

Verdeckte Informationsbeschaffung

Und als ob das nicht schon alles schlimm genug wäre, gehen die „Forscher*innen“ noch einen Schritt weiter und arbeiten zumindest teilweise verdeckt. Die Ethik verantwortungsvoller Forschung setzt voraus, Menschen nicht zu instrumentalisieren. Qualitative Forschung, insbesondere teilnehmende Beobachtung, verlangt, die eigenen Motive zu reflektieren und Menschen nicht zu Versuchsobjekten zu machen. Dies verbietet u.a. verdeckte Forschung über Individuen, bei der die Beforschten nicht in Kenntnis gesetzt werden, dass sie gerade beforscht werden.

Julian Schenke im NDR-Interview: „Dann kann man einfach vor Ort dort hingehen, sich auch als Forscher präsentieren und zunächst einmal fragen, wer da Lust hat über den eigenen Eindruck der Szene zu berichten und über die eigene biografische Entwicklung, also: Wie ist man denn da reingekommen? Hat man irgendwie Verständnis für Gewalt, politische eingesetzte Gewalt?“ (7)

Auch wenn Mitarbeiter*innen hier anderes behaupten, sind bereits Fälle bekannt, wo Mitglieder des Instituts sich nicht als Forschende vorgestellt haben, sondern die Daten und Einschätzungen ohne Zustimmung der Akteur*innen verwendet haben (z.B. beim Kongress „Selber machen – Internationale Konferenz zu Basisorganisation, Gegenmacht und Autonomie“ im April 2017 in Berlin, über den Robert Mueller-Stahl Einschätzungen und Zitate in der Demokratie-Dialog 1-2017, S. 23-26, zusammengestellt hat).

Das Problem Extremismus-Ideologie

Und nicht zuletzt liegt insbesondere dem Selbstverständnis des VS, aber auch den Theorien des IfD die Extremismus-Ideologie zugrunde. Dabei sind der sogenannte „Extremismus“ und „Totalitarismus“ ideologische Konstrukte, die eigens dafür geschaffen wurden, eine ir-

gendwie positive, bürgerliche „Mitte“ zu behaupten: Wer schön in dieser „Mitte“ bleibe, gehöre dazu, stabilisiere das System und sei damit demokratisch, gewaltfrei und akzeptiert. Wer davon abweicht, wird unabhängig von Zielen und Mitteln mit Demokratiefeindlichkeit, Extremismus und Gewalt in Verbindung gebracht. Die permanente staatliche Gewalt (zum Beispiel weltweite wirtschaftliche Ausbeutung, Krieg, Rüstungsexporte, rassistische Gesetzgebung, Abschiebungen, ...) existiert in dieser Ideologie nicht. Diese Form von Gewalt wird nicht mal als solche anerkannt und damit legitimiert und normalisiert. Darüber hinaus bleibt die Offenheit der sog. „Mitte“ für rassistische, antisemitische und geschichtsrevisionistische Denk- und Handlungsmuster unbeachtet. (8)

Die letztendlich eben doch erfolgende Gleichsetzung von „Rechts-“ und „Linksextremismus“ in der Extremismusideologie verharmlost neofaschistische Ideologien und rechte Gewalt – was historisch in Anbetracht der Shoa, aber auch im Hinblick auf heutige neofaschistische Terrorgruppen wie dem „NSU“ und tätlicher Angriffe unerträglich ist. Außerdem wird mit der Gleichsetzung versucht, linke Gesellschaftskritik zu entwerten, was nicht nur für die Linke untragbar ist, sondern auch der Gesellschaft als ganzer schadet. Geht ihr doch mit dieser Entwertung ein kritisches und emanzipatorisches Korrektiv verloren. Zum Beispiel sind selbstorganisierte, antifaschistische Initiativen nicht irgendwie auch extremistisch, sondern extrem wichtig. Solchen Initiativen, die mit Hilfe der Arbeit des IfD effektiver bekämpft werden sollen, ist es zu verdanken, dass unter anderem in Göttingen Neonazis ihr menschenverachtendes Weltbild nicht so leicht verbreiten können und Übergriffe zumindest selten sind.

Obwohl das Institut für Demokratieforschung behauptet, eine Modernisierung oder gar Überwindung des Extremismusbegriffs liefern zu wollen und eine differenziertere Betrachtung skizziert (9), bleibt die Blickrichtung auf Demokratiefeindlichkeit und Extremismus erhalten. Denn auch eine Neuetikettierung mit Terminologien wie „soziale Demokratie“ und „linke Radikalität“ löst sich nicht von dem Konstrukt der guten, demokratischen „Mitte“ und der zu analysierenden „Gefährdungen“ (10) durch die Extreme. So verharrt FoDEx also im Ideologischen, was sich auch darin zeigt, dass rechter und islamistischer Mord und Terror in einem gemeinsamen Projekt mit linker Systemablehnung und Militanz beforscht und bewertet werden sollen.

Unser Fazit: Kein Kontakt mit dem IfD!

Gewollt oder nicht ist das Institut Teil der Produktion von bürgerlich-autoritärem Herrschaftswissen, denn Wissen ist niemals neutral, sondern hat immer Kontexte und stellt Sinnbezüge her, über die das Innenministerium als Auftraggeber keine Zweifel lässt (siehe oben). Somit ist das Institut für Demokratieforschung dafür verantwortlich, ideologische Konstrukte als herrschende Meinung zu reproduzieren und trotz gewisser Reflexionen letztlich zu legitimieren, was weit von einer kritisch arbeitenden Wissenschaft entfernt ist. Indirekt oder sogar direkt können die Informationen und Einschätzungen von Fo-

DEx dazu beitragen, linke Aktivitäten noch intensiver zu kriminalisieren. Unzensurierte Debatten, freier Austausch, Gesellschaftskritik und autonome Organisation werden gefährdet, wenn neben den Spitzeln des VS auch noch die Anwesenheit von Mitgliedern oder Hilfskräften der Dokumentationsstelle angenommen werden müssen.

Individuell und kollektiv ist dies ein Angriff auf Selbstbestimmung, freie Diskussion und Organisation. Dies betrifft die gesamte Gesellschaft, für die die kritischen Entwürfe progressiver linker Bewegungen ebenso notwendig sind wie antifaschistische Gegenwehr. Wir haben uns deswegen entschlossen, alle Mitarbeiter*innen, die direkt beim Institut für Demokratieforschung angestellt sind, sowie die für FoDEx/„Linke Millitanz“ Forschenden aus unseren Räumen und von unseren Veranstaltungen auszuschließen. Wir differenzieren dabei bewusst nicht zwischen Mitarbeiter*innen in den beiden „Extremismus“-Projekten und denen in anderen Projekten. Zum einen arbeitet die Mehrheit der derzeitigen Mitarbeiter*innen am Institut für diese beiden Projekte und zum anderen kann ein informeller Austausch, bei dem unwillkürlich Einschätzungen geteilt werden, nicht ausgeschlossen werden. Jede*r muss sich also entscheiden, ob sie*er am Institut arbeitet oder sich im Kontext der linken und emanzipatorischen Szene bewegen möchte. Beides gleichzeitig ist nicht möglich.

Spitzelei einstellen!
Verfassungsschutz auflösen!

1) https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw27_de_verfassungsschutzreform/379776 (15.7.2018)

2) Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, Seite 127, https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf (15.7.2018)

3) vgl. z.B. Rolf Gössner, Johann-Albrecht Haupt u.a. 2013: Brauchen wir den Verfassungsschutz! Nein!. Herausgeber*in: Humanistische Union, Internationale Liga für Menschenrechte, Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen.

4) http://www.mi.niedersachsen.de/aktuelles/presse_informationen/dokumentations-und-forschungsstelle-begleitet-arbeit-des-niedersaechsischen-verfassungsschutzes--pistorius-weiterer-wichtiger-schritt-beim-kampf-gegen-extremismus-in-unserem-land--148456.html (15.07.2018)

5) Zitat nach NDR Nachrichten vom 30.11.2017

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Linksextremismus-Studie-schliesst-Forschungsluecke,linksextremismus116.html (15.07.2018)

6) Vgl. z.B. Spiros Simitis 1984: Die informationelle Selbstbestimmung – Grundbedingung einer verfassungskonformen Informationsordnung. In: Neue Juristische Wochenschrift, S. 398-405.

7) NDR Nachrichten vom 30.11.2017

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Linksextremismus-Studie-schliesst-Forschungsluecke,linksextremismus116.html (15.07.2018)

8) vgl. z.B. Richard Stöss 2015: Kritische Anmerkungen zur Verwendung des Extremismuskonzepts in den Sozialwissenschaften

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200099/kritische-anmerkungen-zur-verwendung-des-extremismuskonzepts-in-den-sozialwissenschaften> (15.07.2018) sowie Karl Heinz Roth 1999: Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie.

9) z.B. Jonathan Riedl und Matthias Micus in der Demokratie-Dialog 1-2017, Seite 16-22

10) ebenda Seite 3

Die Suche nach dem revolutionären Subjekt

Ein Weg aus Holz

Es ist ein verbindendes Element innerhalb der deutschen Linken, dass alle auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt sind, also auf der Suche nach den Leuten, die sich eignen, die revolutionäre Masse zu stellen, wenn sie sich nur endlich ihrer Lage bewusst werden. Die deutsche Linke hat auch bereits alle möglichen Leute ausgemacht, die hierfür infrage kommen. Es sind beispielsweise Hartz4-Empfänger_innen, Leute die entmietet werden, Leute die im Niedriglohnsektor unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden (wie etwa Leute die bei Amazon oder im Callcenter arbeiten) und so weiter. Sprich: Alles Leute, die unter einer vergleichsweise schlechten ökonomischen Situation leiden und daher ein subjektives wie objektives Interesse haben müssten, etwas an ihrer Lage zu ändern.

Die Aufgabe der deutschen Linken in diesem Zusammenhang ist es dann selbsterwählterweise häufig, zur Bewusstmachung der schlechten Lage beizutragen und zugleich den Kampf gegen die schlechten Bedingungen zu führen, wie etwa aktuell in den Auseinandersetzungen um

bezahlbaren Wohnraum in Berlin, die „Selbst“organisationen im Rahmen von im weitesten Sinne Erwerbsloseninitiativen wie Wilhelmsburg Solidarisch und Solidarisches Gallus aus Frankfurt, oder auch den Mobilisierungen gegen Amazon (wobei hier auch andere Motive, wie etwa Massenüberwachung eine Rolle spielen).

Die Versuche sind im Allgemeinen recht kläglich und verlieren ihre Wirkungskraft mit dem Verschwinden zentraler Akteur_innen, die das jeweilige Projekt als Herzensangelegenheit vorantreiben. Wenn auch bisweilen einige Menschen auf die Straße gehen, um sich etwa an einer Demonstration zu beteiligen, fehlt es an der Entwicklung einer dauerhaften Substanz. Von der Entwicklung eines revolutionären Bewusstseins kann kaum die Rede sein.

Dieses Problem ist im Allgemeinen auch nicht neu. Die IL beschäftigt sich beispielsweise seit vielen Jahren (vermutlich seit ihrer Gründung) mit der Frage, wie sie in Kontakt mit „der Basis“ kommen kann (nachzulesen in ihren internen Debattenbeiträgen), aus Autonomen Kreisen schrieb kürzlich Gironimo in der Interim Nr 799 etwas dazu

(wobei es sich las, als ob er eigentlich nur mitteilen wollte, dass er nun kein Autonomer mehr sein will, stattdessen die Analysen aus der Heinz Schenk Debatte nun richtig findet und auch allen anderen, die sich noch als Autonome verstehen, ihm folgen sollten) und die Linkspartei (sie nennen sich zumindest selbst links, also wollen wir das mal so akzeptieren, dass sie dazugehören) als Großorganisation versteht sich seit jeher als Sprachrohr für die irgendwie Unterprivilegierten, hat aber den gesellschaftlichen Umschwung wohl auch nicht in der Hand, wenn sie ihn überhaupt noch im Blick haben. Auch in der Nr 34 des Autonomen Blättchens tauchte die Analyse „wir brauchen endlich eine Verbindung zu den sozialen Kämpfen!“ auf, wenn auch eher im Rande eines Textes, der eine Antwort zur G20 Debatte auf einen anderen Text war. Wir können sagen: An Willen mangelt es anscheinend nicht.

Wenn es nicht am Willen mangelt, ist die Frage: Woran dann? Auch hierauf wurden schon ein paar Antworten gegeben, auch als Kritik an der jeweiligen anderen Orientierung: Die Autonomen sind zu abschreckend, die IL zu akademisch und zu selbstverliebt und so weiter. Kurz gesagt wird das eigene Scheitern oder das der anderen an deren Organisationsform festgemacht, welche nicht anschlussfähig genug sind, wie auch an einem Mangel subjektiver Eignung, die Rolle der Mobilisierung der Massen, sowie das Bewusstmachen der Lage zu organisieren.

Der Fehler ist jedoch ein anderer und zwar der, dass die Analysen der aktiven linken Kräfte falsch sind und sich daraus eine unproduktive Praxis entwickelt. Denn was die Kämpfe der deutschen Linken angeht, orientiert sie sich vornehmlich an der ökonomischen Lage der als revolutionäres Subjekt herausgesuchten Menschen. Es ist der Gedanke, dass diejenigen, die arm sind, ein objektives Interesse haben, etwas an ihrer Lage zu ändern und sich dieses objektive Interesse durch Agitation in ein subjektives Interesse daran, Widerstand zu leisten, transformieren lässt. Das wiederum orientiert sich an der Sichtweise, dass Armut und Leiden miteinander korrespondieren und dass ein wohlständiges Leben ein gutes Leben ist, oder zumindest Wohlstand eine Grundlage für ein gutes Leben bildet. So ist ja auch die Forderung nach „Luxus für alle!“ zu lesen, oder auch „Krieg den Hütten, Paläste für alle!“. Demgegenüber werden Menschen, die nicht ökonomisch benachteiligt erscheinen oder sind, in keiner Weise Ziel revolutionärer Überlegungen.

Es ist ja daran auch nicht alles falsch. Sicherlich ist eine gewisse Mindestgrundlage notwendig, damit ein gutes Leben sich entwickeln kann. Aber was ist denn diese Mindestgrundlage? Sie ist leicht zu umreißen. Ein Mensch braucht sauberes Wasser zum Trinken, ausreichend zu essen, um satt zu werden und gesund zu bleiben und ein Dach über dem Kopf sowie medizinische Versorgung. Es ist im Grunde genommen so wenig, dass es kaum passend scheint, hier schon von „Wohlstand“ zu sprechen. Sicherlich ist es auch so, dass diese Grundversorgung auch in Deutschland gar nicht allen Menschen zukommt, die Zahl der Menschen, die ihr Essen von Einrichtungen wie der Tafel beziehen, oder obdachlos werden, steigt und so weiter. Doch ist eine Grundversorgung in der Breite vorhanden und somit auch in der Breite keine objektive Lage, die ein revolutionäres Bewusstsein von der objektiven Seite des ökonomischen Elends mit sich bringt.

Nun können wir natürlich hingehen und den Leuten, die ökonomisch gar nicht arm dran sind, ein wenig Angst machen, indem wir ihnen aufzeigen, dass ihre Jobs bald verschwinden (technischer Fortschritt), Wohnungen unbezahlbar werden (wie etwa in Berlin, München und Hamburg), das Wasser vergiftet ist (Antibiotika, Chrystal Meth) und dergleichen mehr und sie daher perspektivisch mit in der Scheiße sitzen, sie also ihre objektive Lage jetzt als unsicher einstufen sollen und damit zu einer subjektiven revolutionären Ansicht jetzt gegen ihre Verelendung kämpfen. Und zum Angst machen gehört ja im Endeffekt noch mehr, wie etwa die Zerstörung der Umwelt, um mal etwas zu nehmen, was sich erst vermittelt ökonomisch auswirken wird, und zwar insofern, dass bei zunehmender Zerstörung der Umwelt die Lebenserhaltungskosten immer weiter steigen und sich ein wohlständiges Leben für immer weniger Menschen umsetzen lassen wird.

Ob das mit dem Angstmachen funktioniert oder ob das ein brauchbarer Weg ist, ist schwer zu sagen. Es ist ja auch so, dass es nicht nur durch Angst, sondern auch durch Aufklärung möglich ist, also dadurch, dass wir den Menschen mit den versammelten guten Argumenten alles erklären und sie dann zu ihrem neuen Verständnis der Lage kommen, also in die Lage kommen, ihre zukünftige objektive Lage zu antizipieren und sie in eine gegenwärtige subjektive revolutionäre Haltung transformieren können. Große Erfolge scheinen bisher ausgeblieben zu sein.

Ein Weg aus Stein

Demgegenüber stellt sich eine andere Frage. Nämlich die, ob das mit der ökonomischen Not tatsächlich der zentrale Aspekt von Ausbeutung und Herrschaft ist, ob sozusagen notwendigerweise das objektive Elend der Menschen die Basis für den revolutionären Prozess bildet.

Diese Frage ist gar nicht einfach zu verneinen oder zu bejahen. Denn die Antwort ändert sich je nach Ort, an dem sie gestellt wird, beziehungsweise je nachdem, wem sie gestellt wird. Wir müssen sie hier natürlich nicht für die ganze Welt beantworten und das können wir ja auch gar nicht. Wir müssen sie hier konkret für uns und also



damit auch für die Menschen, mit denen wir hier leben beantworten. Und da ist das so, dass, bei aller Rücksicht auf das Elend, in welchem auch hier viel zu viele Menschen leben müssen, die ökonomische Not nicht das zentrale und verbindende Element innerhalb der deutschen Linken ist. Die deutsche Linke ist zum Teil recht wohlständig, zum Teil mittelständig, aber sie ist kaum in der Art und Weise verelendet, dass sie um sauberes Wasser, Essen oder ein Dach über dem Kopf zu kämpfen hat. Sie ist im Allgemeinen medizinisch gut versorgt und die Menschen, die sich ihr zurechnen, sind im Allgemeinen in der Lage, sich ihren Alltag für sich subjektiv unterhaltsam zu gestalten.

Wer selbst nicht in der Situation ist, um die Grundlagen seiner Existenz zu bangen und zu kämpfen, braucht auch nicht zu anderen hinlaufen, und sie über ihr eigenes Elend aufklären zu wollen. Er braucht sich auch nicht in Relation zu den Reichen innerhalb Deutschlands zu setzen, um sich endlich selbst als arm definieren zu können, oder sich sogar absichtlich selbst zu verarmen. Es braucht auch niemand seine Armut zu behaupten, weil es nicht möglich ist, in den Urlaub zu fahren, sich einen Plasmabildschirm zu holen oder ein teures Auto zu fahren. Genau dies ist die relationelle Armut nach oben, nicht nach unten, wo die Menschen einfach gar nicht, oder nur ein oder zweimal im Leben in den Urlaub fahren, gar kein Fernsehen haben, usw.. Es braucht auch niemand hinzugehen, und Menschen, die sich etwas mehr leisten wollen, als sie via Hartz4 bekommen und deswegen zu einem geringen Lohn 40 Stunden die Woche arbeiten, dahinzubringen, sich nun endlich für ihre objektiv schlechte Lage einzusetzen und sich gegen die schlechten Bedingungen aufzulehnen. Dieses Verhalten ist naiv, autoritär und respektlos und führte schon in den 60er Jahren dazu, dass die aufklärerisch motivierten Student_innen von den Werkstoren weggejagt wurden.

Verboten oder falsch ist das natürlich auch nicht. Wer eine solche Praxis umsetzen mag, der möge dies tun und mit den guten Wünschen nach ausgezeichneten Erfolgen genau diese erlangen. Vielleicht klappt es ja auch, es wäre sicher kein Schaden für uns alle. Allerdings ist es daneben auch möglich, sich noch auf andere Weise damit zu beschäftigen, wieso sich die Lage der Menschen so schlecht darstellt, ganz jenseits der Fokussierung auf die deutsche Unterschicht.

Öcalan, der sich ab 2003 für den zumindest in Teilen der Linken populären Paradigmenwechsel der PKK stark machte, tat dies übrigens auch. Er schrieb in seiner Isolationhaft davon, dass durch eine Fokussierung auf das Wohl einer bestimmten Klasse, keine freiheitliche Position zu entwickeln sei, weil eben im besten Falle etwas herauskommen würde, wie die Klassenherrschaft dieser Klasse, also das, was bei den Kommunist_innen zum Teil „Diktatur des Proletariats“ genannt wird. Er stellte heraus, dass eine solche Diktatur mit den Vorstellungen einer freien Gesellschaft nicht zu vereinbaren sei und dass sich historisch gezeigt habe, dass durch diese Diktatur des Proletariats, da, wo sie umgesetzt wurde, wie etwa in der

Sowjetunion, eine in Bezug auf die Freiheit der Menschen völlig unbrauchbare Gesellschaft herausgekommen sei. Demgegenüber müsse die revolutionäre Sicht nicht nur eine Klasse, sondern alle Klassen, nicht nur einen Teil der Menschen, sondern alle Menschen umfassen.

Das ist nun leichter gesagt als getan, vor allem auch deswegen, weil wir uns daran gewöhnt haben, die Menschen in gute und böse aufzuteilen, auch wenn wir das bisweilen anders nennen. Außerdem ist der Gedanke schnell umgedeutet in ein hippieskes Wischiwaschi der Nächstenliebe, in welchem ebenfalls kein revolutionärer Gedanke zu finden ist. Zudem ist einfach zu sagen, dass wir das Glück und die Freiheit aller Menschen in den Blick nehmen, ohnehin Teil des allgemeinen Geschwätzes und ebenso unbrauchbar, wie in Bezug auf die revolutionäre Praxis belanglos. Wo also ist der brauchbare Gedanke, der sich darin verbirgt?

Um den Blick zu verschieben weg von der Fokussierung der ökonomischen Lage, hin zu einer Perspektive, die nicht einzelne Gruppen von Menschen innerhalb der Gesellschaft herausgreift, hin zu einem Blick auf alle Menschen in der Gesellschaft, müssen wir uns damit beschäftigen, von welchem Elend alle Menschen innerhalb der Gesellschaft betroffen sind und zwar nicht auf der subjektiven, sondern auf der objektiven Seite (wie soll objektives Leiden aussehen?, also wie kann Leiden objektiv sein?). Und auf der objektiven Seite sind alle Menschen davon betroffen, dass sie bis weit in ihr Innerstes besetzt sind und sich darüber hinaus in einem permanenten Belagerungszustand befinden und zwar durch und durch besetzt von gesellschaftlichen und staatlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen und -mechanismen. Diese Mechanismen haben zwar eine Struktur, die sich als „Der Staat“ oder „Die Gesellschaft“ untersuchen lassen, jedoch verwirklichen sich auch abstrakte Herrschafts- und Machtstrukturen immer nur durch konkrete Menschen und zwar in der Regel durch jeden Menschen, sofern er diese eigene innere Besetzung nicht erkennt und versteht (Und dies, nur kurz am Rande erwähnt, ist etwas ganz anderes, als parolen- und phrasenhaft gegen Staat, Kapital, Patriarchat, etc zu wettern, auch wenn damit die Scheußlichkeit beim Namen gerufen wird). Es ist nun leider nicht möglich, dies hier in aller Ausführlichkeit zu erläutern, vielleicht kann zu anderer Gelegenheit mehr dazu gesagt werden.

Dieser Besetzungs- und Belagerungszustand verbessert sich im Allgemeinen nicht durch eine Verbesserung der ökonomischen Lage. Vielmehr ist eher davon auszugehen, dass eine Verbesserung der ökonomischen Lage nur um den Preis der Aufgabe weiterer innerer Widerstände gegen diese Besetzung des Inneren aufzugeben, sich also als Mensch immer weiter preisgeben und der über und durch die Menschen hindurch waltenden Struktur zu ergeben.

Die Besetzung des Inneren ist etwas, was den meisten Menschen unbekannt ist, beziehungsweise subjektiv nicht durchdrungen wird. In diesem Punkt unterscheidet sich die deutsche Linke wenig vom Rest der Gesellschaft. Diese

Unkenntnis führt dazu, dass auch innerhalb der Linken die gleichen Mechanismen und Strukturen walten, wie im Rest der Gesellschaft, also die Orientierung an Leistung und Stärke, an Geltungssucht, Ausgrenzung, Erniedrigung und Isolation, auch wenn die Linke auf der abstrakten Ebene gegen diese Mechanismen wettet.

Die Orientierung an diesen Strukturen ist die Folge der Deformation des menschlichen Inneren. Diese Deformation ermöglicht es, dass Staat und Gesellschaft in ihrem Wechselspiel so funktionieren, wie sie es gegenwärtig tun. Der Mensch verliert sich selbst als Menschen und wird zu einer innerlich geschwächten Person, die um sich selbst zu erhalten nicht mehr anders kann, als den kümmerlichen Angeboten der sogenannten Selbstverwirklichung zu folgen und sein Leben daran zu orientieren. Dabei ist es für diese Betrachtung nicht von vorrangiger Bedeutung, ob der Mensch nun seinen Erfolg innerhalb eines Firmenmanagements, innerhalb eines Betriebes oder innerhalb einer Politgruppe sucht und andere Menschen für diesen Zweck klein macht und ausnutzt, also für die eigenen Interessen und Zwecke einspannt.

Da die Linke in weiten Teilen hier kaum nennenswertes konkretes Wissen angesammelt hat, also viele Linken selbst nicht viel über sich und ihre Verwicklung innerhalb der herrschenden Machtsysteme (und auch hier muss gesagt werden: Es geht um deutlich mehr als eine Phrase von „wir haben alle unsere Privilegien und die müssen wir überprüfen“), sowie über ihr eigenes, sich zum Nachteil der anderen daraus entwickelndes Handeln wissen, wissen sie auch nichts darüber in Bezug auf den Rest der Menschen um sich herum. Da sie nicht in der Lage sind, ihre eigene Situation zu erfassen, sind sie auch nicht in der Lage, die Situation der anderen Menschen zu erfassen. Sie sind und bleiben sich selbst weiter fern, wodurch sie auch dem Rest der Menschen in der Gesellschaft weiter fern bleiben. Ausdruck hiervon ist auch, dass das Leiden der ökonomisch Benachteiligten auch nur auf der tatsächlich ökonomischen Ebene begriffen wird, damit unzureichend und damit gar nicht begriffen wird.

Bezüglich der Frage nach dem revolutionären Subjekt ist also festzustellen, dass der Mensch selbst immer das revolutionäre Subjekt ist, sofern er überhaupt in der Lage ist, sich als Subjekt zu erfassen. Das ist es, was Marx seinerzeit über die Arbeiterklasse sagte. Diese befand sich in einer elenden Situation, war aber nicht mehr in der

Lage, diese Situation ausreichend zu erfassen. Darüber stand die Propaganda, dass alles so sei, weil es so sein müsse. Die unmenschliche Ausbeutung erschien den Ausgebeuteten wie eine natürliche Begebenheit, also etwas, das hinzunehmen war. Sich seiner selbst bewusst zu werden, bildete nach Marx die Grundlage dafür, das Unrecht abzuschaffen.

Doch ist es ein Fehler anzunehmen, dass dieser Akt des Bewusstwerdens auf die Ebene der Ausbeutung im Arbeitsverhältnis beschränkt war oder ist, also beschränkt auf die ökonomische Lage. Es reicht nicht aus, dass die Ausgebeuteten und Benachteiligten so viel bekommen, dass sie sich die gleichen Dinge leisten können, wie die Ausbeutenden und Wohlhabenden. Der Gewinn für die Menschen kann nur da liegen, wo substantiell etwas zurückerobert wird und das, was zurückzuerobern ist, ist das menschliche Leben mit menschlicher Qualität.

Ein Mensch, der kaum noch ein freies Inneres hat, kann keine aus dieser Innerlichkeit entspringenden Verbindungen zu anderen Menschen verspüren oder diesen den Raum geben. Er fühlt sich subjektiv isoliert und den anderen Menschen fremd, im gleichen Maße wie er sich von sich selbst isoliert und entfremdet hat, beziehungsweise in dem Maße, wie er sich selbst fremd gemacht wurde. In dem Maße, in dem er sich selbst gegenüber gefühllos ist, ist er auch den anderen Menschen gegenüber gefühllos, wobei genau diese Gefühlskälte die Grundlage für das Perpetuieren und Aufrechterhalten verletzender und das Leben zersetzender Macht- und Herrschaftsstrukturen ist.

Es ist dabei jedoch auch so, dass es keinen Sinn macht, die Liebe zu predigen, wie es etwa die Hippies taten und tun. Vielmehr sind die Verletzungen, die einem selbst angetan wurden, zu begreifen und zu verstehen, sowie die Strukturen, die diese Verletzungen verursachen und organisieren. In dieser Bewusstmachung und Analyse liegt die Grundlage für das Herausbilden eines tatsächlichen revolutionären Subjekts und zwar nicht im anderen oder den Massen, sondern bei sich selbst. Nur wer selbst sein Subjekt in sich wieder freilegt und damit sein revolutionäres Subjekt, entwickelt überhaupt das Potential, andere dabei zu stärken, ihr eigenes revolutionäres Subjekt freizulegen. Da dies derzeit kaum irgendwo zu erkennen ist, lässt sich im Rückschluss vermuten, dass dieser Zustand bei Weitem nicht erreicht ist.

Eine Chronik: 30.05.: Scheibenklirren bei der Allianz in Leipzig. Fight4Afrin! **02.06.:** Unbekannte betonieren Bewehrungsstahl ans Gleis zwischen Halberstedt und Goslar und zünden Signalkabel an. Der Bahnverkehr soll eingestellt werden. Vermutlich im Zusammenhang mit dem Naziaufmarsch in Goslar. **03.06.:** In Kerpen spritzt eine autonome Kleingruppe Buttersäure ins Amtsgericht. Dieses war maßgeblich verantwortlich für die Inhaftierungen rund um den Hambacher Forst des letzten Jahres. Free UP III! **04.06.:** In Berlin Pankow brennt ein Amazon Truck. **05.06.:** Nazikarre

Das Mutu-Netzwerk

Revival der französischen linksradikalen Medien

Der englischsprachige Blog *libcom.org* hat vor einigen Monaten einen Text über digitale Medienplattformen der französischsprachigen radikalen Linken veröffentlicht, den wir hier übersetzt haben. Wir fanden viele Aspekte, die darin angesprochen und diskutiert werden, spannend und übertragbar für die hiesige Situation, zu der wir noch ein paar Worte verlieren möchten.

Das wichtigste Medium der radikalen Linken in Deutschland, *linksunten.indymedia.org*, wurde im August letzten Jahres verboten. Die Stärke, die linksunten ausmachte – eine spektrenübergreifende Veröffentlichungsplattform für den deutschsprachigen Raum zu sein – war gleichzeitig auch ihre Schwäche – eine zentrale Plattform, die mit einem einzigen Repressionsschlag lahmgelegt werden konnte. Die allgemeine Empörung hielt sich in Grenzen, viele gingen davon aus, dass das Kollektiv nur die Server umziehen müsste, um die Plattform wieder zum Leben erwecken zu können. Das ist nicht passiert. Zwar wurde das Verschwinden von linksunten allgemein beklagt, viel passiert ist seitdem allerdings nicht. Strategische Überlegungen zur Entwicklung unserer Medien fehlen weiterhin fast vollständig (mal abgesehen von einigen wenigen Artikeln wie z.B. in der *Swing* Nr. 205).

Einige unserer Medien wie die *Zeck* aus Hamburg haben ihr Erscheinen vor kurzem eingestellt, viele andere wie z.B. die *Interim* aus Berlin arbeiten mühsam so vor sich hin. Inhaltliche Debatten gibt es schon seit längerer Zeit kaum noch, es scheint dazu aber auch kein Bedürfnis zu geben. Vielleicht ist schon alles gesagt worden und es fehlen uns einfach nur die richtigen Mittel zu Umsetzung unserer Ziele? Wir wagen es zu bezweifeln. Regional gesehen ist die Situation zumindest für den aktuellen Informationsaustausch im Rhein-Gebiet dürftig. Immerhin gibt es die *Swing*, die für längerfristige Debatten und lokale Informationen zur Verfügung steht. Für die heutzutage notwendige aktuelle Berichterstattung und Information im Internet finden sich unzählige Blogs, Twitteraccounts und Facebookseiten. Nur welche/r wirklich durchsteigt und Zeit hat, kommt an die relevanten Infos und Termine heran. Der *Linksnavigator*, welcher den Anspruch hatte, eine spektrenübergreifenden Internetplattform für die radikale Linke im Rhein-Main-Gebiet zu sein, hat die Aktualisierung seiner Webseite weitgehend eingestellt.

Mensch muss schon wissen, welche Gruppe gerade über welches Medium kommuniziert, um Veranstaltungstipps, Berichte von Demonstrationen oder Aufrufe mitkriegen zu können. Hinzu kommt die Bequemlichkeit, alles über

die sozialen Netzwerke mitzuteilen – mit den bekannten Sicherheitsrisiken, aber immer mit der Begründung, sonst keine Menschen erreichen zu können.

Alles sehr ähnlich zur Erfahrung der französischen GenossInnen, die sich gegen eine vergleichbare Situation mit ihrem Netzwerk und dem Modell von lokalen Webseiten gestellt haben. Die Fragen der Dezentralität der technischen Ressourcen als auch die Frage von Kontrolle und Überwachung des Internets tauchen im Artikel nicht auf, wir hoffen, dass es bald einmal die Gelegenheit gibt, diese Fragen auch mit unseren französischen GenossInnen des Mutu-Netzwerks zu vertiefen. Der Name „Mutu“ leitet sich übrigens ab von Mutualismus, der Gegenseitigkeit.

Das Mutu-Netzwerk

Das Mutu-Netzwerk hat ein neues Modell für linksradikale französischsprachige Medien entwickelt, dessen Kern 15 Webseiten im ganzen Land sind und das sich gegen das Monopol der Verbreitung linker Nachrichten durch Social Media-Plattformen richtet. Die Webseiten sind in die verschiedenen Communities eingebettet und berichten von lokalen Kämpfen.

Das Mutu-Netzwerk wurde 2013 gegründet und bringt fünfzehn linksradikale News-Seiten aus Frankreich und der Schweiz zusammen. Einige dieser Webseiten-Kollektive bestehen seit langer Zeit und sind sehr gut etabliert, wie *RebellLyon.info*, 2005 in Lyon gegründet, und *Paris Luites* (www.paris-luites.info), gegründet 2013. Andere Kollektive aus Städten wie Rouen, Grenoble, Dijon und Nancy sind neuer und alle in den letzten ein oder zwei Jahren entstanden. Auf einer Konferenz kamen Leute aus dem ganzen Netzwerk zusammen, um über ihre Aktivitäten zu berichten, verschiedenste technische Fähigkeiten und infrastrukturelles Know-How zu teilen, und um zu diskutieren, wie das Netzwerk weiterentwickelt werden kann.

Obgleich es politische Differenzen zwischen (und in) den Webseiten-Kollektiven gibt, sind alle vereint durch eine Reihe gemeinsamer Prinzipien:

1. Partizipatives veröffentlichen: jede Person oder lokale Gruppe, die die Ziele der Webseite teilt, kann Artikel vorschlagen
2. Unterstützung: die Gruppe, welche die Webseite betreibt, kann Menschen beim schreiben und herausgeben ihrer Artikel über eine kollektive Schnittstelle helfen.

brennt in Leipzig. **07.06.:** In München brennt ein Auto der Hausmeister und Sicherheitsfirma WISAG. **07.06.:** In Leipzig brennt ein Bagger und ein Architekturbüro und die Porsche Lehrwerkstatt kassieren Glasbruch. **08.06.:** Ein Reisebus auf dem Weg zur AfD Kundgebung in Berlin wird in Stuttgart von Antifas mit Farbe und Steinen gestoppt. **09.06.:** Einen Tag vor dem Tag der offenen Tür bei der Bundeswehr in Dresden fackeln zwei ihrer Zivilfahrzeuge ab. **10.06.:** Beim Landesparteitag der AfD in Nürnberg wird Buttersäure verschüttet. **10.06.:** In Hanau werden die Autos von

3. Offenheit: die Webseite ist nicht das Eigentum einer bestimmten Gruppe, sie soll die Unterschiedlichkeit von Ideen und Praktiken darstellen, die lokal existieren.

4. Antiautoritäre Ideen: alle Webseiten innerhalb des Netzwerks bemühen sich, emanzipative Ideen und Praktiken, antikapitalistische Ideale und Widerstand gegen Autorität(en) zu voranzutreiben.

5. Verbreitung: wir unternehmen Schritte, die sicherstellen, dass die Inhalte der Webseiten massiv verbreitet werden können.

6. Einbindung in einen lokalen Kontext.

7. Gegenseitige Hilfe zwischen den Mitgliedern des Netzwerks.

vom Lokalen zum (Inter)nationalen

Wie in den gemeinsamen Prinzipien festgehalten, wurden die Webseiten des Mutu-Netzwerks gegründet, um die Unterschiedlichkeit der lokalen Praktiken zu reflektieren. Das bedeutet, dass die Internetseiten Artikel aus den verschiedenen sozialen Bewegungen in ihren Städten veröffentlichen: von Arbeitskämpfen zu Umweltkämpfen, von Kämpfen um Wohnraum zu Protesten gegen Polizeigewalt - mit Inhalten, die (soweit wie möglich) von den NutzerInnen selbst geschriebene Berichte darstellen.

Dies reflektiert teilweise die Ursprünge vieler lokaler Mutu-Webseiten, die aus dem Vermächtnis von Indymedia und dem Bedürfnis lokaler AktivistInnen nach einer zentralen Ressource für das Bekanntmachen lokaler Kämpfe und politischer Aktivitäten entsprangen. Im Kontrast zum Modell „Indymedia“ ist die redaktionelle Kontrolle über die Webseite und die Unterstützung von Menschen, die Artikel posten wollen, ein wichtiger Teil des Projekts. Während Mutu-Webseiten also das Open Publishing-Modell von Indymedia beibehalten haben, welches es allen ermöglicht, Artikel beizusteuern, lehnen sie im Gegensatz zu Indymedia ungeeignete Artikel ab und unterstützen Beitragende im redaktionellen Prozess. Was Mutu's Modell so interessant macht, ist die Tatsache, dass der ganze redaktionelle Prozess komplett transparent ist. Jede/r registrierte NutzerIn kann sich in das Back-End der Seite einloggen und sehen, welche Texte diskutiert werden, welche bestätigt und welche abgelehnt, welche Änderungen vorgeschlagen wurden und von wem.

Die Verbindung von Open Publishing mit einem transparenten redaktionellen Prozess half Mutu, die Probleme von Indymedia – Überflutung der Seiten mit Unsinn und antisemitischen Verschwörungstheorien – zu überwinden; die redaktionelle Betreuung durch Mutu, die Beitragende in der Erstellung von Artikeln unterstützt, schreckt auf der

anderen Seite Menschen ab, die Artikel veröffentlichen wollen, die im Gegensatz zu den politischen Grundsätzen der Seiten stehen.

Während der Konferenz selbst hörten wir Berichte von Delegierten etwa eines Dutzend der Kollektive des Netzwerks. Einige, wie Paris Luttes, veröffentlichen etwa zehn Artikel am Tag mit einer LeserInnenschaft zwischen zehn und 25.000 pro Tag; andere Seiten sind kleiner und spiegeln oftmals die kleineren Bewegungen oder Einwohnerzahlen der Städte/Regionen wider.

Alle Seiten sind stark in lokalen sozialen Bewegungen verankert und verfügen über signifikante lokale LeserInnenschaften. Viele der Mutu-Webseiten werden regelmäßig als Quelle durch lokale Zeitungen herangezogen. Das schweizerisch-französische Kollektiv Renverse (www.renverse.co) berichtete von Graffities in der Gegend rund um Genf, die ihre Webseite bewarben – von wem die Graffities stammen, wissen sie aber nicht! Zum Beweis des Grads der lokalen Verankerung einiger dieser radikalen Nachrichtenseiten erzählte uns ein Mitglied des RebelLyon-Kollektivs: „Wenn ich mit anderen Eltern in der Schule meines Kindes spreche, setze ich voraus, dass sie unsere Webseite schon kennen. Wenn nicht, erkläre ich es ihnen, aber normalerweise kennen sie sie schon.“

Als negative Seite dieses lokalen Fokus sehen die Mitglieder des Netzwerks die Schwierigkeit an, über internationale Ereignisse und Events zu berichten – auch wenn sie das manchmal gerne tun würden, fehlt aber oft ein lokaler Bezug, der eine Nachricht rechtfertigt. Eine Möglichkeit für Texte mit überregionalem oder internationalem Bezug könnte z.B. ein lokaler Palästina-Solidaritätsprotest sein, um über die letzten Entwicklungen in der Region zu berichten, aber es ist weniger wahrscheinlich, dass Texte veröffentlicht werden, wenn sie sich ohne lokalen Kontext z.B. mit der letzten Streikwelle im Bildungssektor der USA oder den Protesten gegen das Regime im Iran auseinandersetzen.

Als Webseiten mit starken lokalen Wurzeln, die sich über das ganze Land ausgebreitet haben, sollen nun Fortschritte in der Schaffung einer nationalen Webseite gemacht werden, die Inhalte aller Mitgliedswebseiten zusammenbringt. Die GenossInnen von Mutu hoffen, dass dies ihnen auch erlauben wird, ihre Berichterstattung von internationalen Kämpfen auszubauen. Vor diesem Hintergrund ist es spannend zu sehen, dass Barrikade (www.barrikade.info), Mutu's schweizerisch-deutsches Kollektiv, gerade in Diskussionen mit deutschen und österreichischen GenossInnen steckt, um die Möglichkeiten eines deutschsprachigen Netzwerks auszuloten, das Mutu's französischsprachiges ergänzen könnte. Dies würde auch die Möglichkeit einer internationalen Berichterstattung erweitern

AfDlern tiefergelegt während sie spazieren sind. **12.06.:** In Bremen wird eine neue Mautsäule der Firma tollcollect flambiert. Gegen die umfassende Live-Erfassung und Aufzeichnung der Bewegungen und Aktivitäten aller. **12.06.:** Der Westeingang vom Reichstag wird verwüstet. Es werden Feuerlöcher geleert und Möbel zerstört. **15.06.:** Zwei Bagger brennen in Leipzig. Kämpferische Grüße gehen an alle, die nachts Farbe an die Wände bringen und der permanenten Bullenbesatzung etwas entgegensetzen, die sich von Repression und Polizeistaat nicht einschüchtern lassen, die

und verweist auf die Notwendigkeit eines europäischen Netzwerks von lokalen antiautoritären Nachrichten-Webseiten.

Soziale Medien vs. Medien der sozialen Bewegungen

Eine Sache, die während der gesamten Konferenz präsent war, war der negative Effekt von Social-Media auf die linksradikale Medienarbeit in Frankreich. Die Kollektive beklagten das blinde Vertrauen auf Facebook und Twitter für die Kommunikation bei z.B. studentischen Besetzungen oder in der lokalen Gewerkschaftsarbeit.

Ein Genosse des Kollektivs La Rotative aus Tours (www.larotative.info) beschrieb eine Begebenheit bei einer Besetzung durch Studenten, welche die Kommunikation mit der Außenwelt durch die Eröffnung von Facebook- und Twitter-Accounts als erledigt ansahen.

„Wir riskieren auch den Verlust der jahrhundertelangen Erfahrung des kollektiven anarchistischen Veröffentlichens, weil die Leute einfach bevorzugen, Sachen auf ihrem persönlichen Twitter-Account zu posten, ohne dass es einen Input von irgendjemand anderes oder eine breitere Diskussion gab.“ sagte er.

Andere Probleme, die im Zusammenhang mit dem blinden Vertrauen auf Social Media erwähnt wurden, waren die Unmöglichkeit, ein Archiv anzulegen oder Berichte und Texte zusammenzustellen und zu vergleichen. Die Folge ist, dass Berichte von verschiedenen Orten (oder sogar nur Entwicklungen am selben Ort) oft isoliert voneinander in Tweets oder Facebook-Posts existieren und keinen Bezug mehr aufeinander aufweisen.

So kann es sogar bei größeren (landesweiten) Kämpfen schwierig sein, auf dem Laufenden zu bleiben - zum Beispiel bei den Kämpfen der BahnarbeiterInnen, oder sogar der Welle von studentischen Solidaritäts-Besetzungen 2018 – wenn du nicht all den richtigen Twitter-Accounts oder Facebook-Gruppen folgst (selbst wenn einige wichtige Berichte posten, die meisten tun dies nicht). Natürlich nutzen auch viele Menschen diese Plattformen gar nicht, die auf sich gestellt Informationen aus verschiedenen Social-Media-Posts mit der notwendigen Tiefe und Expertise überprüfen müssen, um einen vollständigen Überblick über meistens komplexe soziale Bewegungen zu erhalten.

Nicht zuletzt sollten die Sicherheitsrisiken von Social Media erwähnt werden. UserInnen können gesperrt und ihre Seiten gelöscht werden, und sollten dich die multinationalen Social-Media-Unternehmen rausschmeißen wollen - egal aus welchem Grund (solche wie „Anstiftung zur falschen Art von Aktion“), gehen auch all die Berichte und Informationen, die du über die Jahre produziert hast,

verloren. Das blinde Vertrauen auf diese hoch zentralisierten Monopole setzt also auch unsere Inhalte einem Risiko aus.

Social-Media-Plattformen bleiben nur so lange „sicher“, so lange wir unwirksam und irrelevant sind. Ob uns die Monopole ihre Plattformen nutzen lassen werden, wenn unsere Bewegungen beginnen, eine ernsthafte politische Herausforderung zu werden, ist eine ganz andere Frage. Wir müssen nur an die willkürlichen Gründe denken, derentwegen manche User von Twitter gesperrt wurden.

Reflexionen über die radikalen Medien in Großbritannien

Im Kontrast zur Situation in Frankreich ist die britische Situation viel unklarer. Zahlreiche Publikationen sind in den Jahren verschwunden, Zeitschriften mit einer jahrzehntelangen Geschichte wie Black Flag, Do or Die und Direct Action wurden eingestellt, während viele lokale Zeitschriften und Newsletter wie Schnews (Brighton), Hackney Independent (East London) und Now or Never (Norwich) ein ähnliches Schicksal erlitten haben.

Der Niedergang und das Aus von Indymedia UK bedeutete, dass es keinen zentralen Ort mehr gab um radikale Nachrichten, Termine und Berichte zu veröffentlichen – diese verteilen sich jetzt über eine Reihe individueller Blogs und Webseiten. Gleichzeitig trifft das Problem mit den Social Media-Plattformen, welches auch von den französischen GenossInnen erwähnt wurde, auch für Großbritannien zu. Viele ziehen die Unmittelbarkeit von individuellen Facebook- oder Twitter-Accounts einer Veröffentlichung auf radikalen Nachrichten-Webseiten vor.

Noch sollten wir allerdings nicht zu pessimistisch sein, denn auf der anderen Seite entwickelt sich Freedom (<https://freedomnews.org.uk>) und veröffentlicht mit wachsender Regelmäßigkeit und erscheint auch als Papiausgabe zweimal im Jahr. Nachdem wir dazu aufgerufen hatten, über unsere Webseite Nachrichtenbeiträge zu veröffentlichen, haben wir mehr Berichte und Informationen veröffentlicht als auch einige neue BloggerInnen dazugewonnen.

Es gibt zudem einige neue radikale Publikationen, darunter zuvorderst Base Publication (www.basepublication.org), die einige sehr gute Analysen von aktuellen Ereignissen produzieren. Andere Newsletter, wie Rebel City in London und solche, die sich auf Industrie-spezifische Themen kümmern, wie Plan C's Rebel Roo (für Deliveroo-Fahrer) und das Bulletin des IWW Courier Network Cymru (ebenso für Deliveroo- und ähnliche Essenslieferanten anderer Apps in Wales) sind in letzter Zeit aufgekommen und machen eine exzellente Arbeit.

die Überwachung und Kontrolle des öffentlichen Raums nicht länger hinnehmen wollen. An alle, auf die wir zählen können, in diesem Kampf gegen die verwertungsorientierte Umgestaltung von Connewitz und für eine bessere Welt. **17.06.:** Bei einem AfD Büro in Magdeburg wird die Scheibe mit einem Luftgewehr perforiert. **19.06.:** Die „Netzbeschmutzer*innen“ fackeln in Berlin einen Vodafone Funkmast, 6 Telekom Autos und 5 Deutsche Bahn Autos ab. **19.06.:** Das Auto einer Schließerin brennt in Berlin Friedrichshein in Solidarität mit Isa, Nero, Thomas und Lisa. **22.06.:** Glas-

Als wir libcom.org starteten war es unser Ziel, dass unsere Berichterstattung so sein würde wie die des Mutu-Netzwerks (neben dem Unterhalten eines digitalen Archivs historischer und theoretischer Texten, Einführungen in politische Strömungen, denen wir nahe stehen oder Konzepte, von denen wir denken, dass sie nützlich für neue Leute sind). Aber anstatt mit lokalen Webseiten zu beginnen, die gemeinsam auf eine größere nationale/internationale Struktur hinarbeiten (wie Mutu es macht) dachten wir, wir könnten diese Struktur mit unseren knappen Ressourcen von Beginn an schaffen, mit lokalen Gruppen, die später die Lücken füllen würden. Dies ist nicht geschehen und wird es vielleicht auch nie.

Immer noch sieht es so aus, dass etwas wie das Mutu-Netzwerk ein großer Fortschritt für radikale Politik in Großbritannien sein würde: lokale Webseiten, auf denen Leute Informationen und Berichte über die unterschiedlichen Kämpfe und Bewegungen in ihrer Gegend veröffentlichen können. Immer noch könnte ein Netzwerk geschaffen werden, das von Mutu, das nach und nach Strukturen von unten schafft, welches bedeutende Teile des Landes abdeckt. Es fühlt sich an wie ein Hirngespinnst; aber andererseits, vielleicht haben sie in Frankreich vor fünf Jahren das selbe gesagt.

libcom.org

Zur Libcom-Webseite (www.libcom.org): Der Name libcom ist eine Abkürzung für „libertärer Kommunismus“.

Libcom schreibt dazu: „Libertärer Kommunismus ist der politische Ausdruck von Fäden, die alle menschlichen Gemeinschaften durchziehen: Zusammenarbeit und Solidarität.“ Die Webseite enthält Nachrichten und Analysen von ArbeiterInnenkämpfen, Diskussionen und ein beständig wachsendes Archiv von über 10.000 Artikeln und Beiträgen von über 10.000 TeilnehmerInnen/UserInnen in englischer Sprache. Die Thematik der Artikel reicht von historischen Abhandlungen, über Biographien zu theoretischen Texten, zu kompletten Büchern und Broschüren.

Zum „Réseau Mutu“ (Mutu-Netzwerk, www.mutu.mediaslibre.org): Das Netzwerk hat seine Wurzel in einem Treffen freier Medien 2008 in Lyon. 2009 wurde ein erster Server für Mutu in Seattle gekauft. 2013 kündigte Rebellyon das „Mutu-Projekt“ an, im selben Jahr entstand der Zusammenschluss. Inzwischen gab es mehrere landesweite Treffen anarchistischer Medienschaffender. Im Januar 2015 wurde die Internetseite mutu.mediaslibre.org geschaffen, im selben Jahr ein zweiter Server gekauft. Das Mutu-Netzwerk sagt, dass die gegenseitige Hilfe der Kern des Netzwerks ist. Sie erlaubt das Entstehen neuer Webseiten und die Stärkung der bereits bestehenden. Sie diskutieren miteinander Medienstrategien, Schreibmethoden und die Herausforderungen der eigenen Arbeit. Außerdem wollen sie ein gemeinsames Interface für die Webseiten entwickeln, Lösungen für das Webseitenhosting, den Austausch von Wissen voranbringen und Hilfestellung z.B. bei Sicherheitsfragen geben.

Evict Google

Absage der „Google Campus“-Pläne in Berlin-Kreuzberg

Kein Kreuzberg für Google: In den letzten zwei Jahren haben mehrere Initiativen gemeinsam mit Anwohner*innen gegen die Pläne des Unternehmens gekämpft, mit seinem „Google Campus“ in das alte Umspannwerk am Kreuzberger Landwehrkanal einzuziehen – mit Erfolg. Über ein Jahr lang wurden Demonstrationen und Kiezspaziergänge organisiert, es wurde diskutiert, gelärmt, besetzt und in Broschüren, auf Plakaten und Flyern zum Ausdruck gebracht, dass Google nicht der gute Nachbar gewesen wäre, als der sich das Unternehmen mit seinem Motto „Do the right thing“ gern selbst präsentiert. Stattdessen haben Aufklärungsarbeit, Protest und ziviler Ungehorsam sichtbar gemacht, dass Google ein Akteur der Verdrängung ist, der mit seinen Campus-Projekten alles Mögliche, aber sicher keinen „Mehrwert für den Kiez“ schafft, wie Pressesprecher Ralf Bremer uns gern Glauben gemacht hätte. Google, als womöglich größter Player im digitalen Kapitalismus, will nicht nur Daten sammeln und Technologien entwickeln, die sowohl Profit- als auch Überwachungs- und militärischen Interessen dienen können (Stichwort

„Project Maven“, zeit.de/digital/internet/2018-06/maven-militaerprojekt-google-ausstieg-ruestungsexperte-paul-scharre). Google will uns seine optimierte, transhumanistische Zukunft auch als Zukunft der Städte verkaufen. Das hat ein breites Spektrum an Protestierenden dazu motiviert, mit Analyse und Kritik, Spraydose und Farbe gegen die ideologische Reinhaltung des Konzernimages vorzugehen, das für die Durchsetzung von Googles Interessen von so zentraler Bedeutung ist.

Späte Einsicht, schmutzige Wäsche

Dass Google nicht richtig, sondern gänzlich daneben lag, als es einst entschied, die Stadt mit einem weiteren sogenannten Start-Up-„Incubator“ zu beglücken, hat das Unternehmen an einem Mittwoch Ende Oktober selbst eingestehen müssen. In einer sorgfältig inszenierten Pressekonzferenz mit Schlüsselübergabe verkündeten Bremer und Googles Start-Up-Strategie Rowan Barnett, dass der Campus in Kreuzberg (vorerst) nicht eröffnet wird. Stattdessen werden die Fundraising-Plattform [bruch an russischem Visa Zentrum in Hamburg. Freiheit und Solidarität brauchen kein Visum! **22.06.:** In North Carolina werden mehrere Baufahrzeuge eines Pipeline Projekts lahmgelegt. Für die Verteidigung der Natur vor Kapital und Zivilisation. Solidarität mit La ZAD. **22.06.:** Farbe für das Haus und Lüftung für die Reifen von Nazi, und TddZ Organisator in Goslar. **22.06.:** Glasbruch bei „hanova“ in Hannover. Auseinandersetzungen mit einer städtischen Wohnungsgesellschaft, die den expliziten Auftrag hat, „unternehmerisch zu handeln“, führen wir nicht auf Augenhöhe,](http://betterpla-</p></div><div data-bbox=)

ce.org und der Jugendhilfeverein KARUNA, der u.a. mit Blockchain-Technologie eine App für das bargeldlose Überweisen von „Spendenbeträge für zweckgebundene Hilfsangebote“ bereitstellt [arup.com/de-de/projects/mokli-karuna], die Räume des Umspannwerkes beziehen: für fünf volle Jahre in eigener Verwaltung, unter der schützenden Hand Googles, das den Mietvertrag gern bezahlt, weil es ihn dadurch schließlich behalten darf. Man habe aber eingesehen, dass Kreuzberg nicht der richtige Ort für einen Google Campus sei, wird Bremer zitiert [taz.de/!5545724/].

Dieser Teilrückzug war ein allzu offensichtlicher Versuch, das vom Protest beschmutzte fortschrittliche Erscheinungsbild Googles einem erneuten Imagewashing zu unterziehen. Und dennoch ist die einstweilige Absage des Campus ein Etappensieg für alle, die sich in Berlin und über seine Grenzen hinaus zusammengetan haben – um mit ihren Vorstellungen einer solidarischen Stadt den Zumutungen der kapitalistischen Stadt zu begegnen. Letztere werden von den Tech-Konzernen und der ihnen wohlgesonnenen Politik, die die Ideologie der optimierten „Smart Cities“ teilen, nicht verbessert, sondern verschärft. Trotz seines Einlenken will ein Konzern wie Google mit seinen Ideen natürlich nicht daneben gelegen haben: Immer noch ist man in der Berliner Filiale der Ansicht, das Richtige zu tun, wenn man sich jetzt mit der Geste des großzügigen Mäzens einen sozialen Anstrich gibt, um sich zugleich die Hintertür zum Umspannwerk im achso-dynamischen-und-bunten Kreuzberg offen zu lassen. Synergie, Diversität und Innovation sind die Schlagwörter von Googles wirklicher Mehrwertsteigerung, für die es Kreuzberg in Dienst wollte und will, weil sich der Rohstoff Kreativität so gut in der Mine des ‚rebellischen‘ Kiezes schürfen lässt. Dass diese Wirtschaftsweise keine Arbeitsplätze, sondern vor allem weitere prekäre Arbeitsverhältnisse und Selbstausbeutungs-Ideolog*innen nach Kreuzberg oder Berlin bringt, ist inzwischen selbstverständlich. Aber auch mit sozialer Münze lässt sich erst einmal Mehrwert für den Konzern generieren: Dafür spannt der friendly capitalist mit den beiden sogenannten Sozial-Businesses nun erst einmal andere vor den Karren. Und die nehmen die Räume, die kein Geld, sondern allein ein kleines bisschen Würde kosten, gern in Anspruch.

Shut Down Google, Start Up Revolt

Im Selbstverständnis von Google hat der Teilrückzug selbstverständlich nichts mit den Protesten zu tun, von denen man sich ja, so Bremer, nicht die Firmenpolitik diktieren lasse. Aber nicht nur die Berliner Spatzen pfeifen es von den Dächern, auch internationale Medien von Guardian über Libération bis New York Times sind sich einig: Google hat eine Niederlage einstecken müssen, und mit ihr der Start-Up-freundliche Berliner Senat, der um den Preis, ein kleines bisschen Silicon Valley-Feeling an die



Spree zu holen, stets das Wohl derer zu opfern bereit ist, die sich das Leben vor Ort wegen solcher „Innovationen“ nicht mehr leisten können. Auch die Berliner Wirtschafts-senatorin, Ramona Pop, freut sich über die Lösung, hatte sie in einem Interview doch kürzlich erst ein „nachhaltiges Start-Up Ökosystem“ gefordert, und sieht genau das jetzt in das Umspannwerk einziehen. Gegen den Google Campus hatte sie allerdings ebenfalls kaum Einwände, ebenso wenig wie gegen den sich ankündigenden „Innovations-Campus“ Siemensstadt. Indes bleibt der Kurs von Rot-rot-grün gewohnt engspurig. Geprägt von Opportunismus und Sachzwangausflüchten unterscheidet sich die Regierung kaum von ihren früheren Versionen: Um Berlin in der Standortkonkurrenz fit zu bekommen, eifert sie um jeden Preis dem kalifornischen Vorbild nach – ohne dabei die sozialen Verwüstungen mitzubenennen, die der (Tech-)Kapitalismus dort täglich vorantreibt. Im kalifornischen San José, wo ebenfalls ein Campus geplant ist, gab es übrigens erst kürzlich erneute Proteste gegen die berüchtigten Busse, die exklusiv die Google-Pendler zu ihrem Arbeitsplatz und wieder zurück verfrachten: „Evict Google“ („Räumt Google“) hieß es dort, mit solidarischen Grüßen nach Berlin. Zeitgleich regt sich in Toronto der Widerstand, Google als Experimentierfeld für seine „Sidewalk Labs“ zu dienen, mit denen ganze Stadtviertel digital erschlossen und reorganisiert werden sollen [theintercept.com/2018/11/13/google-quayside-toronto-smart-city/].

Schlechte Verlierer

Der Internationalität der Proteste zum Trotz tun sich ganz besonders schlechte Verlierer des Rückzugs damit hervor, die Protestierenden als „Kiez- und Milieuschutzfanatiker“ zu bezeichnen – so Sebastian Czaja, Vorsitzender der Berliner FDP-Fraktion. „Kommt bloß nicht nach Berlin, erst recht nicht nach Kreuzberg“ sei die Botschaft, die vom Paul-Lincke-Ufer in die Welt gehe. Dem können wir uns durchaus anschließen. Dass er aber von „kiezbezogenem Nationalismus“ schwadroniert, um die Proteste zu diskreditieren, andere von „No-Go-Areas“ für Tech-Unternehmen sprechen, zeigt nur eines: den plumpen Abwehr-reflex derjenigen, die ihre neoliberale Ideologie als

sondern gut verummmt. **23.06.:** Die Techniker müssen beim G7 in Quebec den Notfallplan aktivieren, nachdem die exklusive Internetverbindung abfackelte. **24.06.:** Stein findet seinen Weg durch die Scheibe der AfD in Zittau. **25.06.:** Feuerwehreinsatz bei der Staatsanwaltschaft Leipzig nachdem ein Brief mit unbekannten weißem Pulver eintraf. **26.06.:** Spinnen im Glas von SPD-Büro in Berlin: Auch wegen der Unterstützung von Erdogans Krieg sind noch viele Rechnungen offen mit den traditionellen Verrätern des Proletariats. Freiheit für Isa & Nero! Fight4Afrin! **28.06.:** Es

Interesse am Gemeinwohl vermarkten. Während sie nur die alte Sprechblase vom Wirtschaftsstandort und den angeblich verlorenen Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen in immer neuen Varianten predigen, sind es vielmehr die Protestierenden, die eine globale Dimension aufgezeigt haben: Arbeitskämpfe im digitalen Kapitalismus, Kämpfe um das Leben in den Städten und gegen das Zusammengehen von Staat und Technologie-Unternehmen bei der Militarisierung von Armee, Polizei und Überwachungsapparaten sind Kämpfe, die in von Google-Projekten betroffenen Städten wie São Paulo, Rennes, San Francisco, Toronto und Kreuzberg in solidarischer, internationaler Perspektive geführt werden können. Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen kommen hier zusammen, weil Lokal- und Stadtpolitik Klassenpolitik sind.

Protest wirkt

Kiez- und Klassenpolitik von oben hingegen sieht so aus, dass die CDU in der Folge den Campus nach Lichtenberg in die ehemalige Stasi-Zentrale holen wollte, und der Konzern auch im SPD-regierten Spandau umworben wurde. Google hat ihnen allen inzwischen eine Absage erteilt, und dennoch zeigen diese demütigen Werbeerfolge, dass der Glaube an die Start-Up-Ideologie in der Berliner Politik fest verankert ist, die Preisgabe von Wohnraum und sozialen Orten zugunsten des Wirtschaftsstandorts also weitergehen wird. Doch die Vernetzung und Zusammenarbeit für eine Stadtpolitik von unten durch Nachbarschaften, stadtpolitische Initiativen und radikale Linke zeigt: Protest wirkt, es ist möglich, sich zusammenzufinden, sich Gedanken über eine solidarische Stadt zu machen und den Akteuren der Verdrängung auf die Füße zu treten. Wenn jetzt auch einige Linke und Grüne vorsichtig applaudieren, darf dies getrost als verlogen bezeichnet werden: Unter ihrer Regierung wird die Berliner Linie durchgesetzt und Besetzungen in der Regel innerhalb von Stunden brutal geräumt. Das betretene

Schweigen der SPD braucht derweil in seiner Kläglichkeit kaum noch eigens kommentiert zu werden.

Ein Etappensieg

Alles in allem: Trotz Google wird der Verdrängungsprozess in Kreuzberg und anderswo weitergehen. Weitere Leuchtturmprojekte des digitalen Kapitalismus in der Stadt, wie Pandions „The Shelf“ oder die neue Zaland-Zentrale kündigen sich an, andere Co-Working-Spaces oder Wohnraumverwertungsagenturen wie rent24 schießen weiterhin aus dem Boden. Gleichzeitig droht die Räumung der Liebig 34 und anderer selbstverwalteter Räume, und die Luft für Mieter*innen wird weiterhin enger. Die Smart City, die vom Senat gewollt ist, ist die Stadt der Verdrängung und Kontrolle. Deshalb gilt es, weitere Kristallisationspunkte sichtbar zu machen, an denen soziale, stadtpolitische und technologiekritische Kämpfe zusammengeführt werden können, und dabei Player wie Google und seine Social-Business-Platzwärmer, aber auch andere Tech-Konzerne und Start-Ups auf dem Schirm zu behalten.

Das Fernziel bleibt, eine Stadt von unten aufzubauen und dafür zu streiten, dass Unternehmen, die mit den Daten aller die Interessen von Kapital und Staat bedienen, enteignet gehören. Die Initiativen und Anwohner*innen in Kreuzberg feiern einen ersten Etappensieg, der Mut macht, und auf dem soziale und stadtpolitische Kämpfe aufbauen können. Während dieser Erfolg von den Chefideolog*innen des Neoliberalismus notdürftig kaschiert wird, weisen die Proteste in Richtung einer solidarischen Stadt, die eine bessere Zukunft für alle nicht nur verspricht, sondern realisiert.

Counter_Campus und Google Campus & Co verhindern
<https://de.indymedia.org/node/25987>

Bundesweite Angriffe auf KIK Filialen

Dokumentation 28.11.2018:

*„Kapitalismus tötet - Kein Vergeben, kein Vergessen!
 KIK setzt auf Verjährung der fahrlässigen Tötung in 259 Fällen*

Am 29. November startet vor dem Landgericht Dortmund ein viel beachteter Prozess gegen den in Bönen bei Dortmund ansässigen Textildiscounter KIK. Zum ersten Mal könnte ein Unternehmen in Deutschland für die Produktionsbedingungen seines direkten Zulieferers im außereuropäischen Ausland zur Verantwortung gezogen werden. Es geht um 259 Tote infolge eines Brandes in einer Textilfabrik des Zulieferers Ali Enterprises am 11.9.2012 in Karachi, Pakistan, die vornehmlich für KIK produzierte.

tilfabrik des Zulieferers Ali Enterprises am 11.9.2012 in Karachi, Pakistan, die vornehmlich für KIK produzierte.

KIK kannte die katastrophalen Brandschutzvorkehrungen und ließ dennoch weiter dort produzieren. Forensic Architecture präsentierte im Februar 2018 ein Gutachten zur Rekonstruktion der Brandkatastrophe, bei dem die eklatanten Mängel (nur ein Fluchtweg, verschlossene Außentüren, etc.) eindeutig als ursächlich für die hohe Zahl von Opfern identifiziert wurde.

Der European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) unterstützt nun ein Opfer und drei Hinterbliebene, die sich mit den bisher geleisteten Entschädigungszahlen

klirren die Scheiben bei Jürgen Krüger Fernsehdienst, der die Berliner Gefangenen mit überbewerteten TV-Geräten versorgt. **28.06.:** In Madrid wird als Antwort auf die G20 Repressionen eine Santander Bank abgefuckt. **28.06.:** Farbe und Steine gegen Neubau in Leipzig. **28.06.:** Glasbruch bei Commerzbank in Leipzig, nach dem Wahlsieg Erdogans in der Türkei. Freiheit für Afrin. **29.06.:** Kaputte Scheiben bei der Hochschule für Telekommunikation in Leipzig. Diese gehört einer Tochterfirma der Telekom die, die Cops und Militärs mit neuer Informationstechnologie

lungen nicht abspesen lassen wollen. Es geht neben dem Schmerzensgeld um die grundsätzliche Verantwortung transnationaler Unternehmen für ihre Tochterfirmen und Zulieferer.

Verhandelt wird nach pakistanischem Recht und das versucht KIK auszunutzen. Die Tengelmann-Tochter will sich mit Tricks in die Verjährung flüchten. Im November 2014 hatte der Textildiscounter zunächst einem Verjährungsverzicht zugestimmt, diesen jedoch zwei Jahre nach Einreichung der Klage in Dortmund für unwirksam erklärt. Wenn das Gericht dieser Argumentation folgt, kann es sein, dass der Prozess schnell wieder vorbei ist.

Die EU, allen voran Deutschland, blockiert derzeit das Bemühen der UN, die Rechte der Ausgebeuteten zu stärken. Ziel war es, die Menschenrechte entlang internationaler Lieferketten gesetzlich zu schützen. Ein Abkommen über Menschenrechtsnormen für Unternehmen sollte auf Initiative von Ecuador und Südafrika erarbeitet werden. Im aktuellen Entwurf, der im Oktober beraten wurde, ist auf Drängen der EU keine Rede mehr von einem neuen internationalen Gerichtshof. Auch das Einführen harter Sanktionen ist aus dem Dokument gestrichen worden. Die Bundesregierung droht sich aus weiteren Beratungen zurückziehen. Beobachter*innen der Verhandlungen sehen Anzeichen dafür, dass die Bundesregierung das Abkommen scheitern lassen will.

Wir sagen unabhängig von der Gerichtsentscheidung: KIK steht in diesem Fall exemplarisch für das globale Ausbeutungsregime, das alle Lebensbereiche - vom Smartphone bis zu unseren Lebensmitteln - durchzieht. Kleidung wird unter unmenschlichen Bedingungen in den

armen Regionen der Welt produziert, um dann hier zu Schleuderpreisen verhökert zu werden. Die Verseuchung der Textilien mit Giftstoffen macht die Arbeit extrem gesundheitsschädigend. Die hier häufig als Einweg-Kleidung in Altkleidercontainern gesammelte Ware wird zurück an die Herkunftsländer verkauft und macht dort die eigene Textilproduktion für den heimischen Markt unwirtschaftlich.

Die brutale Ausbeutungs-Ordnung führt mit zu massiven weltweiten Fluchtbewegungen. Die Flüchtenden werden dann mit tödlicher Gewalt von den kapitalistischen Zentren, USA und Europa fern gehalten. Gerade in diesen Zentren gewinnen rassistische und offen faschistische Parteien und Bewegungen massiv an Einfluss und drehen weiter an der Schraube von Ausbeutung und Abschottung.

Gegen die globale Ausbeutung setzen wir mit den zahlreichen Aktionen der vergangenen Nacht kleine Zeichen der Solidarität! “

Autonome Gruppen

Anmerkung der Redaktion:

Das Landgericht Dortmund befasste sich am 29.11.2018 zunächst mit der Frage, ob die Schmerzensgeldklage zulässig oder mittlerweile verjährt ist. Entscheiden will das Gericht erst am 10. Januar. Sollte der Klage stattgegeben werden, müsste das Gericht in die Beweisaufnahme gehen. Falls das Gericht die Klage abweist, wird dies aber nicht das Ende sein. Danach entscheidet das Oberlandesgericht in zweiter Instanz.

Kampf um den Hambacher Forst

Wald oder Kohle? - Die Antwort: Widerstand gegen die Arroganz der Macht

„Manche Demonstranten im Hambacher Forst haben nicht für den Wald sondern gegen den Kapitalismus gekämpft.“
(NRW-Innenminister Reul)

Viele Dörfer und noch mehr Landschaft wurden im rheinischen Braunkohlerevier seit Jahrzehnten weggebagert. Und auch der Hambacher Forst – ein 10.000 Jahre alter Wald ist zu über 90 Prozent der Kohleverstromung zum Opfer gefallen. In einem letzten Aufbäumen wurde der verbliebene Wald vor sechs Jahren besetzt und weltweit zum Anziehungspunkt für unterschiedliche Ökos und Anarchos, die gegen gegen Umweltzerstörung, das Patriarchat und den Kapitalismus kämpfen. 2018 explodierte der Zuspruch der Bevölkerung und aus Sonntagsspaziergängen einiger Hundert erwuchs im Herbst eine Serie von Demonstrationen mehrerer Zehntausend. Nach

einem Sommer, der das Thema Klimawandel selbst in die borniertesten Köpfe brannte, präsentierte sich die brachial durchgezogene Räumung mit einem toten Mitstreiter und die nun anstehende Rodung des Waldes als absurd rückwärtsgewandte Machtdemonstration der Dinosaurier RWE und NRW-Landesregierung.

„Die Räumung war richtig, weil rechtswidrige Zustände nicht geduldet werden“, sagte NRW-Ministerpräsident Laschet. „Die Räumung hatte nichts mit der Rodung zu tun.“ Die bockigen Worte einer Landesregierung, die sich zum Erfüllungsgehilfen von RWE gemacht hat und eine krachende Niederlage erlitt. Diese Niederlage war (für alle spürbar) keine juristische. Auch wenn viele das vorläufige! Rodungsverbot des Oberverwaltungsgericht Münster vom 5. Oktober feierten, lag die Stürmung von

versorgt. Der Angriff ist für die G20 Razzien und Festnahmen diese Woche. **02.07.:** In Schnega (Wendland) verheizt die Gruppe „Gottberg Hurra“ die Karre des Afd MdBs Wilhelm Gottberg. **02.07.:** In München brennt ein Telekom Wagen. **04.07.:** Glasbruch bei SPD Bude in Berlin. Weil auch Parteien die sich selbst Sozial betiteln genauso widerwärtige Schweine sind und eben nicht nur das Sterben im Mittelmeer tolerieren sondern berechnend Erwirken. **05.06.:** In Berlin brennt ein Transporter der französischen Firma Spie nachdem in Nantes Aboubakar von den Bullen erschos-



Wald und Kohlegrube von 50.000 Menschen auf der Großdemo tags darauf in der Luft.

Wie kam es zu einer solchen Ausweitung der zunächst sehr begrenzten Kämpfe?

Deutschland kann selbst die bescheidenen Klimaziele von Paris nicht einhalten. Die der Systemkritik unverdächtigen Wissenschaftler*innen des Fraunhofer Instituts kommen zu dem Schluss, dass Deutschland seine Klimaziele schaffen könnte, wenn man sofort alle Braunkohlekraftwerke abschalten würde. Dies sei auch ohne den von RWE behaupteten Energiekollaps möglich. All das führte dazu, dass zumindest kurzzeitig große Teile der Bevölkerung alarmiert sind. Aber ein Erkenntnisprozess oder eine deutliche Angst vor den spürbarer werdenden Konsequenzen der Umweltzerstörung kann keine Bewegung aus dem Vakuum erwachsen lassen. Der anerkennende Respekt der Bürgerlichen für den ultrakonsequenten Kampf der Waldbesetzer*innen wurde mit jedem Jahr größer. Größer sogar als die Ablehnung ihrer befremdlichen Lebensform auf Baumhäusern in 20 Meter Höhe! Die unglaubliche Ausdauer und Zähigkeit der Menschen, die gegen die Rodung kämpfen hat entscheidend dazu beigetragen, dass sechs Jahre später binnen weniger Monate eine Massenbewegung quasi in Zeitraffer aufblühen konnte.

Die Waldbesetzung wurde von einer Fülle von militanten Aktionen begleitet. Unzählige Male wurde die Oberleitung der Hambachbahn, die die abgebaute Braunkohle zur Verstromung in die Kraftwerke transportiert, kurzgeschlossen. Mannigfach wurden die RWE-Secus attackiert, immer wieder wurden die Pumpstationen mit denen RWE das Grundwasser aus den Boden pumpt, damit der Tagebau nicht absäuft, unbrauchbar gemacht. Im Jahr 2016 wurden Strommasten gefällt und die Kabelstränge der zentralen Stromversorgung der Grube abgefackelt. Das führte zum totalen Stillstand. Beinahe monatlich ketten sich Aktivist*innen an die Gleise der Kohlenbahn bzw (seltener) an die Kohlenbagger. Bei der Räumung werden drei Hebebühnenhersteller, die ihr Equipment der Polizei

zur Verfügung stellten, durch prompte Brandanschläge so empfindlich getroffen, dass sie sich aus dem Geschäft zurückzogen – quasi ein Lehrstück in direkter militanter Aktion. Hier war bundesweite Unterstützung möglich und erfolgreich, da die Firmen überregional vertreten sind. Hacker nahmen RWE vom Netz, ...

Auch das Aktionsformat „Ende Gelände“ schlug bereits vor 2018 in im rheinischen Braunkohle Revier auf. Nämlich mit spektakuläreren Grubenbesetzungen von bis zu 2000 Leuten. In weißen Overalls wurden u.a. die gigantischen Kohlebagger im Tagebau Garzweiler besetzt.

Die Bewegung im Rheinland hatte also schon vor 2018 die wichtigen Zutaten, die eine durchschlagende Bewegung braucht: Einen klaren Kristallisationspunkt, unterschiedliche Akteur*innen die mit sehr unterschiedlichen Mitteln im weitesten Sinne an einem Ziel arbeiten und sich verhältnismäßig wenig in die Quere kommen. Der Hambacher Forst zeigt insbesondere, dass ein „Weichspülen“ der politischen Vorstellungen zum Erreichen von Massenwirksamkeit nicht notwendig – ja sogar hinderlich ist. Der Wunsch, gemäßigt aufzutreten, um vermeintlich weniger radikale Menschen nicht abzuschrecken, ist ein reformistischer Trugschluss, dem die Waldbesetzer*innen glücklicher Weise nicht aufsitzen. Für weitreichende Ausstrahlungskraft sorgte viel mehr das authentische, hartnäckige und konsequente Vorgehen. Und dies so selbstbewusst, dass mensch eine identitätsstiftende Abgrenzung von anderen nicht nötig hatte.

Darüber sind die meisten Versuche die Bewegung zu spalten ins Leere gelaufen. Die von der Polizei präsentierten „Waffenarsenale der Waldbesetzer*innen“ konnten ihre beabsichtigte Wirkung nicht entfalten. Interne Spaltungen gibt und gab es natürlich. Sie wurden besonders sichtbar, als Steffen bei der Räumung durch die Polizei zu Tode kam. In wochenlanger Räumungsanspannung bei psychologischer Kriegsführung durch die Polizei (Nächtliche Kettensäbengeräusche per Lautsprecherwagen) wurde die Frage zum Knackpunkt: Wie trauern wir und wie lassen wir unsere Trauer in Wut unter anderem gegen die Bullenschweine umschlagen?

Mit welchem Tempo sich die Bewegung um den Hambacher Forst ausgeweitet und radikalisiert hat, ist beeindruckend. Die massenhafte Beteiligung am Barrikadenbau bei den wöchentlichen Waldspaziergängen von Menschen, die so etwas mutmaßlich noch nie gemacht haben. Mittlerweile sind acht von zehn Menschen in NRW gegen die Abholzung des Manbacher Forsts. Wir haben im Herbst eine breite und vielfältige Bewegung erlebt, wie wir sie in Deutschland vergleichbar nur um Gorleben und die Castortransporte kennen. Dass die Bewegung nicht am Ende ist, zeigen die Besetzungsaktionen in den

sen wurde und es massiven Aufständen kam. Lassen wir unseren Feinden keinen Moment um Luft zu schnappen! Nur ein Leben im Angriff kann uns davor bewahren an diesen Machtverhältnissen zu resignieren. In Gedenken an all die von Polizeigewalt Betroffenen! Liebe und Kraft für alle Gefangenen in den Kerkern des Staates! Haltet durch! **06.07.:** Farbe und Steine gegen Luxusstudierenden Wohnheim in Connewitz. **06.07.:** In Frankfurt a.M. brennen 6 Karren der DB. Da diese Maschinen zum Gleisbau geladen hatten entsteht ein Schaden von über 500.000 Euro. Gestern Nacht

zum Abriss freigegebenen Orten und die nachträgliche Massenaktion von „Ende Gelände“.

In der jetzigen Situation hat niemand mehr Zweifel daran, dass im rheinischen Revier deutlich früher Schluss ist, als RWE plant. RWE geht sicherlich als Verlierer aus der Auseinandersetzung. Der RWE Aktienkurs sackte extrem ab. Zusammen mit der hohen Zahl der Stromkund*innen, die mit Bezug auf den Hambacher Forst gekündigt haben, ergibt sich tatsächlich ein Milliarden-Schaden.

Dennoch: In der konkreten Auseinandersetzung um die Kohleverstromung haben wir nicht mehr als einen Etappensieg errungen. Bis zum endgültigen Urteil des Verwaltungsgerichts in Köln zu warten, schwächt unsere derzeit günstige Position. Eine schlummernde Bewegung lässt sich um so schwerer reaktivieren, je tiefer ihr Schlaf. Auch der politisch wirksame Reputationsschaden für RWE ist keine statische Errungenschaft, sondern muss im wahrsten Sinne des Wortes befeuert werden.

Daher braucht der bereits wiederbesetzte Hambacher Forst weiterhin (militante) Unterstützung!

Hambacher Forst - peaceful resistance?

Nachdem im Hambacher Forst viel passiert ist, ist der folgende Text in der Einleitung nicht mehr ganz aktuell. In seiner Betrachtung der militanten Praxis aber dennoch sehr lesenswert :

Der Hambacher Forst steht im Fokus der Medien, seit Donnerstag den 13.09. werden die Baumhäuser mit einem Großaufgebot der Bullen inklusive SEK geräumt. Es gibt verschiedenste Arten des Widerstands aber gerade die linke Presse und NGOs berichten gerne von gewaltlosen Widerstand um den Protest für sich vereinnahmen zu können. Wir möchten uns in unserem Bericht auf die Militanz konzentrieren, auch wenn wir sie nicht als einzigen wichtigen Bestandteil des Protests sehen. Hier folgt eine Chronik der Militanz, Widerstand und Repression im Hambacher Forst aus dem letzten Wochen. Natürlich ist die Chronik unvollständig, da viele Aktionen in Kleingruppen durchgeführt werden und wir nur von denen wissen, die uns mitgeteilt wurden.

Seit dem 13.09. sind mehrere tausend Bullen durchgehend im Wald um die Baumhäuser endgültig zu räumen und zu zerstören. Die Räumung des Waldes und die Vorbereitungen haben jedoch viel früher angefangen. Im August wurde auf dem Hambi Blog dazu aufgerufen sich auf die Räumung vorzubereiten, in dem Aufruf wird davon ausgegangen, dass die Räumung zwischen dem 22.08. und 22.09.2018 geplant ist. Kurz vor dem 22.08. sind also immer mehr Aktivist*innen in den Wald gekommen um sich gegen die Räumung zu wehren. Es wurden täglich Barrikaden, neue Plattformen, Lock-ons usw. gebaut, um die Räumung zu erschweren. Auch wurde den Bullen und RWE-Secus gezeigt, dass der Wald für sie ein gefährlicher Ort ist an dem sie sich nicht wohlfühlen sollen.

Der Weg zum Gefahrengelände

Als am Abend des 21.08. ein paar Bullenwagen vor einem der Haupteingänge des Waldes stehen, werden

diese von einer größeren Gruppe von militanten Menschen mit Mollis und Steinen auf Abstand gehalten.

Am nächsten Tag halten die Bullen mit gerichteten Schusswaffen zwei Autos in Buir an. Eins davon ist der Bus des Alf Küchenkollektivs, der von den Bullen beschlagnahmt wird. Sie versuchen das Alf Kollektiv für die Mollis verantwortlich zu machen und auch nachdem sie den Bus zurück geben wird er noch einige Male gerazzt. Der Bus ist nicht nur das Zuhause von Menschen sondern auch eine wichtige Küche für den Wald.

Am 24.08. kommen die Bullen mit einem Großaufgebot und schwerem Gerät in den Wald und räumen Barrikaden. Vor allem geht es ihnen wohl um die Barrikaden am Waldeingang bei der Secu-Straße. Am Abend werden neue Barrikaden in dem Eingang gebaut und die Bullen kommen wieder um die neuen Barrikaden zu zerstören und die Werkzeuge zu klauen. Dieses Mal werden sie mit Steinen wieder aus dem Wald gejagt. Beim Rückzug zieht ein Bulle sogar die Knarre und zielt auf die Menschen die hinter den Bullen her laufen. Die Bullen werden von Verstärkung und 2 Krankenwagen abgeholt.

Am 25.08. entdecken die Bullen in der Nähe von Lorien eine weitere Autobarrikade sowie eine mögliche Sprengvorrichtungen und wollen diese Entfernen. Sie werden mit Mollis, Steinen und Pyro angegriffen und verlassen mit Anbruch der Dunkelheit den Wald. In einer Pressemitteilung bitten die Bullen um einen friedlichen Aktionskonsens und um Distanzierung von Gewalt.

Einen Tag Später kommen ca. 400 Cops zum gleichen Ort um zu räumen. Etwa 25 Vermummte leisten Widerstand mit Steinen und werden von der Übermacht an Cops zurückgedrängt. Währenddessen werden neue Barrikaden errichtet. Allerdings können die Barrikaden jeweils nur für kurze Zeit gehalten werden.

haben wir in Frankfurt am Westbahnhof 6 Fahrzeuge der deutschen Bahn angezündet. Wir richten uns hiermit gegen die deutsche Unterstützung des Angriffskriegs der türkischen Regierung in Nordsyrien wie auch gegen die andauernden Durchsuchungen und Festnahmen linker Aktivist*innen. Eine Gesellschaft welche jede Form der Veränderung bereits im Keim so massiv angreift, lässt uns gar keine andere Wahl als den Griff zu solchen Mitteln wie gestern Nacht. **06.07.:** Angetrieben von der Wut über die fortdauernde Inhaftierung von Isa, wurde die Nacht von Dienstag

Auch am nächsten Tag sind wieder mehrere hundert Cops im Wald und das Wiesencamp wird umstellt. Der Einsatz war wohl eine Begehung und ein Test.

Am 28.08. gibt es eine Razzia auf dem Wiesencamp, bei der angeblich nach Molotov-Cocktails gesucht wird. Die meisten Menschen, die dort angetroffen werden, werden nach Aachen in die Gesa gebracht, da sie ihre Personalien nicht angeben. Alle anderen erhalten bis zum Abend Platzverweis. Die Bullen nutzen den ganzen Tag um alles zu klauen, was sie können. Es werden Glasflaschen, Zwillen und Krähenfüße mitgenommen sowie Klettergurte, Geld, Personalausweise, elektronische Geräte. Mit der Begründung, dass damit Straftaten gebaut werden können bzw. Barrikaden gebaut werden können werden Holzpaletten, Solarplatten und Wasserkannister geklaut. Zum Schluss werden zur Gefahrenabwehr noch Tunnel zugeschüttet und ein Lock-On wird entfernt. Dabei zerstören die Cops die Bibliothek. Am Abend sind alle festgenommenen Personen wieder frei, von einigen konnten die Bullen nicht die Identität feststellen.

Am Tag nach der Razzia gibt es eine Solidaritätsdemo von Buir zur Wiese.

In den folgenden Tagen werden mehrfach Security- und Bullenautos mit Steinen und Feuer angegriffen. Außerdem werden die Bagger von RWE, die in der Nähe des Waldes gearbeitet haben mehrmals vertrieben. Nach einem dieser Aktionen laufen über 20 RWE Securitys den Aktivist*innen hinterher, die Aktivist*innen verteidigen sich mit Mollis und Steinen. Ein paar der Secus werfen mit Steinen, trauen sich aber nur ein paar Meter in den Wald rein.

Unterdessen fordert die Polizeigewerkschaft, keine Bullen mehr im Wald zu verheizen bis die Rodung des Waldes nicht feststeht. Ab dem 31.08. wird der Wald und das umliegende Gebiet als „Gefährlicher Ort“ eingestuft und die Cops versuchen alle Menschen und Autos die auf dem Weg zum Wald sind zu durchsuchen.

Am Abend des 02.09. gibt es brennende Barrikaden und ein Bullenauto wird mit Steinen angegriffen und beschädigt.

Weitere Eskalation

Der nächstgroße Bulleneinsatz findet am 05. und 06.09. Statt. Die Cops wollen alle Bodenstrukturen und Barrikade räumen, inklusive Tripods und Monopod. Ein paar Strukturen werden mit Pisse und Scheiße verteidigt, die von oben auf Cops fliegt, welche sich dann verpissen müssen. Es gibt wieder Soli-Demos von Buir zum Wald.

Auf dem Waldspaziergang, an dem am vorigen Sonntag etwa 400 Menschen teilgenommen haben, sind am Sonntag den 09.09. über 1000 Menschen.

Morgens am 10.09. werden auf der Secu-Straße ein Bullenauto und ein Secu-Auto jeweils mit Feuer und Steinen angegriffen. Außerdem zerschellt die Frontscheibe von einem RWE Fahrzeug. Nach diesen Angriffen rufen die Bullen im Wald an und drohen, das Unterholz neben der Secu-Straße zu roden, wenn es noch so einen Angriff gäbe. Am gleichen Abend wird die Secu-Straße von einer brennenden Barrikade blockiert. Ein Bullenauto, dass in die Nähe kommt wird mit Steinen eingedeckt und muss fliehen. Während die Barrikade brennt wird der Secu-Point, der nach einigen Angriffen aus der Vergangenheit zu einer Festung umgebaut wurde, von einigen Menschen mit Steinen und Molotovs angegriffen. Währenddessen werden Barrikaden auf der alten Autobahn gebaut. Nach kurzer Zeit stellen sich ca. 40 gepanzerte Bullen und ein Räumpanzer im Secu-Point auf, und kommen auf die Angreifenden zu. Diese begeben sich auf eine Anhöhe. Als die Polizei versucht die Angreifenden zu kesseln regnet es Steine von oben. Laut Zeug*innen waren mehrere Schmerzensschreie von unten zu hören. Nachdem die Bullen doch wieder auf Abstand gehen ziehen sich die Aktivist*innen in den Wald zurück.

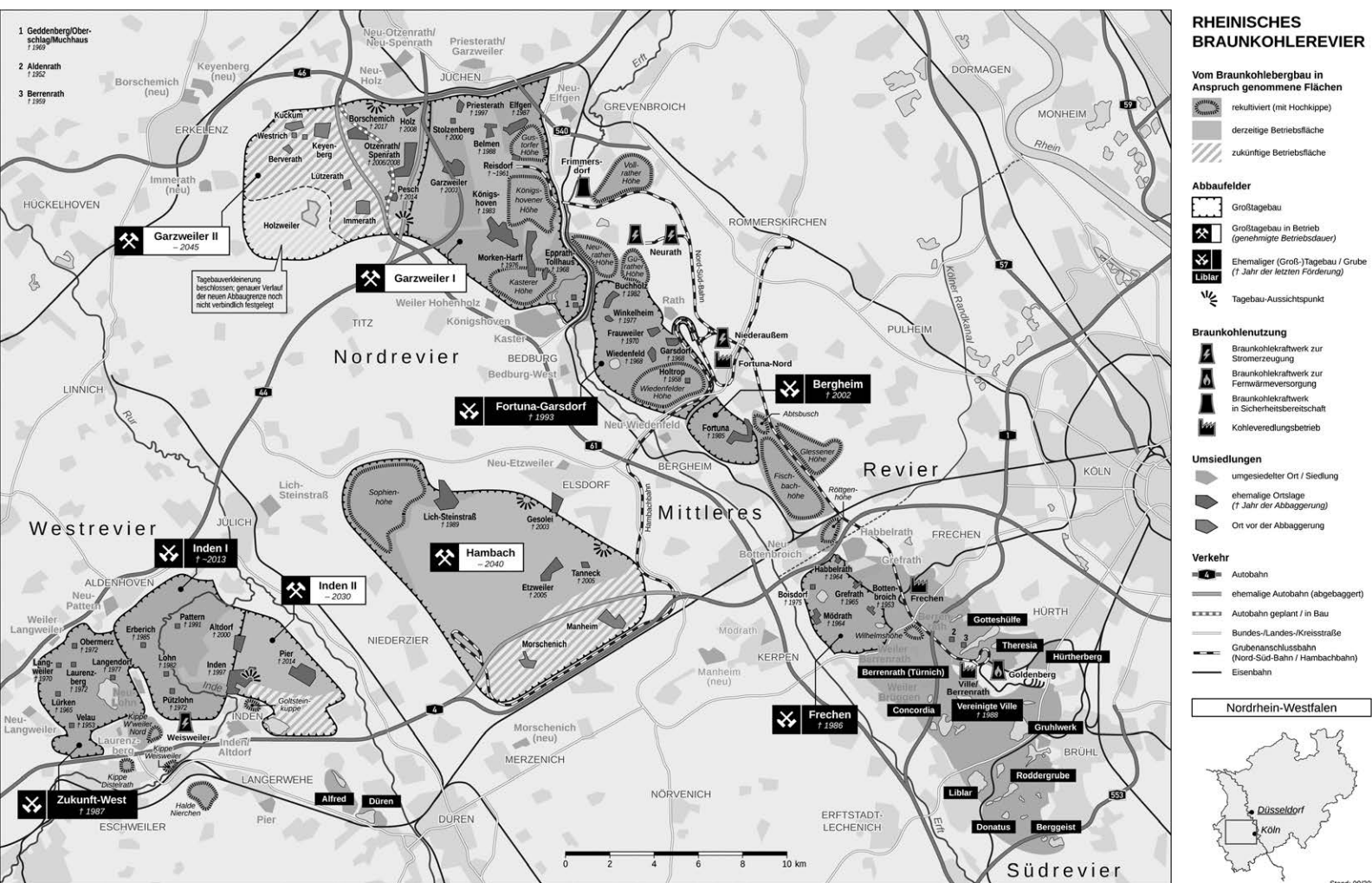
Am nächsten Morgen wird die brennende Barrikade mit neuem Feuerholz versorgt und es gibt wieder einen Angriff auf ein Securityauto. Die Cops kündigen an, am 12.09. mit einem Großeinsatz + SEK zu kommen und zu schießen, wenn Cops beworfen werden.

Am 12.09. gibt es brennende Barrikaden in mehreren Zufahrtswegen zum Wald. Eine Gruppe Bullen wird auf der Secu-Straße von ein paar Menschen mit Steinen angegriffen. Ein Bulle schießt in die Luft und zielt dann auf die Angreifenden.

Endgültige Räumung (?)

Am morgen des 13.09. fängt dann der Großeinsatz an, der die endgültige Räumung des Waldes sein soll. Schwerebewaffnetes SEK und Kletterbullen fangen an Baumhäuser zu räumen. Die Menschen in den Häusern haben sich vieles überlegt, um die Räumung so schwierig und teuer wie möglich zu machen, deshalb kommen die Bullen langsam voran. Eines der ersten Baumhausdörfer, die geräumt werden sollen ist der Norden. Als die ersten Barrikaden vor dem Zufahrtsweg zum Norden geräumt werden, werden die Bullen von einigen Menschen mit Steinen, Zwillen und Mollis angegriffen. Die Cops flüchten in ihre Autos und versuchen sich zu wehren in dem sie mit Vollgas auf die Angreifer*innen zu fahren. Sie erwischen jedoch keine*n, es bleiben Kratzer und Beulen auf den Autos.

auf Mittwoch genutzt, um einem Büro der CG-Gruppe in Berlin die Scheiben einzuwerfen. **07.07.:** In Hannover brennen zwei Bundeswehr LKW. Solidarische Grüße auch an das „Rheinmetall entwaffnen“-Camp. Es entsteht ein Schaden von 20.000 Euro. **09.07.:** Arne Schimmer von der NPD wird in Dresden seine Aktentasche von Antifas entwendet. Sie enthielt seinen Rechner und weitere Unterlagen... **10.07.:** Zum 1. Jahrestag des G20 Gipfels werden in Leipzig beim O-Amt die Scheiben eingehauen. Mit jeder Scherbe denken wir an alle G20 Aktivistinnen, Isa, Nero,



AfD-Nazis, die sich auch mit Polizeischutz in den Wald trauen um bei der Räumung zu zugucken werden von einer Gruppe militanter Menschen mit Steinen und Schreien verjagt. Die Schutzbullen laufen schneller als die Nazis.

Als die ersten Maschinen eine Schneise zum Norden machen wollen laufen wieder verummte Menschen auf die Cops und RWE Arbeiter*innen zu und werfen mit Steinen. Die Arbeiter*innen müssen zurück weichen, es gibt Gejubel aus den Baumkronen und die Arbeiten können für kurze Zeit nicht weitergeführt werden. Die gepanzerten Bullen, die in der Überzahl sind, können die Angreifer langsam zurückdrängen. Es kommen BFE Truppen zu Verstärkung und die Aktivist*innen müssen sich zurück ziehen.

Am Abend schaffen es die Bullen immer mehr Kontrolle über den Wald zu gelangen und es wird schwieriger die Bullen vor Ort anzugreifen. Es gibt aber immer noch Angriffe z.B. mit Scheiße, die für die Bullen besonders scheiße sind und es wird bei Indymedia nach militanten dezentralen Aktionen aufgerufen (<https://indymedia.org/pt/2018/09/988692.shtml>).

Aboubakar und all jene, die sich dem Staat und seiner Scheiße widersetzen. **09.07.+10.07.:** Farbe für den Hamburger Justizsenator Steffen, die stellvertretende Leiterin des Hamburger Verfassungsschutzes Domres, den Leiter der Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg, Lenders und ein Fahrzeug von SPIE, Luxusautos an der Elbchaussee und SIXT brennen in Hamburg. Ein Jahr nach dem G20 wird es wohl weitere Angriffe geben. **11.07.:** Kaputte Scheiben bei drei Commerzbanken in Hamburg. Fight4Afrin! **11.07.:** In München wird ein Immobilienbüro entglast. **11.07.:** Ganz

Außerdem gibt es immer mehr Menschen, die sich solidarisch mit dem Hambi zeigen, jeden Tag versuchen hunderte Menschen in den Wald zu kommen und auf dem Waldspaziergang am 16.09. nehmen etwa 9.000 Menschen teil, von denen aber nur wenige durch die Bullenkettens brechen. In vielen Städten gibt es Soli-Aktionen und Demos.

Ein paar Gedanken

Die breite Solidarität ist auf jeden Fall hilfreich für den Erhalt des Hambis und es wird dadurch mehr Druck auf RWE und Bullen ausgeübt. So ziehen z.B. drei Unternehmen die verliehenen Hebebühnen nach ein paar Tagen Räumung zurück.

Es wäre schön, auch wenn es vermutlich nicht so ist, dass viele der Solidarischen Menschen auch solidarisch mit der Militanz sind und checken, dass es vielen Menschen aus dem Wald nicht nur um den Erhalt eines kleinen Stückchens Waldes oder das Beenden von Braunkohle geht. Diese Reformen würden nichts an der Gesamtscheiße des Kapitalismus und Staates ändern. Die Leute, die jetzt nicht mehr auf ihren Waldspaziergang können, wünschen sich den Rechtsstaat und die Demokratie zurück aber checken

nicht, dass es kaum was totalitäreres als einen demokratischen Staat gibt, der solange die Menschen geordnet Grundrechte verspricht aber sobald Menschen die Autorität des Staates in Frage stellen und es gefährlicher wird, passt der Staat sich entsprechend an.

“Wir bleiben weiter militant, egal ob im Hambi oder anderswo. Egal ob wir von der breiten Öffentlichkeit ak-

zeptiert werden oder mit wenigen guten Gefährt*innen gegen die ganze Scheiße kämpfen müssen. Hass und Gewalt gegen die Drecksbullen, gegen RWE und jeden anderen Großkonzern, gegen die Demokratie und jede Autorität. Unsere Herzen brennen und unsere Mollis auch!”

Zum Brand der Busse der Firma Tirtey

Dokumentation: „Am Sonntag haben beim Busunternehmen Tirtey in Titz beim Tagebau vier Busse gebrannt. Während sich die Kohlekumpels empören und einen Zusammenhang zu ihrer Pro-RWE-Demo sehen, weil zur Anreise Busse des Unternehmens zum Einsatz kamen, hört man ansonsten nicht viel. Erstaunlich, wo doch genügend Leute diese Busse in den vergangenen Tagen unfreiwillig kennenlernen dürfen.

Es ist schade, dass Ende-Gelände in der Zeitung nur mit den Worten zitiert wird, man habe damit nichts zu tun. Natürlich geht es einen an, dass dort Fahrzeuge gebrannt haben, mit denen auch am Folgetag wieder Gefangene - die eigenen Leute! - hätten weggebracht werden sollten. Dadrauf hinzuweisen, dass diese Busse als Gefangenentransporter für die Bullen im Einsatz waren, wäre im Übrigen auch Selbstschutz: Inzwischen wird als Fährte verkauft, dass in einem Bus des Unternehmens ein Ende-Gelände Flyer gefunden wurde: „ein in einem anderen Bus angebrachtes Plakat haben gezeigt, dass mutmaßliche Braunkohlegegner in das Fahrzeug eingedrungen waren.“ (AZ).

Das Unternehmen macht aus der Zusammenarbeit mit den Bullen unterdessen keinen Hehl:

Zuletzt hat das Unternehmen auch Fahrer und Fahrzeuge an das Land vermietet. Beispielsweise für die Polizeiein-

sätze im Hambacher Forst oder jetzt am Wochenende bei der Braunkohlegegner-Aktion „Ende Gelände“.

Unter anderem mit Bussen des Unternehmens hat die Polizei Menschen transportiert, die in Gewahrsam genommen worden und zum Polizeipräsidium nach Aachen gebracht werden mussten. Am Samstag war das so, am Sonntag sollten die Busse wieder rollen. Dann brannten sie. (Aachener Zeitung, 29-10-18)

Anstatt wilder Verschwörungstheorien, wie sie leider vereinzelt zu hören waren („Das waren die doch selber“, „Das waren die von RWE“ ...), wäre jetzt ein schöner Zeitpunkt um festzustellen: Sperrt ihr unsere Freund*innen ein, tragt ihr die Konsequenzen. Erklärt ihr breitwillig es weiter zu machen, wie es der Geschäftsführer Sven Müllejans (auf dem Foto neben Mathias Tirtey) tut, wird es nicht aufhören. Wie aussichtsreich eine konsequente Haltung von uns auch in der Öffentlichkeit ist, hat auch der Rückzug verschiedener Arbeitsgeräteverleiher aus dem Hambacher Wald gezeigt.

Was bei Tirtey brennt, fehlt den Bullen und RWE!

Reisebüro & Omnibusbetrieb Tirtey
Am Finkelbach 10
52445 Titz-Rödingen “

indymedia

Frankreich am Abgrund

“Entweder stürzen wir das System oder das System wird uns vernichten”

Lundi Matin, 3.12.2018

Im Gegensatz zu allem, was wir gehört haben, ist das Mysterium nicht, dass wir uns erheben, sondern dass wir es vorher nicht getan haben. Die Anomalie liegt nicht in dem, was wir jetzt tun, sondern in dem, was wir bisher ertragen haben. Wer kann leugnen, dass das System in allen Bereichen gescheitert ist? Wer will noch immer geschröpft, ausgeraubt oder in das Nichts der Prekarität

verdammt vor sich hin leben? Wer will ernsthaft wegen der Tatsache Tränen vergießen, dass nun die Armen die schicken Viertel von Paris plündern oder dass die Bourgeoisie zusehen muss, wie ihre glänzenden neuen SUVs in Flammen aufgehen? Was Macron betrifft, so sollte er aufhören, sich zu beschweren, da er es doch war, der uns vorschlug, ihn aufzusuchen, wenn es Probleme gäbe. Ein Staat kann nicht behaupten, seine Legitimität aus der Leiche einer “glorreichen Revolution” zu ziehen, nur um dann

schön viel Farbe auf dem Haus von Nazianwalt Wolfram Narath. **12.07.:** Nach dem Ende des NSU Prozesses und den Repressionen nach G20 und den Hausbesetzungen fliegen Steine auf das Amtsgericht in Münster. Klar, Steine in der Tür ändern an den allgemeinen Machtstrukturen in der Gesellschaft direkt nicht so viel. Trotzdem sind sie ein Zeichen, dass Widerstand, egal in welcher Form möglich ist. **13.07.:** Glasbruch bei Neubau in Leipzig. **15.07.:** Kurzschluss an der Hambachbahn. Kohleausstieg ist Handarbeit! **16.07.:** Dräger Karre in Berlin abgebrannt. **17.07.:** Vermummte

über den Vandalismus zu stöhnen, wenn eine Revolution anfängt...

Die Situation ist einfach: Die Menschen wollen den Sturz des Systems. Das System beabsichtigt, weiterzumachen. Damit wird die jetzige Situation als aufständisch definiert, was jetzt selbst die Polizei bestätigt. Die Menschen sind viele, sie haben Mut, Freude, Intelligenz und die notwendige Unbedarftheit, die eine solche Situation erfordert. Der Staat hat die Armee, die Bullen, die Medien, die List und die Angst der Bourgeoisie. Seit dem 17. November benutzen die Menschen zwei komplementäre Hebel: Die Blockade der Wirtschaft und den Angriff, der jeden Samstag gegen das Verwaltungszentrum von Paris durchgeführt wird. Diese Hebel ergänzen sich, weil die Wirtschaft die Realität des Systems, während die Regierung die symbolische Repräsentanz darstellt. Um dieses System wirklich zu Fall zu bringen, müssen beide Elemente angegriffen werden. Dies gilt für Paris wie für den Rest des Landes: Eine lokale Präfektur anzünden und auf das Zentrum der Macht marschieren sind im Prinzip die gleiche Geste.

Seit dem 17. November werden die Menschen jeden Samstag in Paris von demselben Ziel geradezu magisch angetrieben: Einem Marsch auf innersten 'Heiligtümer' der Regierung. Von Samstag zu Samstag besteht der Unterschied zum vorhergehenden Samstag darin, dass einerseits die Kräfte der Polizei, die zur Verhinderung des Marsches eingesetzt werden, enorm aufgestockt werden und zum anderen die Aufständischen versuchen, mit der Umsetzung der Erfahrungen aus dem Scheitern des vergangenen Samstags an Ziel des Marsches zu gelangen. Wenn es an diesem Samstag viel mehr Leute mit Gasbrillen und Gasmasken gab, dann lag das nicht daran, dass "Gruppen von organisierten Schlägern" die Demo "infiltriert" hätten, sondern einfach daran, dass die Leute in der vergangenen Woche so massiv mit Tränengas angegriffen worden waren, dass sie daraus die Schlussfolgerungen gezogen hatten, die jeder mit Verstand daraus gezogen hätte: Beim nächste Mal besser ausgerüstet zu sein. Es geht jedenfalls schon lange nicht mehr um eine Demonstration, sondern um einen aufständischen Prozess.

Wenn Zehntausende von Menschen in die Pariser Region Tuileries-Saint Lazare-Étoile-Trocadéro einfielen, dann nicht wegen einer von bestimmten Gruppen beschlossenen Strategie der Einschüchterung, sondern wegen der kollektiven taktischen Intelligenz der Menschen angesichts des Polizeieinsatzes, der sie am Erreichen ihres Ziels hinderte. Die "Ultra-Linken", die für diesen versuchten Aufstand verantwortlich gemacht werden, täuscht niemanden: Wenn die "Ultra-Linken" in der Lage gewesen wären, Baumaschinen aufzutreiben, um die Polizeilini-
en zu durchbrechen oder Autobahnmautstellen zu zerstören,

wüssten wir davon. Wenn sie so zahlreich, so sympathisch, so mutig gewesen wären, hätten wir davon gehört. Mit ihrem im Wesentlichen identitätsfixierten Politikverständnis wird diese "Ultra-Linke" durch die Diffusität der Bewegung der Gilets Jaunes zutiefst in Verlegenheit gebracht. Die Wahrheit ist, dass sie nicht weiß, wie sie sich verhalten soll, dass sie eine kleinbürgerliche Angst in sich trägt, sich selbst zu kompromittieren, indem sie sich mit Leuten einlässt, die sich ihrer Kategorisierung entziehen.

Und was die "Ultrarechten" betrifft, so werden sie zwischen ihren vermeintlichen Mitteln und Zielen aufgerieben. Sie fördern die Unordnung, während sie gleichzeitig behaupten, die Ordnung aufrecht erhalten zu wollen. Sie werfen Steine auf die französischen Bullen, während sie gleichzeitig ihre Liebe zur Polizei und zur Nation bekunden. Sie möchten das Haupt des republikanischen Monarchen aus Liebe zu einem nicht existierenden König fällen. In all diesen Fragen werden wir den Innenminister seinem lächerlichen Geschwätz überlassen. Es sind nicht die Radikalen, die die Bewegung gestalten, es ist die Bewegung, die die Menschen radikalisiert. Wer könnte ersthaft glauben, dass sie darüber nachdenken, den Ausnahmezustand gegen eine Handvoll Hooligans zu verhängen?

Diejenigen, die nur halbherzig Aufstände machen, graben damit nur ihre eigenen Gräber. An dem Punkt, an dem wir uns heute befinden, stürzen wir angesichts des Levels an Repression entweder das System oder es wird uns zermalmen. Es wäre ein schwerwiegender Irrtum, die Bereitschaft dieser Regierung zur Radikalisierung zu unterschätzen. Jeder, der sich in den nächsten Tagen als Vermittler zwischen den Leuten und Regierung präsentiert, wird in Stücke gerissen werden: Niemand will mehr vertreten sein, wir sind alle reif genug, um für uns selbst zu sprechen, um zu bemerken, wer lediglich versucht, uns zu beschwichtigen, um sich selbst zu erholen. Und selbst wenn die Regierung von ihren Vorhaben abweicht, wird dies nur beweisen, dass wir das, was wir getan haben, richtig gemacht haben und dass unsere Methoden die Richtigen waren und sind.

Die nächste Woche wird daher entscheidend sein: Entweder schaffen es noch mehr von uns, die Wirtschaftsmaschine zu stoppen, indem wir Häfen, Raffinerien, Bahnhöfe, Verteilungszentren usw. blockieren, indem wir wirklich die inneren 'Heiligtümer' der Regierung und auch ihre Regionalbüros am nächsten Samstag übernehmen, oder wir sind verloren. Am kommenden Samstag haben die möglichen Teilnehmer der geplanten Klimamärsche, die von dem Grundsatz ausgehen, dass diejenigen, die uns in diese Katastrophe geführt haben, uns nicht aus ihr wieder rausholen können, keinen Grund, nicht auf die Straße zu gehen. Wir sind eine Haaresbreite vom Zusammen-

schmeißen Scheiben an Haus und Autos einer Verbindung in Marburg ein. **18.07.:** SPD Bude in Berlin eingehauen. **19.07.:** Und noch mehr Farbe und Steine für die SPD in Berlin. **20.07.:** Nach Hausdurchsuchungen in Greifswald fliegt Pyro auf ne Bullenwache in Rostock. **22.07.:** In der ehemaligen Friedel 54 wird ne frisch sanierte Wohnung demoliert. **23.07.:** Steine für ein AfD Büro in Bad Liebenstein. **25.07.:** Überwachungskameras am Bahnhof Buir sabotiert. **27.07.:** Farbe und kaputte Fenster Bei einer Bank in München. **27.07.:** 4x platte Reifen beim O-Amt in Berlin. **28.07.:** Farbe



menbruch der Regierungsmaschinerie entfernt. Entweder gelingt es uns in den kommenden Monaten, den notwendigen Kurswechsel herbeizuführen, oder die kommende Apokalypse wird umso schwerwiegender treffen, in einer Intensität, die in den sozialen Medien bisher nur vage angedeutet wurde.

Die Frage ist daher: Was bedeutet es eigentlich, das System zu stürzen? Es ist klar, dass dies nicht die Wahl neuer Abgeordneter bedeuten kann, da das Scheitern des derzeitigen Regimes auch das Scheitern des repräsentativen Systems ist. Das System zu stürzen bedeutet, nach und nach auf allen lokalen Ebenen den materiellen und immateriellen Ausdruck dessen, was wir Leben nennen, in die eigenen Hände zu nehmen, denn die gegenwärtige Organisation unseres Lebens ist die eigentliche Katastrophe.

Wir dürfen keine Angst vor dem Unbekannten haben. Noch niemals haben Millionen von Menschen einfach zugeschaut, wie andere verhungert sind. So wie wir alle in der Lage sind, uns horizontal zu organisieren, um Straßen zu blockieren, sind wir auch in der Lage, uns für eine vernünftige Lebensweise zu organisieren. So wie der Aufstand lokal organisiert ist, werden auch lokal die

Lösungen gefunden werden. Die „nationale“ Ebene ist nur das Echo der lokaler Initiativen.

Wir haben es satt, jeden Cent zählen zu müssen. Die Regeln der Wirtschaft sind die Regel des Elends, weil sie die Regeln der Kalkulation sind. Was an den Straßensperren, auf den Straßen und in allem, was wir in den letzten drei Wochen getan haben, so schön ist, ist die Art und Weise, wie wir es getan haben. Und das wir bereits gewonnen haben, da wir nicht mehr zählen, weil wir aufeinander zählen. Wenn die Sache um die es geht, die der lokalen Lösung ist, wird die Frage des rechtlichen Besitzes der Infrastruktur des Lebens lediglich zu einem Detail. Der Unterschied zwischen den Leuten und denen, die sie regieren, ist, dass die Leute keine Wichser sind.

Anmerkungen: Dies ist eine sinngemäße Übersetzung eines Artikels der nach den letzten Aktionen und Unruhen in Frankreich am 3. Dezember auf Lundi Matin (1) erschien. Die Übersetzung erfolgte aus der englischen Übersetzung, die auf Winter OAK (2) veröffentlicht wurde.

(1) <https://lundi.am/Prochaine-station-destitution>

(2) <https://winteroak.org.uk/2018/12/03/france-on-the-brink-either-we-topple-the-system-or-it-will-crush-us/>

und Steine beim Büro des Knästebauers Implenia in Hamburg. **31.07.:** Ein Auto vom Knastcaterer Sodexo brennt in Berlin. **02.08.:** Nochmal Glasbruch bei einem Immobilienheini in München. **02.08.:** Naziladen MuscleMakers in Hamburg entglast und eingefärbt. **04.08.:** Platte reifen bei AfD Landtagspolitiker in Lüneburg. **08.08.:** Lkw von DB Schenker brennt in Berlin. Schonmal warmmachen für den Erdogan Besuch. **10.08.:** In Berlin brennt der Porsche des mutmaßlichen Besitzers der Rigaer 94. **19.08.:** In Freiberg klirrt es bei der AfD. **21.08.:** Eine CDU Karre fackelt in

Ein Anarchist aus Archangelsk zündete eine Bombe im FSB Gebäude und stirbt dabei

Am Mittwoch, den 31. Oktober gegen 9 Uhr morgens zündete im FSB Gebäude von Archangelsk der 17 Jährige Anarchist Mikhail Globitski eine selbstgebaute Bombe. Bei dem Angriff wurde 3 FSB Offiziere verletzt, Mikhail Globitski starb durch die Detonation.

Kurz vor dem Angriff tauchte in einer offenen anarchistischen Telegramm Gruppe eine Nachricht auf:

„Comrades, es wird in diesem Moment einen Bombenangriff im FSB Gebäude von Archangelsk geben. Ich übernehme die volle Verantwortung. Die Gründe sind uns allen klar. Der FSB ist ausser Kontrolle – sie erfinden Straftaten und foltern Menschen foltern, deshalb habe ich beschlossen es zu tun. Da die Bombe durch einen Knopf aktiviert wird, den ich drücken muss, werde ich höchstwahrscheinlich sterben. Deshalb bitte ich euch diese Information zu verbreiten wer es getan hat und warum.

Es sieht so aus als wärs das. Ich wünsche euch Stärke und das ihr das Ziel ohne Kompromisse erreicht. Eine strahlende anarchistisch-kommunistische Zukunft euch allen!“

Journalist*innen und Menschenrechtsorganisationen hatten erst kürzlich darauf hingewiesen dass der FSB eine Blankovollmacht zum foltern von Verdächtigen erhalten hat. Diese Schlussfolgerung wurde auf Grund der Aussagen von Dutzenden Folteropfern aus ganz Russland

getroffen. Am bekanntesten ist der „Netzwerk“ Fall, in dem die meisten Festgenommenen aussagen, dass sie durch die Anwendung von Elektroschocks, Drogen und physischer Gewalt gefoltert wurden. Dieser Fall wird durch einen weiteren Skandal begleitet. Ein Video zeigt 17 Gefängniswärter die gemeinsam einen Gefangenen zusammenschlagen der an einen Tisch gefesselt ist.[1]

Mit all diesen Ereignissen ist es keine Überraschung, dass eine Angriff auf das FSB Gebäude stattgefunden hat. Einige Anarchist*innen weisen darauf hin, dass nach einem solchen Angriff eine neue Welle der Repression bevorsteht, da der russische Staat seiner Tradition nachkommt Vergeltung zu üben.

Es ist traurig, dass die politische Situation so krass ist, dass es Menschen zu solchen Taten bewegt.

Und zugleich ist es beeindruckend so entschlossene Menschen zu sehen.

Wir sind in Gedanken bei Familie, Freund*innen und Gefährt*innen.

ABC Dresden

1: <https://www.youtube.com/watch?v=JpvoNp321Z4>

Athen: Granatenangriff auf Polizeistation

Der folgende Text ist zwar schon einige Monate alt, die Übersetzung aber bisher noch nicht veröffentlicht. Seine Aktualität besteht in den laufenden Diskussionen um Solidarität mit unseren Gefangenen, die in Deutschland noch ausbaufähig ist. In dem hier genannten Fall aus Griechenland wurde die Forderung von Konstantinos Giagtozoglou vor allem durch die militante Kampagne durchgesetzt.

Dokumentation: „Athen: Bekennerschreiben der Revolutionären Bewaffneten Kräfte zum Granatenangriff auf die Polizeistation von Kaisariani

Wir übernehmen die Verantwortung für den Granatenangriff gegen die Polizeistation Kaisariani im Morgengrauen von Montag, 26. Februar (2018), als direkte und erste Antwort für die beispiellose und gewaltsame Entführung und Verlegung des Genossen Konstantinos Giagtozoglou vom Gefängnis Korydallos in das Gefängnis Larissa, um seine Moral zu brechen, während er sich bereits seit

dem 21. Februar im Hungerstreik befand. Dieser Versuch des Staates schlug fehl, nach dem der Genosse am Sonntag, 25. Februar, zu einem Durststreik eskalierte.

Unser Angriff wurde als Teil einer Serie unterschiedlicher und offensiver Aktion ausgeführt und um diese zu eskalieren, in Verbindung mit der Eskalation des Streiks und dem Aufstand im Gefängnis Korydallos mit einem direkten anarchistischen Angriff außerhalb der Mauern. Der Staat würde gut daran tun zu realisieren, dass auf jede gegen einen inhaftierten Anarchisten erhobene Hand, eine unserer Hände sich erheben wird, um die Tempel der Herrschaft zu zerstören und die Angst ins Lager der Autorität zu bringen.

Unsere Aktion war nicht symbolisch. Sie war bestimmt, das Herz des repressiven Apparates zu treffen und den falschen Schleier seiner Sicherheit zunichte zu machen. Die direkte anarchistische Aktion greift jede Machtstruk-

Bitterfeld ab. **21.08.:** 13 Liter Benzin-Öl-Gemisch sollen der Anfang sein, die unbehelligte und angstfreie Existenz der DGAP als Politikberaterin der deutschen Kriegsgesellschaft zu beenden. Damit es uns zukünftig gelingt, die Sicherheit kriegsführender Nationen in Unsicherheit der Verantwortlichen, die Regierbarkeit der Menschen in Unregierbarkeit ihrer Gedanken und Taten zu verwandeln, wird es jedoch mehr als eines vereinzelt Brandesatzes bedürfen. Der unsere kann daher auch nur als weiterer Anknüpfungspunkt einer militanten Organisation verstanden werden, die für

tur an und versucht sie einzuschränken. So lange wie ihr die Angriffsziele bewacht und so lange ihr eure eigenen Stationen bewacht, so lange werden wir dort sein um sie zu zerstören.

Da gibt es einen schönen Widerspruch in unseren Aktionen. Während wir kämpfen um frei zu leben, riskieren wir unsere eigene Freiheit. Wir suchen keine Kompromisse oder längere Ketten, sondern den frontalen Zusammenstoß mit der Macht. Durch unsere Angriffe schaffen wir befreite Augenblicke. Wir erobern und gewinnen Sekunden der Freiheit, in denen eure Zeit gefriert und unsere beginnt. Wir sind eure Sicherheitslücken und ihr versinkt in Angst.

Verstand Körper und Seele für immer in den Kampf
Sofortige Erfüllung der Forderung der Verlegung des
Genossen nach Korydallos
Sieg dem Kampf der Gefangenen
Bewaffnete Revolutionäre Kräfte

PS: Es wurde versucht den Angriff zu verschweigen, nur um die Aktion der revolutionären Solidarität mit dem Genossen Konstantinos Giagtozoglou zu verheimlichen. Das wird uns überzeugen, unsere Wut in den kommenden Angriffen zu steigern. So wie die Raben der Regime-Schläger sobald sie eine revolutionäre Handlung angreifen, sicher sein können die Konsequenzen zu spüren.“

Brasilien: Der Chicago Boy und sein Präsident

Die Pläne von Bolsonaros künftigen Superminister Paulo Guedes erinnern an die Wirtschaftspolitik der Diktatur in Chile

Deutsche Wirtschaftskreise geben sich mit Blick auf den künftigen brasilianischen Präsidenten Jair Messias Bolsonaro hoffnungsfroh und verweisen dazu auf das Wirtschaftsprogramm seines Superministers in spe, Paulo Guedes. Guedes wirkte zur Zeit des Militärregimes von Augusto Pinochet als Dozent an der Universidad de Chile; seine Pläne ähneln der Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärdiktatur. Bolsonaro, der sich seit rund einem Jahr von Guedes beraten lässt, wird von der brasilianischen Wirtschaft bejubelt, nicht zuletzt vom brasilianischen Partnerverband des BDI, der Confederação Nacional da Indústria (CNI), in der deutsche Unternehmen eine starke Stellung innehaben. Deutsche Konzerne hatten bereits mit der brasilianischen Militärdiktatur kooperiert. Bolsonaros Sieg versetzt der Politik einer vorsichtigen Umverteilung zugunsten verarmter Bevölkerungsschichten den Todesstoß, für die die Präsidenten Lula da Silva und Rousseff standen und die im Kern schon mit dem kalten Putsch vom Mai 2016 beendet wurde – unter dem Beifall deutscher Unternehmer.

„Kein Flirt mit dem Sozialismus“

Mit dem Wahlsieg des ultrarechten Kandidaten Jair Messias Bolsonaro kommt in Brasilien eine beinahe eineinhalb Jahrzehnte währende Ära endgültig zum Abschluss, die Dutzenden Millionen verarmten Brazilianern eine spürbare Verbesserung ihrer desolaten Lebensverhältnisse gebracht hatte. In den Amtszeiten von Staatspräsident Lula da Silva (2003 bis 2010) und seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff (2011 bis 2016) war es der regierenden Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei, PT) gelungen, rund 24 Millionen Menschen – Bewohner des bitterarmen Nordostens und der riesigen Elendsviertel der Großstädte – der absoluten Armut zu entreißen. Vielen einst

weitgehend mittellosen Brazilianern gelang der Aufstieg in die unteren Mittelschichten.¹ Den treibenden Kräften dieser Entwicklung hat Bolsonaro, der seinen Wahlsieg jahrelangen konzentrierten Vorarbeiten ultrarechter Militärs verdankt², nun unerbittlich den Kampf angesagt. „Wir können nicht weiter mit dem Sozialismus, Kommunismus oder Extremismus flirten“, erklärte er in seiner ersten Rede nach der Wahl. Bereits im Wahlkampf hatte er angekündigt, soziale Bewegungen wie die Landlosenbewegung (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra, MST) sowie die Wohnungslosenbewegung (Movimento dos Trabalhadores Sem Teto, MTST) als „terroristische Vereinigungen“ verfolgen zu wollen.³ Seinen Wahlerfolg stützte Bolsonaro vor allem auf die meist weißen herrschenden Kreise des Landes, auf die weißen Segmente der Mittelschichten und auf ultrarechte evangelikale Pfingstkirchen, deren Anhängerzahl in Brasilien mittlere zweistellige Millionenhöhe erreicht.

Der kalte Putsch

Mit seinen Drohungen radikalisiert Bolsonaro den Kampf gegen die brasilianische Linke und die PT, den die herrschenden Kreise des Landes schon im Mai 2016 mit einem kalten Putsch gegen die gewählte Präsidentin Rousseff (PT) gestartet hatten. Rousseff war damals unter dem Vorwurf, sie habe gegen Haushaltsgesetze verstoßen, in einem weithin kritisierten Verfahren ihres Amtes enthoben worden. Die rechtsliberale Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB), die anschließend mit Michel Temer den Übergangspräsidenten stellte, hatte ausweislich geleakter Telefonmitschnitte vorab die Zustimmung der brasilianischen Militärführung zu dem kalten Putsch eingeholt; die Generäle hatten dabei zugesagt, den Umsturz zu „garantieren“⁴. Temer, dessen Regie-

sich selbst den Anspruch hat, eine Kontinuität zu entwickeln, die die eigene Sichtbarkeit und dann irgendwann auch Wirksamkeit sicherstellen kann. Schreiben autonome Gruppen **22.08.:** Buttersäure wird bei einer AfD Veranstaltung verkippt. **22.08.:** Verschiedenen Geldautomaten, Werbetafeln, Packstationen, Fahrkartenautomaten und zwei Vono-via Transportern werden im Gefahrengebiet Dresden Neustadt die Scheiben eingeschlagen. **24.08.:** In Berlin brannte eine Baumaschine der Firma Eurovia/Vinci und in Leipzig ein Auto derselben. Vinci und deren Abteilung für Ver-

rung ausschließlich aus weißen Männern bestand, hatte damals umgehend angekündigt, die Sozialprogramme der PT-Regierungen umfassend kürzen zu wollen. Dies hat er dann auch in die Tat umgesetzt.⁵ Allerdings ist es ihm nicht gelungen, sich den Korruptionsermittlungen zu entziehen, die die PMDB und bald auch ihn selbst erfassten. Anders als im Falle von Rousseff wurde gegen ihn freilich kein Amtsenthebungsverfahren angestrengt. Bereits Ende 2016 gab nur ein Zehntel der Bevölkerung an, mit seiner Amtsführung zufrieden zu sein; 2017 sank der Prozentsatz weiter, zeitweise auf drei Prozent. Bei Wahlen hätte Temer keine Chance gehabt.

„Effiziente Wirtschaftspolitik“

In der deutschen Wirtschaft ist bereits der kalte Putsch gegen Rousseff auf Zustimmung gestoßen. Dabei handelt es sich nicht um eine Marginalie: Die Bundesrepublik gehört zu den bedeutenderen Investoren und Handelspartnern Brasiliens; deutsche Konzerne wie VW do Brasil sind eine feste Größe in der brasilianischen Industrie. Das Auswärtige Amt beziffert den Bestand deutscher Direktinvestitionen in dem Land unter Einschluss von Reinvestitionen auf mehr als 20 Milliarden Euro – mehr als in jedem anderen lateinamerikanischen Land. Über 1.300 deutsche oder deutsch-brasilianische Unternehmen beschäftigen in Brasilien rund 250.000 Menschen und erwirtschaften einen Anteil von geschätzten zehn Prozent des brasilianischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Industriemetropole São Paulo ist seit Jahrzehnten einer der bedeutendsten Auslandsstandorte deutscher Firmen.⁶ Insofern hatte das ausdrückliche Lob für Präsident Temer aus deutschen Wirtschaftskreisen stets erhebliches Gewicht. So urteilte etwa Andreas Renschler, Vorstandsmitglied der Volkswagen AG, im Herbst 2017, die Regierung Temer habe „eine radikale Transformation des Landes“ begonnen, die den brasilianischen Markt nun „für die Zukunft viel attraktiver und wettbewerbsfähiger aufstellen“ werde.⁷ Gleichzeitig hieß es beim Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW), es sei „erstaunlich, was ein gutes Finanz- und Wirtschaftsteam in einer Regierung bewirken kann – auch wenn diese selbst höchst unbeliebt ist“. Präsident Temer sei es mit einer „effizienten und kohärenten Geld- und Wirtschaftspolitik“ in nur „einem Jahr gelungen, wieder Vertrauen zu schaffen“⁸ – ein „Vertrauen“, das unter den PT-Vorgängerregierungen gelitten habe.

Stehende Ovationen

Bereits im Sommer haben Kritiker darüber hinaus auf eine offenbar wohlwollende Billigung von Bolsonaros Politik durch in Brasilien tätige deutsche Unternehmen hingewiesen. Anlass war ein Auftritt Bolsonaros am 4. Juli vor der brasilianischen Confederação Nacional da Indústria (CNI), einer Partnerorganisation des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). In der CNI hätten deutsche

Unternehmen „ein sehr großes Gewicht“, vor allem über die Industrieverbände von São Paulo (FIESP) und von Rio de Janeiro (Firjan), hieß es in einer Stellungnahme des Dachverbandes der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre sowie der Kooperation Brasilien (KoBra), die wenige Tage nach dem Auftritt veröffentlicht wurde.⁹ Bolsonaro habe vor der CNI seine bekannten antidemokratischen, rassistischen, sexistischen und teilweise „offen faschistischen“ Positionen vertreten, hieß es weiter: Dafür sei er von einem großen Teil der Industrievertreter „mit stehenden Ovationen gefeiert“ worden. Ein Großteil der in Brasilien tätigen deutschen Firmen sei „Mitglied der verschiedenen CNI-Mitgliedsorganisationen“. Sie trügen den Kurs der CNI ohne jegliche Distanzierung mit. Das sei „absolut inakzeptabel“.

Pinochets Professor

Unbestimmt, aber doch hoffnungsfroh hat sich der LADW zuletzt im September in einem Rundschreiben zu der bevorstehenden Wahl geäußert. „Ein ‚Weiter so‘ tut es in Brasilien nicht“, befand VW-Vorstandsmitglied Renschler; das sei „ein Grund für Zuversicht!“¹⁰ Im selben Rundschreiben antwortete der brasilianische Ökonom Ricardo Sennes auf die Frage, ob „man sich vor den Wahlen in Brasilien fürchten“ müsse, zwar vertrete Bolsonaro „rechtsextreme“ Positionen: „Sein wirtschaftlicher Berater ist jedoch ultraliberal mit einem PhD der Universität Chicago und Erfahrungen von der Pinochet-Regierung in Chile.“¹¹ In Chicago lehrte, als Guedes dort studierte, Milton Friedman, dessen Wirtschaftsprogramm einige seiner Schüler („Chicago Boys“) unter der Militärdiktatur von Augusto Pinochet in Chile realisierten – mit einer radikalen Deregulierung und dem Ausverkauf jeglichen Staatseigentums. Bolsonaros bisheriger Wirtschaftsberater und künftiger Superminister für Wirtschaft, Industrie und Handel, Paulo Guedes, hat eine Zeitlang gleichfalls unter der chilenischen Militärdiktatur gearbeitet: als Wirtschaftsprofessor an der Universidad de Chile in Santiago, von der Oppositionelle zuvor kompromisslos entfernt worden waren. Seine bislang bekannten Pläne erinnern an die Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärdiktatur.

Kollaborateure

Deutsche Unternehmen haben damals mit diversen lateinamerikanischen Militärdiktaturen eng kooperiert – nicht nur in Chile, sondern etwa auch in Argentinien und in Brasilien. Für Brasilien ist vor allem der Fall VW do Brasil gut dokumentiert.¹²

von German Foreign Policy, 04.11.2018

1. Daniel Flesmes: Wahl in Brasilien: Rechtspopulismus auf dem Vormarsch. GIGA Focus Lateinamerika, Nummer 5. Hamburg, September 2018.

kehrsinfrastruktur Eurovia ist ein multinationaler Konzern der am Bau der Abschottungsanlagen gegen Migrant*innen in Calais, der Räumung des dortigen selbstorganisierten Geflüchtetenlagers Jungle, dem Bau des Flughafens auf dem Gelände der ZAD NDDL, dem Bau der WM-Stadien in Katar und vielen weiteren beteiligt. **28.08.:** In Flensburg wurde die Fassade des Amtsgerichts mit Bitumen schwer beschädigt. **28.08.:** In Hamburg brennt ein Transporter von Lidl aus Wut über die Arbeitsbedingungen bei Großkonzernen wie Kik und Lidl hier und weltweit. Es kommt nicht auf diesen

2. Siehe Amerika21: Rechtsextremer Bolsonaro - Zögling des Militärs in Brasilien. 27.10.2018.
3. Siehe Amerika21: Brasilien: Rechtsextremer Jair Messias Bolsonaro ist Präsident. 29.10.2018.
4. Siehe den German Foreign Policy-Beitrag bei Amerika21: Wende in Lateinamerika
5. Katharina Hofmann: Der Präsident knechtet die Schwächsten. zeit.de 04.10.2017.
6. Brasilien: Beziehungen zu Deutschland. auswaertiges-amt.de.
7. Andreas Renschler: Ja, Brasilien kann es! LADW Sunday Brief No 6. Oktober 2017.
8. Alexander Busch: Wirtschafts- und Geldpolitik schaffen Vertrauen. LADW Sunday Brief No 6. Oktober 2017.
9. Die Rolle und Verantwortung deutscher Firmen. kooperation-brasilien.org 0.6.07.2018.
10. Andreas Renschler: Ein „Weiter so“ tut es in Brasilien nicht - ein Grund zur Zuversicht! LADW Sunday Brief No 9. September/Oktober 2018.
11. Herr Sennes, muss man sich vor den Wahlen in Brasilien fürchten? LADW Sunday Brief No 9. September/Oktober 2018.
12. Siehe dazu Auf Blut gebaut (II).

“Ich bin Brasilianerin - und schäme mich dafür“

Es ist, als erstickten mich grobe Hände. Mein Nacken schmerzt. Ich beiße mir auf die Zunge, um nicht zu schreien. Ich habe Angst. Ich bin Brasilianerin - und schäme mich dafür. Ich bin zu Hause, verfolge die Proteste der Bewegung „Frauen gegen Bolsonaro“ auf den Straßen, ohne den Mut, selbst hinauszugehen.

Facebook ist eine Sache, die Straße eine andere. Freundinnen rufen mich zu den Protesten. Die Bewegung unter dem Hashtag #Er Nicht (#Ele Não) wächst Tag für Tag. Ich war nicht dort, und ich werde auch nicht hingehen, denn ich habe Angst, Opfer dieser Gewalttäter zu werden.

Dabei geht es um vieles, es geht darum, Brasiliens Verfassung zu verteidigen, die Kultur des Friedens und der Menschenrechte. Um den Glauben an die Kultur als Motor der sozialen Entwicklung. Es geht darum, mit der Straflosigkeit von rassistischer Kriminalität und Gewalt keinen Pakt einzugehen.

Ich wohne im Süden, in Santa Catarina. Das ist der Bundesstaat, wo 65 Prozent der Stimmberechtigten Jair Bolsonaro gewählt haben, mehr als in Brasilien insgesamt, wo er fast die Hälfte aller Stimmen erhielt. Schlimmer noch: In meiner Stadt triumphierte er mit 72 Prozent der Stimmen. Überall sehe ich Aufkleber, T-Shirts und Fahnen für den Kandidaten Nummer 17.

Seine Gegner nennen ihn in den sozialen Medien „den Unausprechlichen“, „Bolzonazi“ oder „Bastonaro“. Seine Anhänger aber feiern ihn als „Mythos“, „Hauptmann“ oder „Bolsomythos“. Ein vorgeblicher Held, der mit harter Hand gegen die Korruption kämpft, dann niedergestochen wurde und als Überlebender auf Fotos posiert, als seien seine Hände Waffen.

„Frau“ kommt im Wahlprogramm der Rechten nur einmal vor - bei den Vergewaltigungsstatistiken

Der „Hauptmann“, das sagen Millionen Brasilianer, wird es schaffen, Brasilien vor der Korruption zu retten und,

vor allem, vor der Arbeiterpartei PT. Bolsonaros Regierung wird in jeder Hinsicht Anschauungsmaterial bieten, besonders aus deutscher Perspektive. „Brasilien über alles. Gott über allem“, heißt ihr Motto. Es ist ein vom Nazismus inspirierten Plan, und das muss jemand von außen zeigen. Machen Sie Lärm! Und zwar vor dem zweiten Wahlgang, denn dieser könnte für die brasilianische Demokratie fatal sein.

Ich habe nicht nur Angst vor Bolsonaro oder seinem Vize, dem General der Reserve Antônio Hamilton Martins Mourão. Er kleidet sich wie Hugo Chávez und ließ verlauten, er werde einen „Rat der Notablen“ berufen, für eine neue Verfassung, ohne das Volk zu hören. Ich habe Angst vor diesem Volk. Es hat sein Ziel erreicht: Bolsonaros rechtsgerichtete Sozialliberale Partei (PSL) installiert 52 Abgeordnete auf Bundesebene. Vorher hatte sie kaum fünf!

Vor der Wahl hat Carlos Bolsonaro, einer der Söhne des „Hauptmanns“, auf Instagram ein Foto gepostet. Es zeigt einen homosexuellen Aktivist, der in Anspielung auf gängige Foltermethoden mit Striemen auf dem nackten Oberkörper, den Mund weit aufgerissen, eine Plastiktüte über dem Kopf trägt. In Rio veröffentlichte der Kandidat Rodrigo Amorim, den Bolsonaro unterstützt, ein Foto, auf dem er ein Straßenschild mit dem Namen von Marielle Franco zerstört. Die schwarze Stadträtin, eine Schwulen- und Lesben-Aktivistin, wurde vor einigen Monaten ermordet. Amorim wurde trotzdem in den Landtag von Rio de Janeiro gewählt. Ich befürchte, dass einige Anhänger Bolsonaros sich die Rückkehr zur Folter wünschen.

Auf Youtube gibt es ein Interview des britischen Autors und Schauspielers Stephen Fry mit Bolsonaro, das Fry vor ein paar Jahren für die BBC führte. Darin sagt Bolsonaro, er wäre unfähig, einen Sohn zu lieben, wenn dieser homosexuell sei. Das ist grausam. Wer sind wir ohne Liebe? Noch größere Machos? Ehrwürdige Eltern? Idioten?

einen Wagen an, sondern auf die inzwischen jede Nacht irgendwo in Europa brennenden Fahrzeuge von Konzernen, die für das Funktionieren des Systems sorgen. **30.08.:** In Berlin wird eine Deutsche Bank, die vom Rüstungsgeschäft in der Türkei profitiert, von der Arbeitsgruppe Erdogan töten der Autonomen Gruppen entglast. Auch aus solidarität mit den kämpfenden Genoss*innen in Kurdistan finden die Scheiben einer weiteren Filiale in dieser Nacht ihren Frieden. **31.08.:** An der Kölner Penthousewohnung des Chefs einer der größten und fiesesten Immobilienunternehmen

Brasilien ist der Diktatur vor weniger als 30 Jahren entkommen. Viele Brasilianer haben noch immer nicht die Leichen ihrer Kinder oder ihrer Eltern gefunden. Diejenigen, die als Kinder miterleben mussten, wie ihre Eltern gefoltert wurden, berichten darüber, ohne gehört zu werden. Das scheint die meisten Leute nicht zu beunruhigen, Hauptsache, sie werden nicht mehr von der Arbeiterpartei regiert. Diese Menschen erkennen nicht, dass sie ein neoliberales Projekt der extremen Rechten an die Macht heben. Ein Projekt, das privatisieren will, was von den Unternehmen der öffentlichen Hand noch übrig ist. Eine Regierung, die sich vornimmt, die Ärmsten mehr zu besteuern und das Volk zu bewaffnen. Die keine Pläne vorweisen kann, wie sie die Wirtschaft auf Kurs bringen will, aber mit vielen Ausrufezeichen Heilsversprechen gibt. Die nicht mehr in die Kultur investieren will. In deren Wahlprogramm das Wort „Frau“ nur ein Mal vorkommt - in einer Statistik über Vergewaltigungen von Frauen und Kindern.

In dieser Ära Frau zu sein, war schwer

Die Vorstellung, als Frau unter einem faschistischen Regime leben zu müssen, erfüllt mich mit Schrecken. Die Bewegung „Erinnerungen der Diktatur“ hat festgehalten, dass Hunderte junger Brasilianer, die sich dem bewaffneten Kampf in den Sechziger- und Siebzigerjahren anschlossen, Gewalt und Folter erlitten. Lebendige Ratten in der Vagina. Vergewaltigung. Elektroschocks an den Genitalien. Ihre Kinder wurden in die Folterkeller gebracht. Nachdem sie ihre Eltern leiden sahen, verschwanden sie und wurden irgendwo ermordet. Unter dem Kommando dieser Operation war ein Oberst, der später von Bolsonaro geehrt wurde, als sei er ein Held.

In dieser Ära Frau zu sein, ob für oder gegen das Regime, war schwer. Das Gesetz gestand Frauen weniger Rechte zu als Männern. Noch in den Siebzigerjahren mussten Frauen ihren Ehemann oder Vater um Erlaubnis fragen, wenn sie arbeiten wollten. Sie durften seit 1932 wählen, mitbestimmen konnten sie jedoch nicht.

Viele verloren ihre Söhne, Brüder und Ehemänner. Es waren die Frauen, die die Suche nach den Körpern forderten, tot oder lebendig. Sie waren es, die Entschädigungen und die Bestrafung der Folterer vorantrieben. Sie bildeten die „Brasilianische Vereinigung der Mütter“. Sie ließen sich nicht zum Schweigen bringen.

Dass die verhasste Arbeiterpartei einen eigenen Kandidaten aufgestellt hat, hilft den Rechten

Mit der Verfassung von 1988 atmete die brasilianische Gesellschaft erstmals Demokratie. Aber mit Bolsonaro wird das Leben als Frau schwieriger werden, mit oder ohne erklärter Diktatur. Bolsonaro hat die Schändung des Straßenschildes für Marielle Franco durch einen Gesin-



nungsgenossen nicht kommentiert. Er ließ durchblicken, dass er Schwangere als Belastung für ihre Unternehmen sieht. Schwule und Lesben blieben nach seinem Willen von der Wirtschaft ausgeschlossen. Er wird sich nicht darum bemühen, dass Mütter leichter studieren oder arbeiten können.

Deshalb brachte die Bewegung „Frauen gegen Bolsonaro“ in meiner kleinen Stadt zweitausend Menschen auf die Straße. Einige unterstützten den Kandidaten der Arbeiterpartei, Fernando Haddad. Ich bleibe skeptisch. Als Anarchistin stößt mich die alte Politikerriege ab. Ich versuche, weiter zu blicken. In Brasilien hat oft der Vizepräsident de facto die Macht übernommen, und Haddads Kandidatin für dieses Amt ist Manuela D'Ávila, eine Kommunistin. Der Kommunismus hat hässliche Seiten, aber seine Projekte sind immer noch humaner als die von Bolsonaros General Mourão.

Dass die Arbeiterpartei für diese Wahl mit Haddad überhaupt wieder einen Kandidaten aufgestellt hat, ärgert mich wahnsinnig. Hätten sie nicht die Demut haben können, von Anfang an Manuela D'Ávila als Präsidentschaftskandidatin zu unterstützen? Aber nein. Hat die Arbeiterpartei nicht lange genug den Präsidenten gestellt - mit Lula da Silvas und Dilma Rousseffs Amtszeiten? Rousseffs Präsidentschaft endete in einer lähmenden politischen Krise.

Nun hat die vielen verhasste Arbeiterpartei wieder einen Kandidaten aufgestellt, obwohl sie damit dem „Unaussprechlichen“ eine Bresche schlägt. Ich sehe keinen Ausweg - außer dem zum Flughafen, ins Exil. Vielleicht ziehe ich auch in den Nordosten, jenen Teil des Landes, der Bolsonaro noch widersteht.

Katherine Funke , SZ, 16.10.18

Deutschlands (CG Gruppe) Chritoph Gröner werden die Scheiben eingekloppt. Hoch über der Stadt zu wohnen schützt nicht vor Hausbesuchen durch politische Gegner*innen. **06.09.:** In Leipzig klirren die Scheiben bei der Commerzbank. Nieder mit Erdogan! **10.09.:** 12 Scheiben und die Eingangstür gingen bei einem Angriff auf die sächsische Landesdirektion in Leipzig kaputt. Solidarität mit indymedia.linksunten! **12.09.:** In Frankfurt a. M. Brennt ne Bullenkarre. **12.09.:** Auch in Frankfurt a. M. Hauen Autonome gruppen die Scheiben vom Luxusmaklerbüro Von Poll ein. Wir

Von Deutschland nach Rojava

Sichtweise eines anarchistischen Jugendlichen aus der BRD

Das hier ist gleichzeitig eine Art letzter Brief, als auch eine Angriffserklärung. Es ist sowohl Bekennerschreiben, als auch persönliche Reflektion.

„Es gibt nur eine Sache, die größer ist, als die Liebe zur Freiheit. Der Hass auf diejenigen, die sie dir wegnehmen.“

Che Guevara

Ich fühle mich als Teil einer unterdrückten und wütenden Jugend, die man versucht, gewaltig zu verarschen. Während man von uns fordert, größt(un)mögliche Leistung zu erbringen, uns den Zwängen des Kapitals zu unterwerfen, die Normen und Werte dieser heuchlerischen Gesellschaft anzunehmen, nach oben zu buckeln und nach unten zu treten und uns selbst zu „optimieren“, sprich ohne Rücksicht auf unsere eigenen Bedürfnisse und ehrlichen Träume immer zu funktionieren, sollen wir das alles im Hinblick auf ein mögliches späteres „reiches“ Leben tun. Mal abgesehen davon, dass dieser Weg für nur einige ganz Wenige funktioniert, die von Anfang an in die richtigen Klassen hineingeboren wurden, oder die ihre Ellebogen am rücksichtslosesten einsetzen, während der absolute Großteil dabei auf der Strecke bleibt, sich sein Leben lang kaputtschuffen wird und dabei psychisch zugrunde geht, ist das, was uns da als erstrebenswert verkauft wird, in keinsten Weise ein Leben, was es zu führen wert ist. Für das Leben, das ich gerne führen würde, brauche ich nicht viel Geld, sondern Freiheit. Echte Freiheit, zu tun was ich mag, um mich frei entfalten und leben zu können. Nicht die falsche Freiheit, Andere ausbeuten und dafür Cocktails im Mercedes schlürfen zu können, wenn man es überhaupt bis dahin schafft. Ihr versucht uns Scheiße als Gold zu verkaufen!

In einigen Ländern Europas haben Teile der Jugend bereits begriffen, dass sie in diesem System nichts zu gewinnen und von dieser Welt nichts zu erwarten haben. In Frankreich, Griechenland, Italien und einigen anderen Standorten des Westens ist die Jugend dabei zu revoltieren und macht klar deutlich, dass sie dieses verlogene Spiel, das sie nur verlieren kann, nicht mitspielen wird. Ich fühle mich als Teil dieser „Ungovernable Generation“. Jedoch habe ich das Gefühl, damit hier weitestgehend auf verlorenen Posten zu stehen. Die Jugend, die eigentlich zuvorderst kämpfen und ihr Leben selbst in die Hand nehmen sollte, ist in diesem Land größtenteils ein Ausdruck von Ignoranz und Konservatismus und die Vollendung der neoliberalen Weltherrschaft. Ich merkte mit der Zeit, dass es auch von den ganzen „Linksradikalen“, „Anarchisten“ und „Revolutionären“ (fast) keiner wirklich ernst meint. Die meisten sind einfach feige Staatsbürger, die, auch

wenn sie gerne jammern und sich über die „Übel“ der Welt beklagen, im Grunde als passive Sklaven zufrieden sind. Deshalb für alle, die es ernst meinen und dieses Gefühl mit mir teilen:

**Der Aufstand ist das einzige,
was wir noch tun können.**

Die Realität der kapitalistischen Moderne hat eine Totalität erreicht, der mit „vernünftig mit den Leuten reden“ und dem Versuch des Aufbaus von Alternativprojekten nicht mehr beizukommen ist.

Der Einfluss von mittlerweile jahrzehntelanger Indoktrinierung durch einen ideologisch-technologisch-sozialen Machtkomplex hat sich tief in die Gesellschaft eingeschrieben. Wir scheinen an einen Punkt gekommen zu sein, an dem sich die Herrschaft neben einem sich zunehmend faschisierenden autoritären Polizei- und Überwachungsstaat vor allem auf die Kollaboration und Unterwerfung der Menschen stützt. Freiwillige Unterwerfung ist das Mantra unserer Zeit. Dazu braucht es nicht einmal unbedingt die offene Repression. Die Herrschaft dieser Welt ist soweit vorangeschritten, dass sie in den Menschen selbst zu stecken scheint. Sie hat die Moralvorstellungen pervertiert, beeinflusst die zwischenmenschlichen Beziehungen, verändert den Umgang miteinander/gegeneinander (die „radikale Linke“ nicht ausgenommen), lenkt die Bedürfnisse der Menschen und unterzieht alles dem Zwang der „Alternativlosigkeit“. Sie ist auch bis in die letzte Nische menschlichen Lebens eingedrungen und hat dort die Kontrolle übernommen. Nicht zuletzt durch seine technologisch-soziale Komponente hat das System die Menschen in den imperialistischen Metropolen dazu gebracht, seine ideologischen Diktate als eigene Werte anzunehmen und sich selbst eifrig zu einem Zahnrad zu verstümmeln, das mit der geringstmöglichen Reibung funktioniert.

Für mich scheint es in der hochtechnologisierten städtischen Gefängnisgesellschaft nur noch die Wahl zu geben zwischen vollständiger Unterwerfung oder vollständiger Revolte.

Es scheint mir pure Naivität und Blauäugigkeit, zu glauben, hier noch etwas beeinflussen oder zum Besseren lenken zu können und auf ein „Erwachen“ der Menschen zu hoffen. Schaut man sich die Auswirkungen dieser Welt der kapitalistischen Moderne auf die Menschen in den imperialistischen Metropolen an, auf wen will man da hoffen? Etwa auf diejenigen, die zwar mit erschöpften Augen auf die Welt schauen, sich in ironischem Fatalismus

sagen: Boden darf keine Ware sein, sondern gehört der Commune. Wohnen darf nicht dem Markt unterliegen, sondern ist ein Menschenrecht. Wer diese Verhältnisse unterstützt und fördert, kann Objekt unseres Widerstands werden. **13.09.:** Bei einer Marburger Burschenschaft werden sämtliche Kommunikationsleitungen gekappt. **15.09.:** Vor dem EU-Migrations-Regime-Treffens in Salzburg entglasen Anarchist*innen das Finanzministerium und werfen Stinkbomben. Ein Auto der Bundesimmobiliengesellschaft wird angezündet und die Hypo Bank beschmiert. **18.09.:** In

aber doch an die Ordnung halten? Auf die verbitterten Konsumenten und Kinder dieser unverfroren heuchlerischen, nach Geld verrückten Gesellschaft? Auf die Zyniker, die sich nichts Besseres für sich vorstellen zu können scheinen, als das, was ihnen die mit dem Hamsterrad hausieren gehende Gesellschaft anbietet? Oder auf die, die die Köpfe in den Sand des Idealismus stecken, um sich ihrer individuellen Fähig- und Möglichkeiten und den daraus folgenden Verantwortlichkeiten zu entziehen? Die Wahrheit ist doch, dass Allen die dem System inhärente, zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit dieser Welt bewusst ist, es sind nur die Meisten schon derart entfremdet und versklavt, dass es sie nicht einmal zu berühren scheint. Diese in der Gefängnisgesellschaft Eingeschlossenen klammern sich an den zunehmend totalitären und repressiven Staat wie ein Ertrinkender an einen Ast, da er die letzte Barriere zu sein scheint, die ihre Lebensweise noch schützt, inmitten der im Chaos versinkenden Welt. Einem Chaos, das jedoch von genau diesem Staat durch Krieg, Verarmung, Massenvertreibung, Zerstörung des Ökosystems usw. verursacht wird.

In einer derart verroteten Gesellschaft kann es keinen Aufbau geben, es muss erst der Abriss der alten Welt sein. Unsere Praxis sollte sein, eine anarchistische Verschwörung zu organisieren mit dem Ziel, alle Staaten Europas zu zerstören!

In Rojava und auch anderen kurdisch bewohnten Teilen des Mittleren Ostens findet derzeit ein Aufbauprozess statt, der aufgrund seines rätedemokratischen, emanzipatorischen und ökologischen Charakters als revolutionär bezeichnet werden kann.

Im Zuge des sogenannten „Arabischen Frühlings“ brachen 2011 auch in Syrien Proteste gegen das autoritäre Assad-Regime aus. Der mehrheitlich kurdisch bevölkerte Norden Syriens war dabei eine der oppositionellen Hochburgen. Mit der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste und der Bewaffnung vieler verschiedener Gruppen entwickelte sich der Protest schon bald zu einem Bürgerkrieg, in dem verschiedenste Gruppen verschiedenste Ziele verfolgen.

Als die syrische Regierung Ende 2013 die Kontrolle über die Regionen an der Nordgrenze des Landes aufgab und ihre Truppen abzog, übernahmen die YPG/YPJ dort Stück für Stück die Kontrolle, in dem sie den sogenannten IS heldenhaft und unter großem Opfern vertrieben. Jedoch verlor das Regime nicht nur militärisch die Kontrolle über Rojava, sondern mit dem Zusammenbruch und Zerfall der staatlichen Institutionen und Infrastruktur auch politisch und es kamen die schon zuvor in der Region existierenden Strukturen der kurdischen Kräfte zunehmend zum Tragen und versuchten die gesellschaftliche Verwal-

tung zu übernehmen. Anfang 2014 wurde dann in den drei Kantonen Cizîrê, Kobanê und Efrîn nacheinander die Selbstverwaltung etabliert. Seitdem wird nach dem von Öcalan entworfenen Konzept des Demokratischen Konföderalismus unter den schwierigen Bedingungen des Krieges versucht, mit anderen in der Region lebenden Volksgruppen ein neues autonomes und demokratisches Gesellschaftsmodell aufzubauen.

Öcalan schreibt, dass ein Chaosintervall, welches er als chaotischen krisenhaften Prozess beschreibt und welches sich qualitativ von den „normalen“ Krisen des Kapitalismus abhebt, die notwendige Voraussetzung für radikale Veränderung darstellt. Symptom eines solchen Chaosintervalls ist z.B. der staatliche Zerfall, wie er aktuell im Mittleren Osten nicht nur in Syrien zu beobachten ist.

Laut Öcalan sind wir gerade Zeuge davon, wie im Mittleren Osten der Staat als Institution dort, wo er vor 6000-7000 Jahren in Mesopotamien auch entstanden ist, in seine größte Krise gerät und Auflösungserscheinungen zeigt. Natürlich ist das alleine keine Garantie für gesellschaftlichen Fortschritt, aber das Zerfallschaos eröffnet uns die Möglichkeit, Territorium zu übernehmen. Dort liegt es dann an uns, was wir aus unserem Territorium machen und daran, die Form, welche das Chaos annehmen wird, zu beeinflussen.

„Das Leben in unsere eigenen Hände zu nehmen bedeutet, fähig zu sein, uns selbst zu schützen aus Gründen der Selbstachtung. Es bedeutet Gegenangriff für die Anarchie.“
- Unbekannte aus Athen

Jedoch wird hier in den imperialistischen Zentren, den Metropolen des Kapitals - angesichts der wachsenden Übermächtigkeit und Stärke des Staates und der Verbundenheit großer Teile der Bevölkerung mit seiner Welt – der Staat nicht von selbst zerfallen. Die Tatsachen, dass Staaten hier gewachsen sind und nicht wie im Mittleren Osten willkürlich geschaffen wurden, somit auf einem starken Narrativ beruhen, das durch große Teile der Bevölkerung geglaubt und reproduziert wird, dass eine (kleiner werdende) Mehrheit der Bevölkerung tendenziell noch Profiteur*innen sind, da der Staat die von ihm produzierten aufkommenden Krisen immer wieder auf Andere abwälzen kann und dass das deutsche Bürgertum traditionell eher faschistoid als aufständisch eingestellt ist, machen es sehr unwahrscheinlich, dass wir in den nächsten Jahren Zeugen von staatlichen Auflösungserscheinungen werden - unser Chaosintervall müssen wir selbst herbeiführen!

Den Staat angreifen, zur insurrektionellen Propaganda und um ihn logistisch zu schwächen. Ihn in Communiqués politisch diffamieren. Ihn immer mehr in seine Wider-

Solidarität mit den Menschen im Hambi gibt's Steine und Farbe für eine Bullenwache in Flensburg. **18.09.:** In Leipzig klirren die Scheiben bei einer Deutschen bank und einem nahegelegenen CDU Büro. Solidarität mit Afrin! **18.09.:** In Köln wird ein Schaufenster mit einem Antiabtreibungsplakat eingeworfen. **18.09.:** Ein Mini Einschussloch findet sich beim Putzen der Scheibe des AfD Büros in Riesa. **19.09.:** Die Ilya Romanov Zelle der FAI-IRF legt Feuer beim Trainingszentrum des Innenministeriums in Kiew. **19.09.:** In Leipzig wird ein Auto von Siemens abgefackelt. Uns ist es nicht möglich

sprüche verwickeln, die Lage zuspitzen, ihn politisch und logistisch in seine größte Krise treiben. Aufständische Aktionen wie Sabotage, Plünderungen/Enteignungen, Vandalismus, gezielte Angriffe (insbesondere auf Orte deutsch-türkischer Zusammenarbeit) etc. durchführen.

Den sozialen Krieg eskalieren, denn wenn die Bevölkerung polarisiert wird zeichnen sich die Fronten klarer ab und es kann die Verbundenheit und Unterstützung für den Staat deutlicher als das gesehen werden, was sie ist: aktive Teilnahme an der Unterdrückung und Repression. Dann wird sich auch zeigen, wer aus der Bevölkerung letztendlich bereit ist zu kämpfen und für wen aus der „linksradikalen Szene“ das alles von Anfang an nur theoretische Überlegungen waren, um sich bei der eigenen Integration ins System trotzdem noch moralisch überlegen fühlen zu können.

Natürlich besteht der Aufstand nicht nur aus der Militanz auf der Straße, wir brauchen insurrektionelle Parallelstrukturen, sonst bleibt das ganze eine Eintagsfliege. Um einen deutschen Anarchisten, der in der YPG kämpft zu zitieren: „Heute ist nicht die Zeit, um zuhause zu sitzen und über das, was sein könnte zu fantasieren, heute heißt es Aufstand und Widerstand.“ Jedoch nicht aus purem Altruismus, moralischer Erhabenheit oder irgendeiner revolutionären Pflicht heraus. Sondern für uns selbst. Um uns von dieser Welt, die uns fesselt und entfremdet, die uns verzweifelt und depressiv macht und die uns für Träume und Verlangen, die wir haben, bestraft und ausschließt, zu befreien. Durch die Zerstörung dieser Welt. Im Riot fühle ich etwas Großes, was über mich hinausgeht. Du denkst nicht mehr, du wirst dich selbst los, du handelst nur noch und diese Handlungen sind ehrlich. In dieser falschen, verlogenen, heuchlerischen Welt finden wir Ehrlichkeit im Abriss all dessen, was uns so kaputt macht und uns so verhasst ist. Dabei sollten aus meiner Sicht gerechterweise Frauen* zuvorderst angreifen dürfen.

*„Nobody wants to talk to me
but everyone wants to walk with me
yeah i've always been that kid
maybe i won't be if i lived
long enough but i think i'ma die now
i just keep it to myself and try not to cry too loud“*
- Lil Peep

Das Grausamste an der herrschenden Welt ist für mich, was sie mit unserer Psyche und unseren Emotionen macht. Sie fügt Manchen von uns mit Worten nicht zu beschreibende innere Schmerzen zu. Menschen werden in diesem System zunehmend isoliert und verkümmern als einsame, belanglose Individuen. Diese Welt lässt sie sich alleine und verlassen fühlen und ihre Existenz als eine einzige

Sinnlosigkeit erleben. Uns wird das Gefühl gegeben, nichts wert zu sein und einige von uns gehen an Depression und Selbstzweifeln zugrunde. Viele entwickeln Schutzmechanismen dagegen, härten ab, werden taub, gefühllos, rücksichtslos, zynisch, fangen an, das Verhalten zu reproduzieren, das sie einmal so verletzt hat. Andere fühlen sich zu schwach – was nichts Schlechtes über sie aussagt – haben Angst, ziehen sich zurück, verzweifeln, wollen nicht mehr leben. Die Meisten versuchen zu verdrängen. Für Viele ist das Leben in diesem System ein täglicher Kampf mit den eigenen Gefühlen und Gedanken. Viele haben traumatisierende Erfahrungen hinter sich. Alle stehen unter Leistungszwang, unter innerer Anspannung angesichts des Drucks, funktionieren zu müssen, obwohl sie sich innerlich eigentlich nur nach Ruhe und Frieden sehnen.

Viele fühlen sich kraftlos, haben das Gefühl, einfach nicht mehr weiter zu können. „Burnouts“ nehmen zu, Suizide nehmen zu. Ich denke, dass es mehr Menschen so geht, als das zugeben wollen. Mir geht es so.

*„We are not in the least afraid of ruins.
We are going to inherit the earth.
We carry a new world here, in our hearts.
That world is growing in this minute.“*
- Buenaventura Durruti

Ich spreche die ganze Zeit von „dieser Welt“. Damit meine ich die herrschende Welt, in der wir auf dieser Erde leben. Es wäre auch eine andere Welt auf dieser Erde möglich. Ich benutze den Begriff, weil angesichts der Annahme und Reproduktion der Herrschaft durch viele Menschen, vor allem auf der psychisch-emotionalen Ebene, es zu kurz gegriffen wäre, zu behaupten es sei nur der Staatsapparat, der uns beherrscht, denn es ist auch das Soziale. Die meisten Menschen, auch viele „Genossen“, reproduzieren die herrschende Mentalität und daraus folgende Verhaltensweisen, Habitus und Umgang miteinander und tragen einen großen Teil zu den Leiden derjenigen bei, die noch ehrlich fühlen und die Härte und Kälte des Systems nicht aushalten.

Das ist der Hauptpunkt, der sich im Aufstand von Anfang an ändern muss. Diejenigen, die es ernst meinen und entschlossen sind, als eine Art Metropolen-Guerilla den Kampf David-gegen-Goliath gegen den Staat und seine Welt zu führen, dürfen im Aufstand nicht verrohen und die patriarchale Kultur der Männlichkeit und Härte reproduzieren. Vielmehr sollten wir versuchen, den Geist dessen, für was wir kämpfen, schon im Kampf in uns zu tragen und durch die insurrektionelle Praxis wahre Hevalfî, echte Kompliz*innenschaft entstehen zu lassen. Dazu gehört, Rücksicht aufeinander zu nehmen, ehrlich zu sein,

Erdogan oder seine Politik direkt anzugreifen, dazu fehlen uns meist die Mittel, der Mut und die Ideen. So beschränken wir uns auf halbwegs passende Ziele an denen wir unsere Wut über die Verhältnisse rauslassen. **20.09.:** In Berlin wird ein Auto von den Immobilienfritzen und Verdrängern von Stadt und Land tiefer gelegt und beschmiert. **20.09.:** 50 Farbbomben sorgen für Freude an der Fassade des Ausbildungszentrum von Westnetz in Plaidt. Eine Tochterfirma von RWE. **23.09.:** In kämpfender Solidarität mit allen Menschen, die von den Schreibtischtäter*innen der General-

auch mal Schwäche zuzulassen, Geschlechterrollen, sowie die Konkurrenz untereinander zu überwinden und aufzuhören neoliberal-kapitalistische Logik und bürgerliche Eigenschaften zu reproduzieren.

*„If you can't find something to live for,
you best find something to die for.“*
- Tupac Shakur

Den Angriff des faschistischen türkischen Staates auf Afrin begreife ich als einen Angriff auf mich selbst und auf alle Revolutionäre weltweit. Es ist nicht bloß Zufall, dass alle großen Mächte des Systems dem faschistischen Angriffskrieg der Türkei ihre stille Zustimmung durch Schweigen bis offene Unterstützung durch Waffenlieferungen und die Verfolgung kurdischer Revolutionäre in der Diaspora geben. Sie wollen das revolutionäre Projekt Rojava vernichtet sehen, genauso wie alles andere revolutionäre und aufständische weltweit. Dieser Angriff ist nicht nur eine kurdische Angelegenheit, sondern er gilt allen, die gegen die herrschende Ordnung dieser Welt kämpfen. Es ist der Krieg der Mächtigen und ihrer dummen Diener gegen alle, die sich nicht unterwerfen wollen.

*Ich werde dieser Welt nie verzeihen,
was sie mit mir gemacht hat.*

Die Entscheidung nach Rojava zu gehen um ein Revolutionär zu werden ist sowas wie mein persönlicher/individu-



eller Aufstand und der Ausbruch aus dem Gefängnis, das die Herrschenden in Europa um unseren freien Geist gebaut haben. Es ist der Entschluss, mich zu erheben und zu kämpfen, anstatt mich zu unterwerfen und aufzugeben. Ich will hier lernen, Perspektiven entwickeln und unseren größten revolutionären Hoffnungsschimmer verteidigen!

*No one is coming to save you, comrade!
Do Insurrection Now!
Liberation from everything!
Long live anarchy!*

Serhildan Ciwan
März 2018

Kobane und die Rolle der Frauen

Interview mit Rojin Evrim über den Widerstand in Kobane und die Rolle der Frauen

Vor vier Jahren waren die Augen der gesamten Welt auf Kobane gerichtet, wo die Selbstverteidigungskräfte YPJ und YPG gegen Daesh kämpften. Die Befreiung Kobanes war nicht nur ein militärischer Sieg, sondern auch die Demonstration einer starken antifaschistischen Selbstverteidigung und ein Vorbild einer freien, auf Basisdemokratie und Frauenbefreiung beruhenden, Gesellschaft. Der erste November wurde als Weltkobanetag ausgerufen, um das Erbe dieses Widerstandes geltend zu machen, der auf Selbstorganisation von Frauen und einer breiten Partizipation der Menschen in der Verteidigung ihres Landes basiert. Die Erinnerung an Kobane inspiriert uns ebenso dazu unseren Kampf für die Befreiung Afrins, gegen die Angriffe der Türkei, für die Freiheit Abdullah Öcalans und aller politischen Gefangenen fortzuführen, wie auch dazu das Andenken der Sehids, die im Kampf gefallen sind, lebendig zu halten.

Heute, vier Jahre nach dem Widerstand von Kobane, geht der Widerstand gegen die Attacken des türkischen Staates weiter. Die jüngsten Angriffe haben bereits ihre Sehids gefordert und Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen; das türkische Militär feuert Mörser und schießt mit Panzern auf die grenznahen Dörfer bei Kobane und Gire Spi. Die Menschen wehren sich mit SDF, YPJ und YPG, zerstören türkische Fahrzeuge. Während die Internationale Koalition vor vier Jahren eine klare Haltung gegen die Attacken von Daesh hatte, bleibt es nun still, sogar trotz klarer Beweise einer Koordination zwischen Angriffen von Daesh und vom türkischen Militär. Um an Kobane zu erinnern und um uns für die Fortführung unseres Kampfes zu inspirieren, geben wir das Wort an Rojin Evrim, Kommandantin der YPJ und eine der Kommandantinnen, die in Kobane gekämpft hat.

Heval Rojin, was war deine Rolle in der Bewegung in der Zeit des Kobane-Widerstands und wie hast du entschieden dorthin zu gehen?

staatsanwaltschaft schikaniert, erniedrigt und eingesperrt werden, wurde die Generalstaatsanwaltschaft in Hamburg mit Steinen und Farbe bedacht. **24.09.:** Einen Akt der Menschlichkeit verüben namenlose Abschiebegegner*innen als sie mehrere Signalkabel der Bahnverbindungen zum Düsseldorfer Flughafen sabotieren. In den frühen Morgenstunden fällt der gesamte Zugverkehr zwischen Leverkusen, Düsseldorf und Duisburg aus. Die Realität von Abschiebungen ist „alltäglich“ geworden. In einer zunehmend nach rechts driftenden politischen Landschaft, in der sich der Ausschluss

Als Kobane anfang war ich als Kämpferin und Kommandantin in der YPJ eingesetzt in der Nähe von Kobane. Ich habe mich dem Kampf am vierten Tag angeschlossen, als Daesh noch außerhalb Kobanes in den umliegenden Dörfern war. Wir wollten sie dort mit den Kräften der YPG und YPJ und mit anderen Freiwilligen von vielen verschiedenen Orten, speziell aus Nordkurdistan, aufhalten. Viele Frauen und junge Menschen kamen nach Kobane, um als Freiwillige zu kämpfen.

Was war die Rolle der Frauen in Kobane?

Für uns war es sehr wichtig als Frauen unseren Platz im Krieg einzunehmen, weil wir wussten, dass Daesh insbesondere Frauen angriff. Von anderen Orten von Daesh wussten wir, dass sie keine Grenzen der Unterdrückung der Frauen kennen, sie töteten und vergewaltigten. Deshalb war es für die Freundinnen so wichtig, ihren Platz in diesem Krieg einzunehmen, um Daesh an der Front aufzuhalten. Weil wir nicht genügend Kräfte hatten, konnten wir Daesh nicht in den Dörfern aufhalten. Wir wiesen die Bevölkerung an, die Dörfer zu verlassen und ins Stadtzentrum von Kobane zu kommen. Die Menschen aus den Dörfern warteten in einem Camp an der Grenze, um in den Norden Kurdistans zu gehen und die Stadt wurde sehr schnell leer. Auf der anderen Seiten der Grenze halfen viele Menschen weiterhin den Kämpfer*innen; sie gaben Informationen über Positionen des Feindes und halfen uns, uns zu koordinieren. Trotz dass es nun sogar einfacher für Daesh war, Kobane zu erreichen, gab es in einigen Dörfern immer noch Widerstand und die Freund*innen haben großartig gekämpft. Als der Krieg noch sehr am Anfang war, machte eine Freundin eine Sacrifice-Aktion und stoppte Daesh für einige Tage. Diese Art von Angriff war gegen Daesh sehr effektiv, denn wegen der Unterdrückung gegen Frauen, waren wir Frauen es, die sie stoppen mussten. Es waren dort Saboteurinnen und Scharfschützinnen genauso wie Frauen, die schwere Waffen benutzten. Daesh wusste, dass sie mit Frauen kämpften, was sie wahnsinnig machte, denn für sie sind Frauen nur Körper, die benutzt werden und deren Zweck es ist, Kinder zu bekommen und für sie zu kochen. Aber wir haben dies genutzt, um sie psychologisch zu zerstören. Sie denken, dass du direkt in die Hölle kommst, wenn du von einer Frau getötet wirst und das machte ihnen Angst vor den Kämpferinnen. Häufig versuchten sie die männlichen Freunde damit zu beschämen, dass diese sich hinter Frauen verstecken würden, dass sie nicht stark genug wären, um selbst zu kämpfen. Aber natürlich ließen die Freunde sich nicht provozieren und kämpften später an der Seite der Frauen, gemeinsam. Daesh kam nach Sengal, in seiner stärksten Zeit, nach Kobane. Sie hatten viele schwere Waffen genauso wie chemische Waffen und Panzer. Es war nicht leicht gegen sie zu kämpfen, da sie uns zahlenmäßig überlegen waren

und stärkere Waffen hatten. Kobane war umzingelt und die Freund*innen konnten nichts von außerhalb erhalten. Es war nicht möglich, irgendwelche schweren Waffen zu bekommen, also mussten wir mit dem kämpfen, was wir hatten. Dieser Punkt war sehr schlecht; wir kämpften in den Häusern mit unseren Kalashnikovs, während sie das ganze Haus bombardierten. Wir haben noch immer stets auf unsere verwundeten Freund*innen und unsere Sehids Acht gegeben, wenn es möglich war. Keine guten Waffen zu haben, war ein sehr großes Problem und erlaubte es Daesh, Kobane mit Panzern zu umzingeln. Aber in der Stadt konnten sie mit ihnen nicht schießen, weil sie eine größere Distanz zum feuern brauchen. Später versuchten sie Mistenur zu besetzen, ein strategisch guter Punkt, von wo aus du ganz Kobane sehen kannst. Die Besetzung wurde wie ein Genozid, an einem Tag wurden mehr als 300 Freund*innen verletzt und 100 sind als Sehid gefallen. Da hat Sehid Arin Mirkan ihre Sacrifice-Aktion gemacht, um die Panzer von Daesh zu stoppen, was den Freund*innen viel Moral und Stärke gab, um ihren Kampf fortzuführen. Nachdem Minstenur gefallen war, mussten wir sogar noch weiter zurück rücken. In diesem Moment waren 80% der Stadt unter der Kontrolle von Daesh. Wir schützten den Rest der Gegend, indem wir zunächst zur östlichen und westlichen Seite eine Grenze zogen, aber später kam Daesh auch über die türkische Grenze. Die Freund*innen haben sehr gut gekämpft und hielten die Linie sehr stark, um sie nicht passieren zu lassen. Um das Andenken an diesen Widerstand zu erhalten, wurde dieser Teil Kobanes so gelassen, wie er nach dem Krieg war, ohne Wiederaufbau. Etwas anderes, was den Freund*innen half, war Guerilla-Gruppen zu schaffen. Saboteur*innen, Scharfschütz*innen und Bataillone von Freund*innen schlichen hinter Daesh und griffen sie dort an. Während Freund*innen mit ihnen im Stadtzentrum kämpften, waren andere Freund*innen in den Dörfern, sprengten ihre Fahrzeuge, Panzer und ihre Waffendepots. Dies gab den Freund*innen in der Stadt Raum zum Atmen. Nach einem Monat Guerillakampf befreiten die Freund*innen in der Stadt schließlich Mistenur und die Situation wendete sich.

Nach sechs Monaten des Widerstands an der gleichen Linie, war dieser Moment für die Moral der Freund*innen sehr wichtig. Es fing an, dass mehr und mehr gute Nachrichten kamen; Straße für Straße, Haus für Haus befreiten die Freund*innen ganze Nachbarschaften und die Moral wuchs weiter. Von Anfang bis Ende des Krieges kämpften Frauen als YPJ gegen Daesh. Weil die YPJ das Andenken der Demokratischen Moderne ist, können wir sie nicht nur als eine Armee betrachten. YPJ ist nicht nur eine wunderschöne Frauenarmee, sie ist das Andenken an die natürliche Gesellschaft, die nun gegen die Kapitalistische Moderne kämpft, den Feind.

und die Menschenverachtung zum herrschenden Normalzustand verfestigen, müssen wir den bewussten Versuch, diesen Normalzustand im Protest zu durchbrechen, als Akt der Menschlichkeit werten. Störungen des Normalen sind immer unpopulär und gestört wurde hier heute morgen jedermann. Jedermann – also wir alle – müssen aber auch mitentscheiden, wie es hier weitergehen soll; menschlich oder kapitalistisch unmenschlich. In Gedenken an Jamal Naser Mahmodi! **25.09.:** Aus Solidarität mit der Besetzung im Hambacher Forst wurden in der Nacht Brandsätze im Leip-

Wir müssen YPJ als Andenken betrachten, denn sonst werden wir nicht in der Lage sein, ihre Bedeutung zu verstehen. In der YPJ sind verschiedene Nationalitäten, nicht nur die kurdische, in den letzten Jahren sind neben anderen internationalen Frauen auch arabische Frauen beigetreten. Wir müssen dafür sorgen, dass sie in diesem Andenken zusammen kommen. Dies gibt uns die Stärke zu kämpfen. Der beste Widerstand gegen Daesh war es, als Frauen zu kämpfen.

Wie hast du von dem Weltkobanetag erfahren? Was bedeutet er für dich?

Im Krieg hatten wir nicht die Möglichkeit, die Nachrichten zu verfolgen. Das Einzige, was wir hörten, war dass Erdogan sagte, Kobane würde in drei Tagen fallen. Das hat das Bewusstsein der Freund*innen, nicht aufzugeben, nur noch stärker gemacht. Viele Menschen haben erwartet, dass wir verlieren und viele Menschen wollten Serokatis (Abdullah Öcalans) Ideen scheitern sehen. Das hat uns härter kämpfen und dies nicht geschehen lassen. Von Serokati erhalten wir mehr Inspiration und von ihm haben wir niemals gelernt aufzugeben. Kobane ist eine kleine Stadt und wir hatten bereits sehr viel gegen Daesh gekämpft, daher wussten wir nicht, dass alle von Kobane gehört hatten. Aber als ich verletzt und ins Krankenhaus gebracht wurde, erfuhr ich, dass es einen Weltkobanetag gibt. Wir sahen, dass es überall auf der Welt eine Menge Demonstrationen für Kobane gab. Eigentlich brachte dieser Angriff das kurdische Volk zusammen und dazu, sich zu unterstützen und sich gegenseitig zu helfen. Wenn wir von Kobane reden, ist es wichtig, sich an die Menschen aus Nordkurdistan zu erinnern. Sie waren die ganze Zeit bis zum Sieg in Kobane nahe der Grenze, machten Wachschichten an der Grenze, halfen Menschen aus Kobane, gaben ihnen Moral und zeigten ihre Solidarität. Das war so wunderschön. Wegen der Politik des Feindes wurde Kurdistan zugunsten größerer Nationalstaaten in vier Teile zerteilt. Daher war es, als die Menschen aus allen Teilen Kurdistans durch die Angriffe zusammen kamen, wirklich wunderschön für uns. Viele Menschen kamen als Freiwillige, um in Kurdistan und Rojava zu kämpfen und fielen Shid. An viele von ihnen wird sich jetzt nicht erinnert, aber wir müssen ihrer gedenken. Viele von ihnen haben keinen Namen auf ihrem Grab stehen, weil niemand sie kannte, als sie in Kobane als Shid gefallen sind. Als wir in Kobane gekämpft haben, war unser einziger Fokus nicht aufzugeben. Denn wir wussten, wenn wir zuließen, dass sie uns in Kobane schlagen, wäre es die Niederlage aller kurdischen Menschen ebenso wie die Niederlage der Ideen Serokatis. Daher war es sehr bedeutsam zu sehen, dass die Welt Rojava und Kobane kennt, die Kämpferinnen, das kurdische Volk und die Kinder, die sich widersetzen. Es war für uns sehr bedeutsam zu wissen, dass es jetzt einen Tag gibt, um

an Kobane zu erinnern. Vor diesem Krieg wussten die Menschen nicht von Kobane und Rojava, aber eigentlich herrschte dieser Krieg bereits vorher. Diese Zeit war sehr hart, denn viele sagten, dass wir verlieren würden. Und es wurde für die Menschen sehr interessant, den Krieg zu beobachten; einerseits war dort eine Terrororganisation und andererseits Frauen und junge Menschen, die Widerstand leisteten. Wir sahen auch die Solidarität von den anderen Frauen in der Welt. Kobane brachte die Frauen zusammen. Es war wie eine Quelle der Revolution, der Stärke und der freien Zukunft für Frauen. Daher schlossen sich nach Kobane viele Frauen aus aller Welt der YPJ an, denn Kobane hat uns alles gezeigt. In diesen Tagen, wenn wir an Kobane erinnern, müssen wir die Ideen für die wir kämpfen fühlen, um eine freie Gesellschaft auf der Basis des Systems des Demokratischen Konföderalismus zu schaffen. Diese Ideologie war sehr ausgeprägt und gab den Menschen viel Stärke, um zu kämpfen. Kurdische Menschen haben hier immer unter der Unterdrückung anderer Staaten gelebt. Daher ist es nach diesem unglaublichen Widerstand so schön zu sehen, dass der Demokratische Konföderalismus nun begründet wurde. Eine andere Welt ist möglich, ein System, in dem alle sich selbst finden können, worin sich alle frei fühlen können, ein System, dass auf der Freiheit der Frauen beruht, ist möglich. Und jetzt sehen wir, dass es in Rojava Wirklichkeit ist. Wir sehen die Strukturen des Systems, wir sehen dieselben Frauen, die sich nicht verteidigen konnten, aber nun die Kontrolle über ihr Leben haben und sich selbst ausdrücken können. Nach Kobane wurde das Vertrauen der Menschen gegenüber der YPJ immer größer und wächst seitdem stetig. In Afrin spielt die YPJ eine wichtige Rolle gegen den türkischen Staat. Die Freund*innen in Afrin waren sehr gute Kämpfer*innen, sie wichen nicht einen einzigen Schritt zurück. Ein gutes Beispiel ist Shid Avesta Xabur, die eine wunderschöne Aktion gegen "das Gehirn" des Feindes machte. Wir erzählen nicht von ihrer Aktion, um zu zeigen, wie viele Menschen sie getötet hat, sondern um zu zeigen, wie Frauen niemals einen Schritt rückwärts gehen. Die Rache, die der Feind nicht aus dem Kopf bekommen kann, versuchte er von ihren toten Körpern zu nehmen. Der Feind spielt mit den Leichen der Frauen, aber die Leichen der Shids werden nur schöner, all die Schnitte und Quetschungen geben ihnen mehr Bedeutung.

Seit Beginn des Krieges zeigten wir die faktische Gegebenheit dessen, dass der türkische Staat Daesh unterstützt, ihm Waffen, Essen und Bildung gibt. Alle können diese Allianz wahrnehmen, aber seit die anderen Staaten von der türkischen Regierung profitieren, sind sie einfach still geworden. Wir können Daesh nicht deshalb von der türkischen Regierung separieren, weil die Türkei ein Nationalstaat ist, denn beide arbeiten in der gleichen faschistischen Weise. Beide sind Terroristen, beide attackie-

ziger Depot der Firma Boels platziert, Geräte von Boels werden direkt zur Räumung im Wald eingesetzt. **27.09.:** Das Haus des NPD-Landesvorsitzenden Claus Cremer wurde in Bochum mit Steinen angegriffen. **28.09.:** Zum Erdogan Besuch hinterlassen Autonome Gruppen sechs brennende Reifen und ein Transpi mit der Aufschrift Fight for Rojava! Auf einer Berliner Autobahnbrücke. In der ganzen Stadt brannten morgens mehrere Mülltonnen und Autoreifen und eine Scherbendemo lief durch Kreuzberg. **29.09.:** In Dresden wird eine Siemens Karre abgepackelt. **30.09.:** Zum

ren Frauen, besetzen das Land der Menschen, unterdrücken und töten sie. In Afrin werden wir weiter kämpfen und wir werden der türkischen Regierung dort niemals Ruhe lassen, niemals. Wir werden sie den Kindern in der

Schule niemals die türkische Sprache lehren lassen oder die Olivenbäume der Menschen fällen. Sie werden dort niemals einfach atmen können.

Die Rif-Bewegung im Norden Marokkos

Teil 1: Eine kurze Einführung

*Dies ist der erste Teil einer Reihe von Texten von anarchistischen Aktivist*innen aus der Rif-Region im Norden Marokkos. In den nächsten Ausgaben werden wir auf einzelne Aspekte der Kämpfe näher eingehen (übersetzt aus dem Spanischen).*

In diesem ersten Artikel wollen wir euch einen Einblick in die Rif-Bewegung geben. Einen Einblick in die Geschichte – denn ohne die Vergangenheit lässt sich das Heute nicht verstehen. Wir werden auf die anarchistische Vergangenheit der Bevölkerung des Rifs eingehen, auf einige konkrete Daten unserer Kämpfe; auf die soziale Bewegung «Hirak», die seit 2 Jahren gegen das marrokanische Regime kämpft – wie sie sich organisierte, ihre gesellschaftliche Einbettung, ihre Arbeitsweise, etc.. Und schließlich werden wir auch auf die Reaktion des Staates eingehen, seine Gewalt, die Repressionen, die Entführungen etc.

Das Rif – auf Tarifit (der Sprache der Rif-Bewohner*innen) «Arrif» - ist eine Region in Nord-Afrika, an der Mittelmeerküste, die sich von Larache bis Berkane streckt. In ihr liegen die Städte Alhucemas, Nador, Chefchaouen, Driouch, Ktama, Berkane und Taza. Ebenso liegen die spanischen autonomen Städte Ceuta und Melilla dort.

In Marokko gab es viele Dynastien, die aber nicht alle Bevölkerungsgruppen kontrollierten. So gab es zwei Arten von Hoheitsgebieten: Bled Imajzen (vom Sultan kontrolliertes Gebiet) und Bled Siba (unkontrolliertes Gebiet, Chaos-Gebiet, anarchistisches Gebiet). Im Bled Siba gab es die Bevölkerungsgruppe der Cabilen des Rifs, die sich selbst verwalteten, mittels eines Bündnisses zwischen Bevölkerungsgruppen, mit einem hohen Grad der Selbstverwaltung und der Kontrolle über ihre Belange. Das einzig was sie mit dem Sultan verband war eine religiöse Abgabe die sie bezahlten, da sie ihn als Imam anerkannten.

In Marokko spricht man oft über die Macht der « Majzen », was auf arabisch wörtlich «Lagerhaus » heißt und ursprünglich einen Ort bezeichnete, an dem Steuern aufbewahrt wurden. Heute wird es als Begriff für die Führungselite des Landes verwendet, die sich um den

König sammelt, und die aus Familienmitgliedern und Verwandten, Grundbesitzern, Geschäftsleuten, Führern unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, Oberkommandos des Militärs und anderen einflussreichen Personen besteht, die die eigentliche Machtelite bilden. Viele sagen dass der Majzen die eigentliche Regierung des Landes ist, und dass das die Bevölkerung, so sehr sie auch wirkliche Veränderungen erreichen will, diese niemals mit demokratischen Mitteln, wie Wahlen (von Parteien), durchsetzen kann, wenn sie nicht der Majzen gefallen.

Einige historische Daten des Rifs an denen die Rechte der Bevölkerung verletzt wurden:

Zwischen 1921 und 1927 rebellierte die Rif-Bevölkerung unter dem Befehl von Abd el-Krim el Khatabi gegen das spanische Protektorat und rief die Rif-Republik aus, die sich über den Norden des heutigen Marokkos erstreckte, über die Fläche des ehemaligen Königreichs von Nekor. Diese Republik erkannte den marokkanischen Sultan nicht an und erklärte ihre vollständige Unabhängigkeit.

Die französisch-spanische Koalition erlangte einen Sieg über die Rif-Republik indem sie während des Krieges in großem Ausmaß chemische Waffen gegen die Bevölkerung einsetzte; so auch massiv bei der finalen Landungsoperation an der Küste bei Al-Hoceima.

Die französisch-spanische Koalition nutze Lungenkampfstoffe (Anm. d. Ü.: chemische Waffen, deren Wirkstoffe darauf abzielen, die Lunge zu schädigen) und warf, zum ersten Mal, Senfgasbomben aus Flugzeugen ab. (Anm. d. Ü.: Insgesamt wurden, völkerrechtswidrig, 500 Tonnen Senfgas abgeworfen – die Grundstoffe dafür kamen aus Deutschland. Sowohl Frankreich als auch Großbritannien wussten vom Einsatz des Gases, und dulteten ihn. Die Verseuchung mit Senfgas führte dazu, dass das Gebiet um Al-Hoceima auch heute noch die Lungenkrebsstatistik in Marokko anführt. Große Gebiete wurden nachhaltig kontaminiert. Vgl. Wikipedia)

Zwischen 1958 und 1959 protestierte die Rif-Bevölkerung gegen die Regierungspolitiker und rief einen Aufstand in der gesamten Region hervor. Dieser wurde als Rif-Revolution bekannt, die von der marokkanischen Armee und französischen Offizieren durch Luftangriffe

Start der Rodungssaison im Hambi wir das innogy Sevice Büro in Mettmann entglast. **30.09.:** Nach der Demo für die Liebig 34 wird ein Haus desselben Eigentümers, Gijora Padovicz, besetzt. Außerdem werden die Verwaltungen der beiden Häuser, Vivo und Factor, noch am gleichen Tag angegriffen. **01.10.:** In Willich fackelt eine ganze Lagerhalle der Maschinenvermietungs Firma Boels ab. Diese hatte etliche Maschinen für die Räumung im Hambi bereitgestellt. **02.10.:** In Köln wird bei der IGBCE für Glasbruch gesorgt mit der Forderung den Schmusekurs mit der RWE Ge-

mit Napalm, Weißem Fosfor und Splitterbomben niedergeschlagen wurde. Diese Niederwerfung hatte den Tod abertausender Bewohner des Rifs zur Folge. Die Revolte zog eine große Repression nach sich, und dieser Beginn der Repression wird in Marokko auch «Bleierne Jahre» genannt.

Von 1981 bis 1984 gab es eine weitere Rif-Revolte, dieses Mal ausgehend von Schüler*innen, die mit friedlichen Mitteln wie Demonstrationen, Streiks, etc. ihre Rechte einforderten. Aber Hassan II beendete diese Revolte indem er 500 unschuldige Jugendliche – Männer wie Frauen – einknastete.

In dieser Aufzählung darf der Arabische Frühling 2011 nicht fehlen. Die einzigen Todesopfer die es in Marokko gab kamen aus Al-Hoceima. Es waren 5 Jugendliche die in der Nacht des 20. Februar aus noch immer ungeklärten Umständen in einer Bankfiliale verbrannten – kurz zuvor waren sie noch von mehreren Personen auf einer Polizeiwache gesehen worden...

Wie entstand der « Hirak » oder die Rif-Bewegung?

Die Hirak-Bewegung entstand nachdem in der Nacht des 28. Oktober 2016 die marokkanische Polizei am Stadtrand von Al-Hoceima den 31-jährigen Fischer Mohcine Fikri festnahm, der den Hafen der Stadt mit 500 Kilo Schwertfisch im Auto verlassen hatte. Der Schwertfisch ist eine geschützte Tierart des Mittelmeers, weshalb die Beamten die Ladung beschlagnahmten, zerstörten und in einen Müllwagen warfen. Mohcine, der seine Armut satt hatte, versuchte seine Ladung zu retten, und warf sich in den Container des Müllwagens, in dem die Häcksler gerade den Fisch vernichteten. Dies war eine Protest-Handlung, die ihn das Leben kostete. Er wurde in den Häckslern zerquetscht.

Seine Tod wurde mit einem Handy gefilmt, und das Video landete schnell in den sozialen Medien, es wurde zu einem Ereignis das die Gemüter erhitze. Daraufhin ordnete Mohamed VI eine Untersuchung des Vorfalls an. Die Behörden sagten weiterhin dass es sich schlicht um einen Selbstmord gehandelt habe. In den Wochen nach dem Tod des Fischers füllten sich die Plätze der großen Städte in Marokko – nicht nur in Al-Hoceima, sondern auch in Casablanca, Tanger und Rabat – mit Bürgern, die Gerechtigkeit forderten. Die Demonstrationen in Al-Hoceima, mit 80.000 bis 200.000 Personen (auch Frauen, Kinder, Jugendliche und alte Menschen) gingen bis Ende des Jahres 2017 weiter.

Wie organisierte sich die Rif-Bewegung?

Der Hirak ist eine soziale Bewegung die spontan von einigen Gruppen Jugendlicher gegründet wurde, die

versuchen, Al-Hoceima aus dem Tunnel, in dem es sich befindet, heraus zu holen.

Die Aktivisten des Hirak gründeten Arbeitsgruppen in jedem Stadtteil, in denen sie die Probleme der Bürger ansprachen, bildeten in jedem Stadtteil Diskussionsgruppen, und nach jeder Diskussion wurden Protokolle angefertigt und eine Person ausgewählt, die diese Nachrichten an die Vollversammlung weitertrug. Die Vollversammlung fand an einem öffentlichen Ort statt, und über eine Live-Übertragung mittels Facebook wurden auch die erreicht, die nicht vor Ort sein konnten.

Nach der Vollversammlung wurden die Entscheidungen wieder in den Stadtteil-Gruppen besprochen und es wurde versucht, sich abschließend zu einigen. Danach wurden diese Vereinbarungen umgesetzt, ob es nun eine Kundgebung oder ein Demo war... etc.

Gleichzeitig fragten und notierten die Aktivisten die Anliegen der Bürger, und verfassten detaillierte Petitionen die dringende Forderungen enthielten, die die Stadtteile auf verschiedenen Ebenen benötigten, zum Beispielauf Ebene der Menschenrechte, auf juristischer Ebene (z.B. dass die Zone nicht mehr militarisiert sein soll), auf sozialer Ebene (Verbesserung der Bildung, Bau einer Universität, Bau eines Onkologischen Krankenhauses, etc.), ökonomischer Ebene (Fabriken bauen, Arbeitsplätze schaffen), und in anderen Bereichen.

Die Reaktion der Regierung gegen die soziale Bewegung

Nach ersten Verhaftungen gingen die Bürger jeden Tag auf die Straßen und demonstrierten für die Freilassung der Gefangenen. Jeden Tag stieg die Zahl der Entführten, manchmal wurden sie nachts abgeholt, während sie schliefen, manche wurden auf der Straße verfolgt und nach Casablanca ins Gefängnis gebracht ohne dass den Familien Bescheid gesagt wurde, aber dennoch hörten die Menschen nicht auf zu demonstrieren, und nach Inkrafttreten der Ausgangssperre sahen sie sich gezwungen, andere Arten des Protestes zu finden, zum Beispiel gingen Nachts alle auf die Dächer und machten Lärm mit Töpfen/etc., dem Aufsteigenlassen von Luftballons, und Demonstrationen an den Stränden und im Wasser.

Die letzte große Demo in Al-Hoceima war am 20 Juli. Alle Bürger*innen der Provinz Al-Hoceima kamen zusammen und gingen in die Stadt um an einer großen Demonstration teilzunehmen, die die Aktivisten organisiert hatten bevor sie verhaftet und ins Gefängnis geworfen wurden. Es kamen auch Menschen aus anderen Städten wie Taza, Casablanca, Oujda, Rabat, Tanger, etc.

schäftsleitung sein zu lassen und eigene Forderungen aufzustellen. **02.20.:** NPD-Stadtrat in Leipzig vermobbt. **04.10.:** Aus Rache für die Hambi Räumung brennt ein Kran der Firma Wasel in Düsseldorf, die sich auch an RWEs Tagebauen beteiligt. Der Schaden beträgt 10.000 ocken. **10.10.:** In Berlin brennen 16 Mercedes auf einem Firmengelände. **11.10.:** In Berlin zünden mehrere Brandsätze an einer RWE-innogy-Geschäftsstelle. **12.10.:** Der Bonzen Neubau, vom Studi-Wohnheim Viva 2, hat Farbe und Steine gefressen. **13.10.:** Nazi-Verleger Götz Kubitschek und seine Frau Ellen

Auch nahmen die Ausgewanderten teil, die gerade zuhause ihren Urlaub machten, und Menschenrechtsorganisationen sowie internationale Journalist*innen. Die Demonstration wurde zwei Tage vorher vom Staat verboten und die Stadt war voll mit Militär und Polizei. Das Mobilfunknetz und das Internet wurden abgeschaltet. Während der Demonstration wurde eine unbekannte Zahl Personen festgenommen, und Imad el Attabi (24 Jahre) wurde von einem Polizeikommissar durch einen Kopfschuss getötet.

Insgesamt gab es 2016 und 2017 über 900 Demonstrationen, zahlreiche Verletzte, drei Tote und über 2000 Festnahmen, auch Frauen (Salima Ziani, Nawal Benaisa, Nihad Ahabadh, Warda lbouchtiwi, Hadia Ziani, Bouchra lyahyaw, Houda Jlol, Sara und andere), 7 Journalisten, 150 Minderjährige (darunter auch achtjährige Kinder), Künstler, Professoren, etc.

Über 1000 von ihnen wurden zu verschiedenen Gefängnisstrafen zwischen 6 Monaten und 20 Jahren verurteilt. Auch einer der Freunde des getöteten Imad el

Attabi, der das Verbrechen mit eigenen Augen gesehen hatte wurde zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Alle Gerichtsprozesse waren gezeichnet von haltlosen Anschuldigungen, durch Folter erreichte Beschuldigungen, und durch die Abwesenheit rechtlicher Mindeststandards.

Die Verurteilten wurden beschuldigt die innere Sicherheit des Staates angegriffen zu haben, Geld für die Organisation von Demonstrationen erhalten zu haben, die Loyalität der Bürger gegenüber des marokkanischen Staates erschüttert zu haben, und des Angriffs auf die territoriale Integrität des Königreichs.

Letztendlich haben wir Bürger*innen des Rifs gekämpft und werden weiter kämpfen, obwohl wir wissen dass hier gerade niemand die Stimme erheben kann. Wir versuchen es dennoch, jede*r mit seinen Mitteln (über Demonstrationen, Gespräche, Komitees, Vereinigungen, etc), wir alle machen weiter, werden nicht aufhören, und nicht vergessen, bis die Bevölkerung des Rifs einen sozialen Wandel von unten erreicht hat.

Grußwort von Lisa und Hülya an die Anti-Knast-Demo in Willich vom 28.10.18

Wir grüßen alle kämpferischen, rebellischen und solidarischen Menschen im Knast und außerhalb dieser Mauern. Auch wir sind gerade eingesperrt, aber auch wenn unsere Körper hinter Gittern sind, so wird uns weder der Knast, noch der Staat oder die Justiz die Freiheit und Widerständigkeit in unseren Köpfen und unseren Herzen nehmen, denn egal wie lange unsere Haftstrafen auch sein mögen – wir werden immer kämpferisch und würdevoll gegen jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung in dieser Welt sein – sei es im Knast oder draußen.

Das Wichtigste hier drinnen ist unter uns Gefangenen zusammen zu halten, solidarisch gegen die allgemeinen Knastschikanen zu stehen und somit überhaupt möglichst Vertrauen untereinander aufbauen zu können. Dabei ist es so verdammt widerwärtig und traurig, wenn Gefangene unterwürfig gegenüber den Knastbeamten und der Justiz sind, wenn sie profitabel für den Staat und sein Ausbeutungs- und angebliches Resozialisierungssystem handeln. Und vor allem, wenn sie andere Gefangene zinken, weil sie auch noch glauben, dass sie dadurch einen Vorteil hätten, oder es sogar aus Neid oder Eifersucht tun. Dabei sind die Beamten niemals ihre Freunde – es ist ganz einfach nur das Knastsystem, dass uns gegenseitig versucht auszuspielen.

Aber wenn wir es nicht zulassen, uns gegenseitig unterstützen, uns nicht alleine lassen, uns füreinander einsetzen und sogar als einige wenige zusammen kämpfen, dann können wir selbst hier schon so viel erreichen.

Passt aufeinander auf!

Lasst euch weder bändigen noch kaputt machen!

Unterstützt auch gerade neue Gefangene, diejenigen, die nichts haben, kaum oder gar kein deutsch sprechen, nicht lesen oder schreiben können oder besonders diskriminiert oder unterdrückt sind!

- *Solidarität mit allen Kämpferinnen!*

- *Auf dass die Mauern heruntergerissen werden und wir alle frei sind!*

- *Einen Riesengruß an alle solidarischen und freiheitlichen Menschen, die uns von draußen unterstützen und gegen das Knast- und Herrschaftssystem kämpfen!*

- *Gegen alle Knäste und eine Gesellschaft, die ohne diese nicht auskommen kann – Freiheit für alle.*

Lisa und Hülya

Cositza werden während der Frankfurter Buchmesse attackiert. **14.10.:** Aus einem Hinterhalt fliegen Steine auf eine Funkstreife in Berlin. **15.10.:** Die FAI / FRI Zelle „Amad Ahmad“ zündet ein Securitas Auto in Berlin an. Diese beteiligen sich am Bau des neuen Knastes in Basel und stellen weltweit Sicherheitspersonal. **15.10.** In Frankfurt a.M. brennen zwei Vonovia Transporter. **20.10.:** In Hoyerswerda verliert ein AfD Büro seine Scheibe. **24.10.:** In Berlin brennt ein Transporter der Interessenvertretung der türkisch-faschistischen Staates DITIB. **25.10.:** Nazi Gaststätte in Leipzig

Über den Kampf gegen das Bässlergut und aufständische Praktiken

Dieser kleine Text, der vielleicht eine kleine Übersicht über die Kämpfe gegen das Bässlergut in Basel verschafft sowie ein paar Gedanken zu dieser spezifischen Art des Kämpfens formuliert, wurde von mir als Einzelperson geschrieben. Es sind meine Gedanken und meine Geschichte, die sich darin widerspiegeln. Der Text spricht, selbstverständlich, nicht für den gesamten Kampf. Andere würden wohl andere Dinge hervorheben und/oder anders gewichten.

Es ist Freitagabend und einmal mehr versammeln sich auf einer Lichtung im Wald mehrere Personen und machen sich auf den Weg zu einem nahegelegenen Knast in Basel (eine kleine, reiche Stadt im Norden der kleinen, reichen Schweiz). Es ist der 11. September 2015 und die Leute rennen in Richtung Bässlergut, ein Knast am Rande der Stadt, aufgeteilt in 30 Plätze Abschiebehäft und 43 Plätze Strafvollzug. Beim Knast angekommen, werden Feuerwerke gezündet, ein Transparent mit der Aufschrift „Directeur arschloch – Politik fasciste“ (ein Spruch, der bei einem der letzten Besuche von einem Gefangenen gerufen wurde) wird an den Zaun gehangen und Parolen gerufen. Die Gefangenen schreien ebenfalls zurück und schlagen mit voller Wucht gegen die verriegelten Fenster, so, wie sie das immer tun bei solchen wiederkehrenden solidarischen Besuchen. Bevor die kleine Meute nach wenigen Minuten wieder im Wald verschwindet, wird noch ein Kameramasten auf dem Parkplatz vor dem Gefängnis sabotiert. Im Anschluss an diesen Knastspaziergang wird dazu aufgerufen, sich dem geplanten Bau eines zweiten Gefängnisses direkt daneben zu widersetzen.

Die Geschichte spielt eine Woche vor einer angekündigten Demo gegen eine Militärübung „Conex 15“ in der Region Basel, bei der ein fiktives Szenario eines zusammenbrechenden Europas geprobt werden soll. „Wirtschaftskrise“, „Sabotagen auf und Plünderungen von Öl-, Gas- und Getreidevorräten“, „Flüchtlingsströme“ sind einige Stichworte aus diesem Szenario. Die Demo zieht wiederum zum Bässlergut, bei dem es zu Zusammenstößen mit den Bullen kommt, auf dem weiteren Weg wird alles, was kaputt gehört und in kurzer Zeit kaputt gemacht werden kann, auch kaputt gemacht (nur oberflächlich und kurzfristig, wie sich wohl von selbst versteht, nach wenigen Tagen bis Wochen strahlt die Fassade des sozialen Friedens wieder).

Seither sind mehr als zwei Jahre vergangen. Seit dem Frühjahr 2017 wird neben dem Bässlergut an einem zweiten Knast gebaut. In diesem soll voraussichtlich der Strafvollzug mit 78 Haftplätzen untergebracht werden.

Die zwei Arten der Inhaftierung (Abschiebehäft und Strafvollzug) werden dann wieder in voneinander getrennten Gebäuden untergebracht sein. In den nächsten Jahren soll dann auch das Empfangszentrum, das sich ebenfalls direkt daneben befindet, zu einem sogenannten Bundesasylzentrum umfunktioniert werden, in der die verschiedenen Verwaltungsstellen der Asylmaschine zentralisiert werden. Mehrere solcher Bundesasylzentren werden in den nächsten Jahren auf dem gesamten schweizer Territorium entstehen und werden auch an verschiedenen Orten bekämpft. In Zürich zum Beispiel, wo diese moderne Form der Lagerpolitik seit Anfang 2014 getestet wird, entfaltete sich ein radikaler und direkter Kampf dagegen. Und auch an anderen Orten kam es zu Aktionen, Sabotagen und Besetzungen, noch bevor die Lager überhaupt eröffnet wurden.

In diesen zwei Jahren haben also nicht nur die Herrschenden an ihrem repressiven Projekt gearbeitet. Neben dem Aufruf zum Widerstand gegen das Bässlergut II im Anschluss an den erwähnten Knastspaziergang, machte Anfang 2016 auch ein Flyer und Plakat unter dem Titel „Wenn die Feind_innen der Freiheit einen Gang zulegen...“ die Runde. Darin werden die Entwicklungen in Basel in einen grösseren Kontext gestellt, in dem sich ähnliche Lager und Knäste sowohl in Europa wie auch ausserhalb verbreiten werden und in dem dieses weitere Lager und dieser weitere Knast nur ein kleines, lokales Abbild eines viel breiter geführten Kriegs der herrschenden Ordnung darstellt.

Aus dem Text:

„ohne weiteres wäre es möglich, weitere Beispiele des gegen Migrant_innen geführten Kriegs aufzuführen, der bereits tausenden Menschen den Tod brachte. Leider ist dieser im noch jungen 21. Jahrhundert geführte Krieg nicht der einzige, und so reihen sich die verschiedenen Überwachungsgesetze in den verschiedenen Ländern, die militärischen und polizeilichen Aufrüstungen, die Bauten von verschiedenen Knästen in ganz Europa und die sich in Knäste unter offenem Himmel verwandelnden Städte, die zunehmende Repression gegen Widerständige in die gleiche Offensive der Mächtigen ein. Ein Krieg, der so normal geworden ist, dass er nicht mehr erklärt werden muss und, die Maschen der Kontrollgesellschaft enger schnallend, auf allen Ebenen die bestehende Privilegienherrschaft sichern soll; alle auf ihren Plätzen, registriert und durchleuchtet, um schon beim kleinsten Anzeichen eines Kontrollverlusts oder eines Ausbruchs aus diesen Reihen genügend Mittel zur Verfügung zu haben,

eingehauen. **28.10.:** Vier Busse der Firma Tirtrey in Titz brennen ab. Diese wurden in den vergangenen Jahren immer wieder von der Polizei genutzt um Gefangene bei Protestaktionen rund um Tagebau und Hambi abzutransportieren. **01.11.:** In Einbeck wird ein Nazihaus mit Buttersäure und Steinen angegriffen. **01.11.:** In Berlin wird die Eingangstür eines Google Standortes mit Hämmern gehackt. **?11.:** In Kiel wird ne Nazikarre tiefergelegt. **02.11.:** Steine und Farbflaschen gegen den Münchener Hauptsitz von KPMG. KPMG ist ein global agierendes Beratungsunternehmen,

um möglichst schnell und effizient die Ordnung wieder herzustellen oder die störenden Elemente unschädlich zu machen.“

Ein Angriff auf einen lokalen Auswuchs der bestehenden Verhältnisse (in diesem konkreten Fall das Bässlergut) kann, unter anarchistischem Blickpunkt, nur als Angriff auf diese internationale Entwicklung betrachtet werden und sollte dies, wenn möglich, auch in den Kämpfen enthalten. Ein lokales Projekt der Mächtigen zu bekämpfen, ist schlicht ein Mittel, ein abstraktes, global verflochtenes, historisch gewachsenes und zu oft verwirrendes System an einer konkreten Manifestierung fest und sichtbar zu machen. Ein spezifischer Kampf ist vor allem ein Anfang.

Die Nächte fangen Feuer

Das Gefängnis Bässlergut wird erst seit dem Jahr 2000 als solches genutzt und steht seit dann auch in der Kritik und ist somit zu einem Referenzpunkt des lokalen Widerstands gegen die massive Abschiebepaxis, das



europäische Grenzregime wie auch gegen das staatliche Bestrafen und Einsperren von Menschen im Allgemeinen geworden. An diesem Punkt muss angefügt werden, dass man nicht von einer verbreiteten feindseligen Stimmung in Basel gegen dieses Gefängnis oder gegen die Autorität im Allgemeinen reden kann und dass auch die Knäste in Basel oder der Schweiz in den letzten Jahren nicht von kleineren oder gar grösseren Revolten erschüttert wurden. Dieser Kampf kann also nicht als anarchistische Intervention in eine bestehende soziale Spannung verstanden werden. Eine solche Spannung ist hier ganz einfach nicht vorhanden, zumindest nicht sichtbar.

Mit der Vorgeschichte war es aber dennoch klar, dass der Erweiterungsbau nicht in voller Ruhe gebaut werden kann und auch nicht wird. Auch wenn die Kämpfe gegen dieses Gefängnis, sowie die verschiedenen Logiken, für die es sinnbildlich steht, so alt sind, wie der Knast selbst

und auch wenn schon früh zum Widerstand gegen den Erweiterungsbau aufgerufen wurde, so haben sich die Kämpfe dagegen seit Baubeginn definitiv intensiviert, die Angriffe auf die Verantwortlichen gehäuft. Was mit kleineren Angriffen in Form gestochener Autoreifen bei am Bau beteiligter Firmen begann, entwickelte sich relativ rasch in zerstreute Brandanschläge auf die Autos dieser Firmen. Man konnte dies in Basel in den letzten Jahren wohl relativ selten sehen, dass an einem Wochenende gleich zwei Autos (ein Zivilauto der Basler Polizei und ein Auto von Swisscom, ein Tele-kommunikationsunternehmen) sowie ein Bohrkran (der Baufirma Implenia, welche die Bauleitung übernommen hat) an unterschiedlichen Orten Feuer fangen.

Die destruktiven Angriffe auf die verantwortlichen Akteure stellen sicherlich ein zentrales Element in diesem Kampf dar, doch war das letzte Jahr von diversen Formen des Widerstands geprägt. Mittels Plakaten „Gegen den Staat, seine Grenzen und Knäste“ wird dazu ermutigt, „sich mit Freunden und Gleichgesinnten zusammen zu tun, sich zu organisieren, sich Pläne auszudeckeln und all denjenigen, die uns als passive Zuschauer gegenüber ihrem permanenten Machtausbau sehen wollen, das Spiel zu verderben und diese anzugreifen“ und „entgegen dem, was die Herrschenden uns glauben machen wollen, dass sie allmächtig und unantastbar seien“, auch bekräftigt, „dass die Revolte möglich ist, dass das Feuer der Freiheit lebt, solange es Individuen gibt, die sich voller Entschlossenheit und Freude gegen ihre eigene Unterdrückung stellen“. Eine Liste mit den Verantwortlichen und ihren Adressen wird im Internet (und eher wenig auf den Strassen) verbreitet. In der ganzen Stadt tauchen Sticker und Sprüche gegen das Bässlergut auf. An verschiedenen Veranstaltungen und Diskussionsrunden wird über dieses weitere Gefängnis sowie unsere Möglichkeiten des Widerstands diskutiert. Zu „Unehren“ des Nationalfeiertags werden erneut die Gefangenen begrüßt und die Baustellenwand vollgesprayt. Im Mai ziehen 200 Menschen unter der Parole „Bässlergut einreissen – nicht erweitern“ in Richtung Baustelle, werden allerdings von den Bullen aufgehalten. Ein paar Tage vor der Demo brennt auf der Baustelle ein Bagger von Implenia ab, die Medien nehmen die Serie der Angriffe auf, die Stimmung ist spürbar angeheizt.

Die Angriffe sowie auch die mediale Stimmungsmache gehen weiter. Die unter Druck stehenden Behörden können keine Ergebnisse vorweisen. Eine Sonderkommission wird eingerichtet. Die Frage ist nicht mehr, ob, sondern wann und wo sie zuschlagen. Am 5. Oktober 2017 kommt es dann in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Land sowie Zürich zu sechs Hausdurchsuchungen, teilweise werden Computer, Handys und Kleidungsstücke beschlagnahmt, die Beschuldigten auf dem Posten befragt und, nachdem

das weltweit Profite und Geschäfte mit Geheimdiensten, Rüstungskonzernen und Armeen macht. **02.11.:** Das Stadthaus in Reibnitz wurde im Vorfeld einer dort stattfindenden AfD-Veranstaltung mit Farbbomben und einer Botschaft umdekoriert: Kein Raum den Faschisten! **03.11.:** Nobelkarossen brennen in Berlin. **03.11.:** Die Fassade des AfD-Büros in Rohrbach ist nun bunter. Außerdem wurde eine Parole hinterlassen: Faschos angreifen. **03.11.:** Ein Poltergeist zerstörte Wände, Fenster, Leitungen und Böden in dem Haus der ehemaligen Friedel 54. **06.11.:** Farbverschönerungs-

die DNA abgenommen wurde, auch wieder entlassen. (In der Schweiz ist das Sammeln von DNA-Spuren sowohl bei Tatorten wie auch bei beschuldigten Personen allgegenwärtig. Schon bei kleineren Verbrechen wie zum Beispiel Ladendiebstahl kann es zur Entnahme kommen. Bei Delikten, die im Zusammenhang mit subversiven Taten stehen, wird sie definitiv genommen. Bei einer Verweigerung der Entnahme sind die Behörden berechtigt, ‚verhältnismässige‘ Gewalt anzuwenden. Die Repressionsbehörden sind stets darum bemüht, die Datenbank bei allem Scheiss zu erweitern, gerade wenn es sich um potentiell Aufständische oder deren Taten handelt. Ein DNA-Hit (also die Übereinstimmung von Spuren am Tatort mit denen einer Person) genügt in den meisten Fällen, um verurteilt zu werden.) Die durchsuchten Personen werden wegen der Beteiligung an der erwähnten Demo im Mai des Landfriedensbruches angeklagt. Es ist klar, dass es bei dieser Anklage nicht wirklich um diese Demo geht, an der neben kleineren Sachbeschädigungen (Sprayerien) nichts weiteres passiert ist. Und so versuchen die Behörden, die Demo mit den diversen Bränden und Angriffen in Zusammenhang zu stellen. Im besten Fall hätten sie bei den Durchsuchungen etwas belastendes gefunden oder die abgenommenen DNA-Spuren werden ein bisschen Licht ins Dunkel bringen. Andernfalls ist es ein warnendes Signal und eine weitere Drohung an all diejenigen, die diesen Kampf beleben oder nach Möglichkeiten suchen, dazu beizutragen.

Am 30. November 2017 wird die anarchistische Bibliothek ‚Fermento‘ in Zürich durchsucht. „Im Schaufenster der Bibliothek werde zu Verbrechen und Vergehen gegen Firmen und Privatpersonen aufgerufen, was im Zusammenhang zu sehen sei mit jüngsten Brandanschlägen gegen den Bau des PJZ und des Gefängnisses „Bässlergut“ in Basel“, schreiben die ‚Anarchisten vom Fermento‘. Das Polizei- und Justizzentrum (PJZ) wird momentan in Zürich gebaut. Auch dieses Projekt wird seit Ankündigung verbal wie physisch angegriffen. Auch hier ist die Baufirma Implenia beteiligt. Auch in Zürich brannten im letzten Jahr diverse Bagger oder Fahrzeuge dieses Unternehmens.

Aufständische Praktiken

Ein solcher Kampf, der nicht nur diese eine Manifestierung der Macht angreifen und verhindern will, sondern zum selbstorganisierten Kampf mit den Mitteln der unmittelbaren praktischen Kritik jenseits der Repräsentation und Delegation einlädt und diesen zu Stärken sucht, kann nicht von der Stimme oder der Kraft einer Organisation oder was auch immer abhängen. Ein solcher Kampf, der über einen spezifischen Ausgangspunkt zur Zerstörung der gesamten Ordnung aufruft, lebt von der Kreativität und der Initiative der verschiedenen informellen Gruppen oder Einzelpersonen, die ihren eigenen Wegen und

Ideen folgen und den dezentralen Angriff dennoch auf ein gemeinsames Ziel lenken und sich darin ergänzen und koordinieren können. Wie weiter oben schon erwähnt, sind offensiv geführte Kämpfe, die sich auf ein konkretes Projekt der Herrschaft konzentrieren, ein Mittel, um Kritik an dieser sichtbar zu machen, sowie um Methoden, die diese Herrschaft ins Wanken bringen und zertrümmern könnten, vorzuschlagen und aufzuzeigen. Die Sichtbarkeit unserer Kämpfe ist sicherlich eine Stärke, zur gleichen Zeit aber auch eine Gefahr. In Basel konnte man das sehr deutlich beobachten. Im Jahr 2016 brannten diverse Fahrzeuge und Container in der Stadt und auch andere Mittel des direkten Angriffs wurden angewandt. Teilweise wurden Schreiben zu diesen Aktionen verfasst. In vielen Fällen aber liessen die unbekannt Gebliebenen das Feuer oder die Scherben für sich selber sprechen. Niemand konnte wirklich wissen, wer hier was und aus welchen Beweggründen angreift, dennoch haben diese Taten eine gewisse Stimmung in diese allzu ruhige, befriedete Stadt gebracht. Man kann über die Motivationen dahinter also nur spekulieren, was sich aber gezeigt hat, war, dass auch wenn die Medien von einer Serie von verschiedenen Brandstiftungen berichten mussten, nie ein Zusammenhang hergestellt werden konnte. Die Ermittlungsbehörden hatten keine Anhaltspunkte.

2017 brannten wieder verschiedene Fahrzeuge und auch andere Mittel des direkten Angriffs wurden angewandt. Viele davon stehen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen das Bässlergut, wie das die trotzdem unbekannt Gebliebenen im Internet schrieben, und wie das sowieso klar war, ging es doch sehr häufig um die immer gleichen Firmen und die immer gleichen Mittel (Kreativität in den Formen des Angriffs scheint ganz generell nicht die grösste Stärke der anarchistischen Welt zu sein...). Der Zusammenhang ist hergestellt. Auch wenn die Ermittlungsbehörden bezüglich den Angriffen bisher im Dunkeln tapen, können sie diese mit einer öffentlichen Demo gegen den gleichen Knast in Verbindung bringen. Nächtliche Angriffe aufzuklären, ist bei einer gewissen Ausführung relativ schwierig. Eine öffentlich angekündigte Demo abzufotografieren und die Leute zu identifizieren hingegen ziemlich einfach. Dies soll keine Argumentation dafür sein, unsere Kämpfe in grösst möglicher Klandestinität zu führen und auch keine Argumentation, die sich in jedem Falle gegen Communiqués richtet. Diese Zeiten werden vielleicht irgendwann kommen. Solange wir aber die Möglichkeit haben, anarchistische Ideen zu propagieren und zum direkten, destruktiven Angriff aufzurufen oder Gedanken und Reflexionen zu diesen Kämpfen zu teilen, sei es via Mitteilungen über ausgeführte Aktionen oder in Form dieser internationalen Korrespondenz, sollten wir diese auch wahrnehmen. Vielmehr stellt sich die Frage, wie Sichtbarkeit mit Zerstreuung, Klarheit mit Diffusität einhergehen können. Sichtbarkeit und Klarheit, sodass

aktion am Haus eines AfD-Kandidaten in Kiel. **08.11.:** Brandsätze gegen den gegen den Fuhrpark der Firma „SPIE“. SPIE ist ein Knast-, Braunkohle- und Atomindustriedienstleister. **08.11.:** In Magdeburg brennt ein Naziaut aus. **09.11.:** Das Hotel „Zur Ratte“ in Leipzig, in dem der AfD Kreisparteitag stattfinden sollte, hat nun weniger Scheiben. Dafür aber mehr Farbe im Innenraum. **10.11.:** Farbe gegen das Bürogebäude der Hausverwaltung „Delta Fonds“ in Hannover: Keine Rendite mit unserer Miete. **10.11.:** In Berlin-Schöneberg werden mehrere Hauswände und drei Bullenwagen

es allen Menschen klar ist, was hier aus welchen Gründen bekämpft wird. Zerstreuung und Diffusität, weil der Widerstand kein Zentrum (weder in der Organisation noch in den Zielen des Angriffs) kennen darf, sondern sich ausbreiten und verstreuen soll und muss, weil die Attacken von allen Seiten, mit allen Mitteln, von überall und gleichzeitig nirgendwo kommen sollten.

Kreise ziehen

In anderen Kontexten mit einer weiter verbreiteten Feindseligkeit gegenüber den Strukturen der Macht stellt sich diese Frage bezüglich der Gefahr von spezifischen Kämpfen vielleicht weniger. Es sollte auch klar sein, dass wir unsere Kämpfe nicht nach potentiellen Gefahren ausrichten können. Wenn wir uns dazu entscheiden, eine potentielle (oder auch tatsächliche) Gefahr für das Bestehende zu sein, dann gehen wir auch aktiv das Risiko ein, dass die Keule zurückschlägt. Dies heisst wiederum aber nicht, dass wir nicht darum bemüht sein sollten, zumindest zu versuchen, die Richtung der Repressionskeule abzuschätzen, vorzusehen, sie zu verwirren und ihr so möglichst auszuweichen. Die folgenden Überlegungen können unabhängig davon vielleicht dennoch als Anlass genommen werden, um über aufständische Theorien und Praxen zu reflektieren und diese weiterzuentwickeln. Bleiben wir beim Kampf gegen das Bässlergut in Basel. Die Brandanschläge trafen im letzten Jahr sehr häufig ein paar wenige Firmen, die am Bau beteiligt sind und wurden in den meisten Fällen über Communiqués im Internet auch in diesen Zusammenhang gestellt. Angriffe auf die Polizei, die Politik oder auch andere Institutionen und Firmen, die zwar nicht direkt am Bau beteiligt aber auf andere Weise für das Funktionieren des Kontroll-, Bestrafungs- und Abschiebeapparates unabdingbar sind oder sich am gesamten Komplex der Unterdrückung beteiligen, blieben selten. Kapazitäten sind beschränkt und so ist es schwierig, an allen Ecken, in denen wir die Mechanismen der Herrschaft ausmachen, mit unseren Gedanken und Taten präsent zu sein. Gleichzeitig könnte dies auch schnell dazu führen, erneut in das Loch der wirren Verzettelung abzudriften.

Spezifische Kämpfe werden aber genau im Gegensatz dazu geführt. In Basel wird in erster Linie das Bässlergut bekämpft und nicht die Mauer an der Grenze zwischen den USA und Mexico. Der Bau genau dieses Knastes steht im Mittelpunkt dieses Kampfes und so sollen auch diejenigen, die für den Bau genau dieses Knastes verantwortlich sind, im Mittelpunkt der Angriffe stehen. Um diesen Mittelpunkt reihen sich aber verschiedenste, miteinander verwobene Kreise. Das Bässlergut ist ein Gebäude mit Zellen, Eingesperrten, Wärter*innen und Zäunen, das von der Politik beschlossen, von einigen Unternehmen umgesetzt und dann von anderen Unternehmen oder Institutionen verwaltet, beliefert und bewacht wird. Es befindet

sich aber in einem grösseren Kontext, es ist Teil eines sozialen Verhältnisses der Beherrschung und Unterwürfigkeit, der Teilnahme und Akzeptanz, das wiederum von teilweise klar benennbaren Akteur*innen genährt, produziert und reproduziert wird. Es ist dieses soziale Verhältnis, das den Laden am Laufen hält und das schlussendlich untergraben und zerstört gehört.

Nicht alle sehen sich selbst oder ihre Bekannten der direkten Gefahr ausgesetzt, eingesperrt oder ausgeschafft zu werden, aber absolut niemand kann sich vollständig den Griffen der Macht entziehen, die alles und alle eingenommen und integriert hat (Justiz, Arbeit, Religion, Technologie und ihre unendlichen Möglichkeiten in der Zukunft, Stadt, Geld, Familie, Schule, Geschlecht, Eigentum, Nation, Medien, Konsum, Produktion, Medizin, Daten, Militarismus, Wissenschaft, Energieversorgung, Ressourcengewinnung oder was auch immer – die Griffe der Macht sind überall, es gibt kein ausserhalb). Das Gefängnis spielt dabei sicherlich eine bedeutende Rolle. Doch auch wenn alle Knäste abgeschafft werden würden, dann nur, weil die Justiz effektiver und sozial noch verträglicher Formen der Drohung und der Bestrafung gefunden hätte. Dass wir alle in dieser eintönigen, durchstrukturierten, vorgegebenen Gesellschaft leben müssen, die uns alle in den gleichen Gesetzen, den gleichen Werten, den gleichen Fiktionen, der gleichen verstörenden Realität, der gleichen Leere, der gleichen Gleichheit gefangen hält, daran würde sich genau gar nichts ändern. Die Gesellschaft würde uns alle weiterhin dazu verdammen, diesen einen Weg der Gesellschaft zu befolgen und unsere Träume ihren anzugleichen. Vielleicht ist es auch gerade das, wodurch sich Gesellschaft auszeichnet. Wenn wir also nicht für das Ende dieser Zivilisation, für die Zerstörung der Macht in all ihren Formen und für die Möglichkeit des selbstbestimmten Experimentierens, für die vollständige Eroberung des Lebens mit all seiner Pracht wie auch seinen Schattenseiten kämpfen, wofür dann? Etwa für ein bisschen weniger Rassismus, für mehr ‚Menschlichkeit‘, für die Zerstörung eines Knastes, für ein besseres Überleben, gegen die Plünderung eines geplünderten Planeten, gegen die Gier der Gierigsten, für die Selbst-Verwaltung des Bestehenden? Ja, viel Spass dann!

Aber wir waren bei unseren Kämpfen. Die Gratwanderung besteht darin, den Mittelpunkt klar im Visier zu haben und trotzdem fähig zu sein, die Kreise rundherum, die soziale Dynamik, als integralen Bestandteil und Bedingung dieses Mittelpunktes zu benennen und anzugreifen. Sowohl, um die Kritik auszuweiten als auch, um die unterschiedlichsten Menschen zum Kämpfen anzuregen. Einfaches Beispiel: Hätte es neben den Angriffen auf die Verantwortlichen dieses Baus auch vermehrt destruktive Akte gegen irgendwelche Überwachungskameras in der Stadt oder Unternehmen, die das Geschäft der

mit Parolen verschönert. **15.11.:** Die Fassade und Scheiben des Luxussanierers Euroboden in München werden besprüht. **15.11.:** Zwei Autos fackeln auf dem Gelände eines Mercedes Autohauses in Nauen ab. **16.11.:** In Hannover wurden in den vergangenen Wochen immer wieder Autos des Immobilienkonzerns Vonovia tiefergelegt und mit Lackfarbe verschönert. **16.11.:** Anlässlich des Volkstrauertags wurden in den Dörfern rund um Rostock einige Kriegerdenkmäler farblich verschönert und mit Zement verputzt. Auch in Hamburg-Hamm gab es farbliche Verschönerung.

Überwachung ankurbeln und daran verdienen, gegeben und wären diese Angriffe wiederum in die Kritik einer ‚Knastgesellschaft‘ (grosstes Wort) einbezogen worden, so würde der Kampf die Kritik auf ein breiteres Feld übertragen. Der Kampf wäre eher fähig, die soziale Dynamik der Unterdrückung, die sich in verschiedensten Formen an verschiedensten Orten wiederfindet, zu benennen und gleichzeitig zu einem Sturm auf ein konkretes, noch nicht bestehendes Gebäude, das diese Dynamik verkörpert, aufzurufen und zu ermutigen. Vielleicht würden Menschen, die einen riesen Groll auf all diese Überwachungskameras haben, auch verstehen, warum andere Menschen so energisch einen Knast bekämpfen. Vielleicht würden diese Menschen keinen Unterschied mehr aus diesen zwei Formen der Drohung und Kontrolle machen. Vielleicht, vielleicht...

Die Kreise liessen sich beliebig weiterspinnen. Der Angriff auf das Bässlergut ist am Schluss eben doch auch ein Angriff auf diese verdammte Mauer zwischen den USA und Mexico, weil er ganz einfach ein Angriff auf die Welt der Herrschaft ist.

Nie wird es vorbei sein!

Anarchistische Kritik bezieht sich bereits seit Jahren auf das Bässlergut und wird dies wohl auch weiterhin tun. Egal in welche Richtungen sich diese Kämpfe entwickeln werden, kann schon heute gesagt werden, dass dieser Knast nicht nur die Geschichte der allumfassenden, auch wenn manchmal subtilen, Unterdrückung erzählt, sondern auch immer diejenige eines radikalen Widerstands dagegen.

Realistische Stimmen mögen behaupten, dieser Knast wird so oder so gebaut werden und es wäre gewiss schwierig bis unmöglich, diese Stimmen vom Gegenteil zu überzeugen. Doch kann dies nicht der Ausgangspunkt und

schon gar nicht die Motivation für rebellische, anarchistische Herzen sein. Die widerständige Saat wurde und wird auch weiterhin verstreut, das Streben nach einer anderen, einer komplett anderen Welt sowie die Möglichkeit des direkten Angriffs haben hier wohl die meisten wahrgenommen. Was damit passiert, was andere Menschen damit machen, kann nicht in meinen noch in anderen Händen liegen. Die Frage, die uns zu betreffen hat, ist, wo und wie wir diese Samen der Rebellion streuen und wie wir sie kultivieren und pflegen können. Es ist niemals ausgeschlossen, dass die Ideen Verbreitung finden, dass sich Leute dazu entschliessen, nicht mehr zu gehorchen, nicht mehr zu warten und hier und jetzt damit beginnen, die Bedingungen ihres eigenen Lebens und ihrer Umgebung zu definieren und zu prägen. Wenn die Anarchie keine simple Meinung, kein Philosophieren über eine mögliche, bessere Zukunft, und noch weniger ein Programm, ein klar definiertes Ziel sein kann, dann ist sie die konstante Entdeckung und Prägung seines vielfältigen und chaotischen Selbst in Konfrontation mit allen hegemonialen Wahrheiten oder autoritären Dynamiken. Unter herrschaftsfreien Bedingungen wäre es uns allen einfacher möglich, uns selbst und unsere Mitwelt neu zu erkunden und nach unseren Vorstellungen zu gestalten und zu entwickeln. Unter dem Gewicht der bestehenden staatlich, kapitalistischen Bedingungen zu leben, ist aber nicht das Ende unserer lebens- und freiheitsliebenden Existenz oder der Anarchie.

Sie werden sich auch unter diesen widerlichen Voraussetzungen ihren Weg suchen. Und sie werden ihren Weg finden. So oder so.

Es sollen sich alle herzlichst umarmt fühlen, die sich im Laufe dieser Kämpfe in den letzten Jahren dazu entschieden haben, das Weite zu suchen.

Fuhrpark des Knast-Dienstleisters SPIE mit Benzin besucht

Dokumentation, HH-Wilhelmsburg 8.11.2018:

„In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag brachen wir auf das Gelände der Firma „SPIE“ ein um unter mehreren Fahrzeugen Brandsätze zu deponieren.

Wir verstehen unsere Tat als einen Aufruf gegen den Knast-, Braunkohle- und Atomindustrie-dienstleister und wollen, dass dieser Angriff weitere nach sich ziehen wird. Die Firma SPIE ist einer von vielen Profiteuren von Einsperrung und Unterdrückung und Sabotage an ihrem

Eigentum ein Weg, Herrschaft direkt anzugreifen. Denn nur durch Zuarbeitende wie SPIE kann dieses System funktionieren.

So wurde SPIE schon des öfteren in anderen Städten angegriffen und zur Verantwortung gezogen. Das Kommando Sébastien Briat in Berlin zündete z.B. in der Nacht 23.4. auf den 24.4.2018 einen Transporter der Firma an. In ihrer inhaltlichen Begründung beleuchteten sie die Firma mit den Worten.....

16.11.: Mehrere Kriegerdenkmäler im Landkreis Lüchow-Dannenberg werden mit Farbe attackiert. Vorher gab es schon sechs Wochen lang koordinierte Angriffe auf Ehrenmäler im Landkreis. Den rechten Schweinebanden den Volkstrauertag vermiesen! **16.11.:** Ein „Spie Fleischhauer“ Firmenwagen geht in Leipzig Connewitz in Flammen auf. Mit Gruß an all diejenigen, die in den Knästen der Herrschenden sitzen, den Mut nicht verlieren und sich jeden Tag der Repression und der Ausbeutung widersetzen. **23.11.:** Aktivist*innen machen vor dem Haus der Arminia Burschenschaft

...In Frankreich ist die Firma Spie größter Konkurrent von Vinci im Dienstleistungssektor. Das Unternehmen mit Sitz in Frankreich ist über die Tochter Spie Nucléaire mit der Atomindustrie verworren. In Deutschland ist die Spie SAG in der Verstromung von Kohle involviert und brüstet sich mit ihrer langjährigen Partnerschaft mit RWE. Die Absetzter zum Braunkohleabbau von RWE wurden z.B. von Spie in den Hambacher Forst transportiert.(..)

Aber nicht nur in dem oben genannten Bereichen ist SPIE tätig. So verdient der Konzern auch Geld in dem er die Sicherheitstechnik für Knäste baut. Deshalb gingen immer mal wieder Nachts in verschiedenen Bundesländern SPIE Fahrzeuge in Flammen auf. In einem Schreiben kommunizierte die Aktionsgruppe in Gedenken an Remi Fraise:

..Aus Solidarität mit allen Personen, die im Gefängnis oder auf der Straße kämpfen haben wir heute Nacht ein Auto der Knastbaufirma Spie abgeackelt. Wir beziehen

uns mit der Tat direkt auf die Genossinnen in Toulouse, die in der Nacht vom 20. auf den 21. das gleiche getan haben. Spie ist ein Großkonzern, der z.b. den Knast im belgischen Leuze mitgebaut hat. Dort wird seit Jahren ein intensiver Kampf gegen die Knastindustrie geführt. Es gibt eine schwarze Liste mit Firmen, deren Produktionsmittel angegriffen werden. Aber auch hochrangige Verantwortliche werden zu Hause besucht. Das ist zum Beispiel dem Gefängnisdirektor von Brügge passiert, vor dessen Haus seine Autos abgeackelt.(..)

Alle diese Aktionen motivierten auch uns etwas gegen den Großkonzern zu unternehmen. Und wir rufen alle dazu auf, die denen, die an der Unfreiheit verdienen, etwas entgegensetzen wollen.

Direkte Aktion und Selbstorganisation für die Freiheit! “

anonym

Zur Auslieferung von Loïc Citation an die deutschen Behörden

Auslieferung

*Wenn einer fehlt, so soll man ihn bestrafen.
Doch Richter sollens tun,
die ohne Groll die Böcke von den Schafen
zu sondern wissen.
Und die Leidenschaften ruhn.*

*Wenn einer fehlt, so soll man ihn bestrafen.
Doch nicht vor einem fremden Kriegsgericht,
und nicht nach nationalen Paragraphen.
So geht das nicht.*

*Es rufen Hetzer, Schreier aus dem Kriege
mir viel zu laut.
Durch ihren Wahnsinn stürzt bis auf die Wiege,
was wir gebaut.*

*Ihr habt den Sieg. Müßt ihr euch in ihm wälzen?
Könnt ihr nicht menschlich sein?
Wir aber rufen euch, kommt ihr zu uns auf Stelzen:
ein glattes Nein!*

Theobald Tiger

Seit einigen Tagen schläft unser Freund und Genosse Loïc hinter deutschen Gittern. Frankreich hat, so wie wir es befürchtet haben, keine Zeit verloren, um dem Ausliefe-

rungsbegehren ihres Nachbarlandes nachzukommen. Am 26. September wies das Kassationsgericht seine Berufung zurück und bestätigte damit den Europäischen Haftbefehl, auf dessen Grundlage Loïc am 18. August in Nancy gewaltsam verhaftet wurde. Insbesondere ist das Gericht der Ansicht, dass er „nicht wegen seiner politischen Ansichten verfolgt wird“. Einige Tage später wurde unser Freund aus dem Gefängnis von Maxéville geholt und als erster ausländischer Beschuldigter der Hamburger-G20-Proteste von den Behörden seines Landes an Deutschland ausgeliefert.

Fallübersicht <https://www.abc-wien.net/?p=5728>

Die Staatsgewalt brachte ihn an diesem Wochenende nach Hamburg. Loïc befindet sich nun auf unbestimmte Zeit 750 km von Zuhause und von seinen Angehörigen entfernt in Untersuchungshaft, in einem Land, dessen Sprache er nicht spricht. Die deutschen Ermittler könnten durchaus nach Frankreich kommen um ihn in Lothringen zu befragen. Zumal sie den Weg offensichtlich kennen, in Anbetracht dessen, dass wir sie in den letzten Monaten regelmäßig dort antreffen.

Auch wenn uns die deutsch-französische Polizeizusammenarbeit nicht mehr überrascht, sehen wir, dass sie jedes Mal etwas flüssiger zu werden scheint. Gemeinsame Interessen, gemeinsame Methoden? Frankreich, das seinen

in Dresden mit Rauch, Farbe und Transparenten auf deren extrem rechten Umtriebe aufmerksam. **24.11.:** Die Nazikneipe „Sturgis“ in Berlin wird im laufenden Betrieb mit Buttersäure und Pfefferspray angegriffen – in Gedenken an Silvio Meier. **28.11.:** Bundesweite Angriffe auf KIK Filialen: u.a. Glasbruch in Leipzig und Frankfurt. Am 29. November startet vor dem Landgericht Dortmund ein viel beachteter Prozess gegen den Textildiscounter. Es geht um 259 Tote

G7-Gipfel im nächsten Sommer (Ende August in Biarritz) vorbereitet, scheint sehr engagiert zu sein, um den deutschen Behörden zu helfen, diejenigen in ganz Europa aufzuspüren, die im Juli 2017 ihre Kapitalismus-Messe sabotiert haben sollen.

Derweil werden alte Relikte wie das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren offenbar nicht mehr verwendet. Am 25. September wurde Loïc nicht zu seinem eigenen Prozess gebracht. Loïcs Verhandlung zu einem früheren Fall im Bereich des Cyberaktivismus fand in Paris statt. Die Gefängnisleitung in Nancy schlug zunächst vor, dass er per Webcam teilnehmen solle, was er ablehnte. Er verlangt die Teilnahme an seinem Prozess, für den er eine Erklärung vorbereitet hatte. Dann wurde ihm versprochen, alles Notwendige zu tun, um seine Reise zu organisieren, aber es wurde nichts getan. Eingeschlossen in Nancy verbrachte er den Tag des 25. September. Das Verfahren wurde daraufhin wegen der Abwesenheit des Angeklagten auf den 4. Dezember verschoben.

Im Angesicht der Verhinderung in Frankreich ein rechtsstaatliches Verfahren zu bekommen, wird Loïc nun statt dessen mit der deutschen Justiz konfrontiert. In Deutschland scheint sich die Zeit in Sachen Repression zu beschleunigen. Nach monatelanger Verfolgung, Tausenden von Untersuchungen, öffentlichen Aufrufen zu Denunziation, welche massiv in der Presse und im Internet veröffentlicht wurden, steht die „SoKo-Black-Block“, die nach dem Hamburger Gipfel geschaffene Sonderzelle, unter Druck, Verfahren zu Ende zu bringen. Anfang Oktober wurde die Zahl der Mitarbeiter deutlich reduziert. Es geht jetzt darum, Ergebnisse zu liefern.

Angesichts der eingesetzten Mittel und der staatlichen Propaganda um die Unruhen, die ganze Stadtteile verwüsteten, obwohl diese von Zehntausenden von Polizisten bewacht wurden, werfen die kommenden Prozesse bereits ihre Schatten voraus. Was wir in den kommenden Monaten in Hamburg sehen werden, werden nicht Prozesse gegen diesen oder jenen Akt, gegen diese oder jene Person sein. Angesichts der öffentlichen Demütigung der Verantwortlichen in Bund und Land, die beim Gipfel von Tausenden von Menschen die auf den Straße demonstrierten und systematisch die Symbole einer wahn sinnigen Welt zerstörten, überwältigt wurden, müssen wir die Prozesse als Akte der Rache begreifen.

In diesem Zusammenhang verurteilen wir den Einsatz des Prozesses gegen Loïc und die anderen Angeklagten der Elbchaussee als Instrument der politischen Manipulation. Nach den uns vorliegenden Informationen könnten die Verfahren Mitte Dezember beginnen. Das Hamburger Gericht zieht mehrere Monate an Anhörungen in Betracht.

Nur wenige sind eingesperrt, aber sie zielen auf uns alle!
Feuer den Knästen!
Freiheit für Loïc!

Grenzüberschreitendes Solidaritäts-Komitee

Schreibt Loïc:

Loïc Schneider
UHA Hamburg (Untersuchungshaftanstalt)
Holstenglacis 3
20355 Hamburg

Wir brauchen eure Solidarität

Im Dezember letzten Jahres ist ein guter Freund und Gefährte von uns verstorben. Er hat die letzten Jahre aus Repressionsgründen in Mosambik gelebt. Wir wollen eine Broschüre erarbeiten und veröffentlichen, die sich mit dem Thema Exil und Flucht auseinandersetzt. Uns gehen viele Fragen durch den Kopf und wir wollen diese analysieren und thematisieren. Aus diesem Grund wollen wir auch eine Reise nach Mosambik machen, um zu wissen wie unser Freund gelebt hat, mit welchen Situationen er sich auseinandersetzen musste. Wir wollen uns mit den Menschen vor Ort auseinandersetzen die mit ihm zu tun hatten und gelebt haben. Diese Sachen sollen in die Broschüre eingearbeitet werden.

Wir sind eine Gruppe von Freunden, die diese Reise machen wollen, leider kommen deswegen viele Kosten auf uns zu, die wir alleine nicht stemmen können und brauchen deswegen eure Solidarität und Unterstützung.

Gefangenen Info
IBAN: DE93 2001 0020 0010 3822 00
BIC: PBNKDEFF200
Postbank Hamburg
Verwendungszweck: Broschüre/Exil

infolge eines Brandes in einer Textilfabrik des Zulieferers Ali Enterprises am 11.9.2012 in Karachi, Pakistan, die vornehmlich für KIK produzierte.

Alexandros Grigoropoulos
am 6. Dezember 2008
in Athen vom Bullen
Epaminondas Korkoneas
ermordet

Kein Vergeben
Kein Vergessen!

